

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus schickbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Tschechien, Polen und Rumänien, Dänemark, Litauen, Luxemburg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der „Mittelschicht“ Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Werbereihe zu 10 Pfennig. Reklammasse 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends (Wort 20 Pfennig) (außer am Freitagabends (Wort) jedes weitere Wort 12 Pfennig). 6.12.1926. Jedes weitere Wort 15 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 6, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 22. Januar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW 68 - Postkonto: Bank der Arbeiter, Kassenstraße und Seestraße, W. 45; Distrikts-Gesellschaft, Kassenstraße 14.

Zentrumsweg - zum Bürgerblock?

Eine programmatische Erklärung. - „Der Zugang zu Verhandlungen eröffnet“.

Die Sitzung der Zentrumsfraktion, in der das angekündigte Zentrumsmanifest ausführlich beraten wurde, endete mit folgendem Beschluß:

Die Zentrumsfraktion des Reichstags erklärt sich mit der vorgelegten Erklärung einverstanden und stellt fest, daß damit Herr Dr. Marx der Zugang zu Verhandlungen eröffnet ist.

Der Beschluß wurde einstimmig angenommen.

Reichskanzler Dr. Marx wird sich auf Grund dieses Beschlusses heute zum Reichspräsidenten begeben und ihm mitteilen, daß er den Auftrag zur Bildung der bürgerlichen Mehrheitsregierung annimmt. Dr. Marx wird darauf, wie es heißt, schon heute seine Besprechungen mit den in Betracht kommenden Parteiführern aufnehmen.

Wenn der Held eines klassischen Dramas sich zum Sterben anschickt, oder ihm sonst etwas Unangenehmes bevorsteht, ist es üblich, daß er diesen Akt mit einem feierlichen Monolog einleitet und noch einmal das Für und Wider seiner Handlungen gegeneinanderhält. Derartige Monologe pflegen erfahrungsgemäß lang zu sein. Moderne Regisseure pflegen sie zu kürzen.

Der Monolog, mit dem sich das Zentrum anschickt, in Verhandlungen über den Bürgerblock einzutreten, ist lang, sehr lang. Trotz der vielerühmten politischen Klugheit des Zentrums hat sich kein Regisseur gefunden, der ihn im Interesse der Wirksamkeit gekürzt hätte. So geht das Zentrum seinen Weg mit diesem Monolog nicht wie zu einer dramatischen Tat, die so oder so Befreiung bedeutet.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat einstimmig beschlossen, daß der Weg für Herrn Marx zu Verhandlungen mit den Deutschnationalen über eine Regierung des Bürgerblocks offen ist. Ein Manifest an die Zentrumswähler und an die Öffentlichkeit unterrichtet gleichzeitig in allgemeiner, oft wenig präzisen Ausdrücken über die ganz allgemeinen Grundgedanken der Zentrumspolitik. Die Formulierung dieses Manifestes lassen weit die Türen offen für geistig-berühmte Ausdeutungen der Grundgedanken, die dort niedergelegt worden sind.

Die Öffentlichkeit sieht neben dieser allgemeinen Prinzipienklärung die harte Tatsache, daß Herr Marx mit den Deutschnationalen über den Bürgerblock verhandeln wird.

Am Beginn des Zentrumsmanifestes steht der Satz: „Das Volk versteht den Jant und den Streit der Parteien nicht mehr.“ Das Volk versteht wohl, worum es geht. Aus den Reihen des Zentrums selbst, aus den Reihen der Arbeitervertreter, die den Rechtsparteien angehören, ist der Sinn der politischen Spannung mit aller Schärfe herausgearbeitet worden. Die sozialen Spannungen zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Unternehmern und Arbeitern, sind gewachsen. Sie drängen nach Entscheidung in der Gesetzgebung, wie im Wirtschaftsleben. Das war der Sinn des Kampfes, den die Parteien, der Mitte untereinander geführt haben. Er ging um die Frage, nach welcher Richtung hin die politische Entscheidung der Regierungsbildung unter dem Gesichtspunkt der sozialen Scheidung erfolgen sollte. Die Krise ist eingeleitet worden mit den Fanfaren der Volkspartei gegen die Arbeiterschaft und ihre Vertreter. Es waren die Fanfaren des Besitzbürgerblocks, jener Kampfgefühls, der Herr Wirth selbst die treffende Bezeichnung „Besitzbürgerblock“ gegeben hat. Nach diesen Fanfaren muß jede Partei, die einer klaren Entscheidung nicht ausweichen will, konkret sagen, was sie will. Sie muß sagen, wie sie zur Förderung der geliebten Arbeiterschaft nach dem Achtstundentag, nach Lohnerhöhungen steht.

Das Zentrumsmanifest beschränkt sich darauf, gegenüber der Fanfare der Volkspartei die sehr allgemeine Formel zu prägen, daß das soziale und politische Leben erfüllt sein müsse von gegenseitiger Achtung und gegenseitiger Rücksichtnahme von Unternehmern und Arbeitern. Es redet von Regelung der Arbeitszeit entsprechend den internationalen Vereinbarungen. Es spricht von Lohnerhöhungen, aber nur im Rahmen einer Steigerung der Wohnungsmieten, im Zusammenhang mit dem Abbau der Wohnungsmangelswirtschaft. Uns scheint nicht, daß darin Achtung und Rücksichtnahme auf die Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes mit genügender Entschiedenheit zum Ausdruck kommen.

Nachdem das Zentrum so vor einer klaren Entscheidung in der großen sozialen Alternative ausgewichen ist, bleibt die Frage, welche Bedeutung sein Monolog für die Verhandlungen mit den Deutschnationalen haben wird, die Herr Marx nun anknüpfen soll. Das Manifest des Zentrums

enthält ein starkes Bekenntnis zur Republik und zur Verfassung von Weimar. Es stellt fest, daß durch das Werk von Weimar der einzig hoffnungsvolle Weg zum deutschen Aufbau und zur inneren deutschen Freiheit gewiesen ist. Es predigt die Politik der Verständigung und der Bitterveröhnung, die über Genf und Thoiry zu wichtigen politischen Ergebnissen geführt hat. Es erklärt den Willen des Zentrums, an dieser Politik festzuhalten und fordert, daß die Grundlagen dieser Politik nicht gestört werden.

Es wird für die Verhandlungen des Zentrums mit den Deutschnationalen entscheidend sein, welche Bedeutung und welches Gewicht die Unterhändler des Zentrums diesen Formulierungen beimessen werden. Ein derartiges Manifest kann selbstverständlich von einem Verhandlungspartner nur in ganz großen Grundzügen, aber nicht in Einzelformulierungen angenommen werden. Liegt darin der Versuch, von den Deutschnationalen präzise Erklärungen über ihre Stellung zur Republik und zur Politik von Thoiry zu fordern, so müssen die Unterhändler des Zentrums sich von vornherein klar darüber sein, was sie von den Deutschnationalen erreichen können.

Landesverratsverfahren gegen Künstler? Eine Forderung des Reichswehrministeriums.

Das Reichswehrministerium hat, wie die „Vollst. Ztg.“ meldet, an den Oberreichsanwalt die Anfrage gerichtet, ob nicht gegen den Reichstagsabgeordneten, Genossen Künstler, wegen der Veröffentlichung seiner Unterredung mit Arbeitern der russischen Giftgasfabrik Trotz ein Ermittlungsverfahren wegen Landesverrats eröffnet werden könnte!

Der Oberreichsanwalt hat darauf geantwortet, daß ein solches Verfahren ohne Genehmigung des Reichstags nicht möglich sei. Dem wurde erwidert, daß ja der Reichstag vielleicht aufgelöst werden und dann das Verfahren in Gang gesetzt werden könnte.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit dieses Vorganges zu begreifen, muß man sich der Vorgeschichte erinnern. Ein ausländisches Blatt, der „Manchester Guardian“, veröffentlichte Enthüllungen über die Versorgung der deutschen Reichswehr mit russischer Munition. Das Ausland erfuhr daraus alles, was er zu erfahren wünschte.

Die Sozialdemokratie nahm diese Enthüllungen zum Anlaß, auf die Unaufrichtigkeit der russischen Politik hinzuweisen, die auf der einen Seite den deutschen Arbeitern die „Weltrevolution“ predigt, auf der anderen Seite der Reichswehr die Mittel zur Niederschlagung von Aufständen liefert. Die deutschen amtlichen Stellen verhielten sich schweigsam. Dafür unternahmen es die Kommunisten, denen der Boden unter den Füßen zu wanken begann, die Sozialdemokraten wegen ihrer berechtigten Angriffe auf die kommunistische Politik der Lüge zu zeihen.

Im Kampf gegen diese kommunistische Verlogenheit veröffentlichte Genosse Künstler sein Gespräch mit den deutschen Arbeitern aus Trotz. Dieses Gespräch sagt dem Ausland nichts, was es nicht schon in der Hauptsache aus dem „Manchester Guardian“ erfahren hätte.

Da aber greift das Reichswehrministerium zugunsten der Kommunisten ein und versucht, für dieses Bündnis auch den Oberreichsanwalt zu gewinnen. Die Sozialdemokraten sollen sich von den Kommunisten, die selber die Wahrheit kennen, aber sie nicht wahr haben wollen, ruhig als Lügner beschimpfen lassen. Wagen sie es, sich dagegen zu wehren, so sollen sie dafür wegen „Landesverrats“ eingesperrt werden!

Wegen Landesverrats gegen - Sowjetrußland und die KPD!

Man kann den Herren Koenen und Pief zu ihren Beschüßern gratulieren. Man darf der weiteren Entwicklung der Dinge mit Spannung entgegensehen. Denn so viel ist klar: Käme der Plan der Herren vom Reichswehrministerium zur Ausführung, so wären die Folgen für die deutsche Außen- und Innenpolitik unabsehbar. Die Sozialdemokratische Partei wäre die einzige, die sie nicht zu fürchten brauchte!

Sie können günstigstenfalls erreichen, daß die Deutschnationalen das Zustandekommen des Bürgerblocks erkaufen werden mit einigen leeren Lippenbekenntnissen über die zeitweilige Anerkennung der augenblicklich gegebenen Staatsform und über die Achtung der geltenden Verträge - Bekenntnissen, die gegeben werden, um an die Macht zu kommen und die politischen Wege zu öffnen für jene Ziele des Besitzbürgerblocks, um derenwillen er von den Rechtsparteien erstrebt wurde.

Die Erfahrungen, die das Zentrum mit der Regierungsteilnahme der Deutschnationalen im Kabinett Luther gemacht hat, müssen ihm zeigen, daß derartige deutschnationale Erklärungen nur so lange gelten, bis die Deutschnationalen ihren Anteil an der Macht erhalten haben.

So hängt für die kommende Entscheidung alles davon ab, in welchem Geiste und mit welcher höheren Zielsetzung das Zentrum diese Verhandlungen führen will. Auch der Weg dieser Verhandlungen wird für Herrn Marx und für die Zentrumsfraktion nicht leicht sein. Jener Monolog, den das Zentrum gestern veröffentlicht hat, ist ein Anfang, er birgt noch keine Entscheidung in sich. Er läßt wenigstens noch keine erkennen. Er ist ein Monolog, mit dem das Zentrum auf dem bitteren Weg der Verlegenheiten weitergehen muß, von Verlegenheit zu Verlegenheit, wenn es gilt, Entscheidungen zu treffen. Denn die Entscheidung muß getroffen werden. Heute scheint es, als ob das Zentrum, aus Furcht, zu entscheiden, ins Gleiten geraten ist auf einer Bahn, an deren Ende der Besitzbürgerblock steht.

Von den Verhandlungen wird es abhängen, ob der lange Monolog endet mit einer dramatischen Katastrophe oder mit einem undramatischen Hinsinken des Zentrums von der Mitte nach der Rechten, wo es Seite an Seite mit den „bürgerlichen Parteien“, wie Herr v. Hindenburg sie nennt, den politischen und sozialen Kampf gegen die Arbeiterschaft, gegen seine eigenen Arbeiter führen mußte.

Die Kundgebung des Zentrums.

In wachsendem Bestreben sind weite Kreise des deutschen Volkes der politischen und parlamentarischen Entwicklung der letzten Wochen gefolgt. Die öffentliche Meinung im Lande vermag in dem Jant und Streit der Parteien keinen Sinn mehr zu erkennen. Sie will in dem politischen Wirrwarr unserer Tage klaren Weg und zuverlässige Führung sehen. Beides ist nur zu gewinnen, wenn wir unserem politischen Tun Richtung auf ein hohes Ziel geben und das politische Notwendige entschlossen ausprechen.

Die Zentrumspartei hat seit den Tagen des Zusammenbruchs ihre politische Sendung wohl erkannt und ist ihr in den schweren verantwortungsvollen Jahren stets treu geblieben. Ihre ganze Arbeit war Rettungsarbeit am deutschen Volk und Aufbauarbeit am deutschen Staat.

Die Fundamente unseres neuen deutschen Staates sind in Weimar gelegt worden. Im Weimarer Verfassungswort ist jener neue politische Wille durchgebrochen, der nach außen hin die nationale Geltung auf dem Wege der Verständigung mit den anderen Nationen und nach innen die Erzielung eines vertieften Volksbewußtseins durch eine umfassende soziale Erneuerung unseres nationalen Lebens erstrebt.

Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik mit ihren Symbolen. Sie hat dem deutschen Volke seine Einheit in verzweifelter Lage gerettet. Auch für die fernere Zukunft ist sie der allein hoffnungsvolle Weg. Die deutsche Zentrumspartei hat diese Verfassung mit geschaffen. Wir stehen zu ihr, indem wir ihren Sinn hüten, entfalten und pflegen und uns ständig bemühen, diese Verfassung in organischer Verbindung mit dem Volksganzen und seinen lebendigen Kräften zu halten. Die deutsche Republik soll uns nach außen hin freimachen und nach innen die Kräfte auslösen, die den deutschen Staat zum echten Volksstaat machen. Aus dem Wurzelboden unseres deutschen Volksgeistes müssen die Kräfte der Wissenschaft, der Kunst, der Volkserziehung, der Familie und der übrigen Gemeinschaften aufsteigen und einströmen in die höhere Einheit des Staates, in dem sich der Dienst an unserem Volke vollzieht. Der Geist deutschen Volkstums aber muß sich immer wieder erneuern aus dem christlichen Glauben. Auf ihm muß sich die sittliche Entwicklung unseres Volkes, insbesondere die Erziehung unserer Jugend aufbauen. Bei der Gestaltung des Schulwesens sind die Gewissensfreiheit und das Elternrecht zu wahren.

Als Machtinstrument unseres Staates ist uns nur die Reichswehr verblieben. Sie ist eine Staatsnotwendigkeit. Sie ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Es gibt keine politische Hoheit des Staates ohne Macht. Daraus erwächst dem deutschen Volks-

heer seine innere Begründung und seine Aufgabe. Heute gilt es, gewisse Befürchtungen wegzuräumen, als ob die Reichswehr nur bestimmten politischen Gruppen dienlich wäre. Unsere Reichswehr darf weder einer Partei noch einer Klasse noch irgendwelchen sonstigen Machtgruppen dienen. Sie gehört dem in der deutschen Republik geeinten Volk. Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffendienst ermöglicht.

Gewaltig und tiefgreifend sind die sozialen Umschichtungen in unserem Volke seit dem Weltkrieg gewesen. Sie haben die Zahl der unselbständigen und bezahlten Massen in unserem Volke vermehrt und die Notwendigkeit, auf den inneren Zusammenhalt in unserem Volke Bedacht zu sein, erst recht fühlbar gemacht. Die deutsche Zukunft erfordert, daß West und Ost, Süd und Nord, Stadt und Land, Unternehmer und Arbeiter sich in gemeinsamer Werk wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung besser verstehen und in gegenseitiger Achtung würdigere Formen des Austrags von Interessengegensätzen finden. Es stehen große Geschicksvorlagen vor uns, die das Gesamtwerk der deutschen Sozialpolitik fortführen und vollenden sollen.

Unsere staatliche Sozialpolitik muß sich zur sozialen Staatspolitik ausweiten. Aber nicht Gesetze allein, sondern wahrhaft soziale Erneuerungen im Geiste und im Willen tun not, wenn die bedrückten und verzweifelten Massen neue Hoffnung und neues Vertrauen gewinnen sollen.

Alle Aufbauarbeit im Innern und alle soziale Reformarbeit wird nur dann Erfolg haben können, wenn es gelingt, das deutsche Volk als Ganzes wieder in eine europäische zwischenstaatliche Rechtsordnung einzufügen. Auch die Außenpolitik und die Beziehungen Deutschlands zu den Völkern der Welt muß, wie wir das immer erstrebt haben, in einem neuen Geiste der Vertragsfreude, des Verständigungswillens, der loyalen Mitarbeit in den Einrichtungen der Völkerfriedensarbeit sich vollziehen. Deutschland ist Mitglied des Völkerbundes und nun haben wir unsere Politik so einzurichten, daß sie der Gemeinschaft der Nationen angemessen ist. In der Einordnung in die gegebene Solidarität der Völker darf und soll das Wesen unserer eigenen Nation nicht verdunkelt werden. Unser Schicksal geht nach Freiheit und selbständiger Schicksalsgestaltung. Kein gestütztes Volk kann ohne gesicherte Grenzen leben, kann es ertragen, daß sein Gebiet von fremder Macht besetzt bleibt. Jede deutsche Politik wird deshalb in zäher Ausdauer mit den Methoden der neuen Politik und ohne nationale Lebensinteressen zu verletzen, auf eine möglichst baldige endgültige Räumung des Rheinlandes hinarbeiten müssen.

Deutschland ist in London und Genf internationale Verpflichtungen eingegangen. Wir stehen zu diesen Verpflichtungen und sehen in der Rechtsgültigkeit der Verträge von Locarno die wesentliche Voraussetzung jeder erfolgversprechenden Außenpolitik. Früchte dieser Politik, die wir in langen, schicksalsschweren Jahren stetig vertreten haben, sind herangerückt. Niemand, der ernsthaft zur Verantwortung schreiten will, darf diese unsere politischen Grundlinien übersehen und vernachlässigen, sie anzuerkennen. Die nächste Aufgabe einer weiteren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, die wir uns besonders angelegen sein lassen, kann nur gelingen, wenn beide Teile jederzeit im Geiste europäischer Solidarität arbeiten und den bloßen Machtgedanken zurückstellen. Wir erneuern dieses Bekenntnis zu einer friedlichen Entwicklung gerade jetzt, wo Befürchtungen, die unberechtigterweise aufkommen, zurückgedrängt werden müssen.

In diesem geistigen Rahmen sieht die Zentrumsparlei die zeitnotwendige nationale und soziale Politik. Sie ist nun dem Wunsche besetzt, möglichst rasch die Kräfte zu einer Regierung zu sammeln, welche die bestmöglichen Bürgschaften zu einer Festigung des inneren Zusammenhanges unseres Volkes im staatspolitischen und gesellschaftlichen Sinne in sich schließt.

Im Anschluß an die Kundgebung des Zentrums veröffentlicht das Zentrum folgendes

Sozialpolitisches Programm:

Die Wirtschaftspolitik unserer Partei war niemals einseitige Förderung eines Standes oder einer Erwerbsgruppe. Das lehnen wir grundsätzlich ab. Wir sehen gerade im Ausgleich der sich kreuzenden Interessen im Rahmen und mit dem Ziele der Förde-

Die Spannung im Zentrum.

Arbeitervertreter drohen mit der Spaltung.

Köln, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In München-Gladbach soll im Laufe dieses Jahres ein Parteipräsidium geschaffen werden. Von den katholischen Arbeitern war für dieses Amt der Schriftleiter der katholischen „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Eises, ein Mitglied des Reichsparteivorstandes der Zentrumsparlei, vorgeschlagen worden. Die Berufung Eises schiederte jedoch an dem Widerstand des Oberbürgermeisters Giesels in München-Gladbach, der ebenfalls der Zentrumsparlei angehört. Die Auseinandersetzungen, die in der Zentrumsparlei zu heftigen Kämpfen hinter verschlossenen Türen führten, fanden in der letzten Stadtverordnetenversammlung in München-Gladbach ihr Echo. Durch eine scharf pointierte Erklärung, die im Auftrag der Arbeiterstadterordneten der Zentrumsparlei Stadterordneter Eises abgab und in der mit Nachdruck betont wurde, daß die katholische Arbeiterschaft nicht mehr gewillt ist, sich in der Zentrumsparlei an die Seite drücken zu lassen. Man wolle zwar in der Zentrumsparlei, so heißt es in dieser Erklärung weiter, mitarbeiten, aber die Arbeitervertreter hätten sich nicht nur vor den Instanzen, sondern auch vor den breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung zu verantworten. Man werde sich darum auch in München-Gladbach nicht scheuen, wenn man dazu gezwungen werde, sich jener Möglichkeiten zu bedienen, die am vergangenen Sonntag Stegerwald in Köln in seinem Vortrag anbeutete, als er darauf hinwies, daß bei den Kommunalwahlen die christlichen Arbeiter unter Umständen auch einmal mit eigenen Listen vorgehen sollten und, wo es notwendig sei, sogar eigene Presseorgane schaffen müßten, um sich ihren Lebensraum in der Zentrumsparlei zu sichern.

Der Riß in den bürgerlichen Parteien, der nun schon zu einem ständigen Diskussionshema innerhalb der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung geworden ist, wird durch den Vorgang in München-Gladbach nur noch verschärft. Wie wird es erst werden, wenn die christlichen Gewerkschaftsführer ihren Budget dafür hinhalten müssen, weil ihre Parteigänger den arbeitserleidenden Rechtsblock unterstützen?

Die Erhaltung eines möglichst großen Anzahl leistungsfähiger Eigenbetriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe halten wir für eine volkswirtschaftliche, soziale und staatsbürgerliche Notwendigkeit. Diesem Ziele streben wir nicht nur durch eine mittelstandsfreundliche Gewerbebegünstigung zu. Im Rahmen unserer allgemeinen, dauernden Bestrebungen nach einer gerechten Verteilung und Senkung der öffentlichen Ausgaben werden wir auf eine Entlastung der wirtschaftlich Schwachen in allen Ständen drängen.

Als eine zurzeit besonders wichtige wirtschaftspolitische Aufgabe erachtet die Zentrumsparlei die schriftliche Befestigung der Wohnungsverhältnisse. Sie kann und will dieses Ziel aber nur verwirklichen, indem gleichzeitig der Wohnungsbau gesteigert, jeder Mietmischer bekämpft und die unvermeidliche Heraufführung der Mieten durch entsprechende Löhne und Gehälter ausgeglichen wird.

Die Zentrumsparlei nimmt sich nach wie vor aus wirtschaftlichen, sozialen, allgemein politischen und besonders aus bevölkerungspolitischen Gründen der Landwirtschaft und ihrer Interessen

noch den Hals dazu hinreden: das ist wahrhaft wert, daß man sich darüber wundert.“

Katharina sprang zornig vom Stuhl auf, schob den Tisch mit einer betriebligen Wucht zurück, daß sie Aufschau fast zu Boden gemorren hätte, und verließ eilig die Bibliothek, um sich an diesem Ort, den sie sonst täglich aufsuchte, zwei Wochen lang nicht wieder blicken zu lassen.

Ueber neuzeitliche Körperkultur in Zusammenhang mit Problemen des modernen Tanzes und einer neuen, von ihm geschaffenen Tanzschrift sprach G. J. Bischer-Klami in der „Urania“. Bischer geht aus von der absoluten Bewegung als dem bewußten Ausdruck innerer psychischer und physischer Energieerregungen. Und er folgert: Wenn die absolute Bewegung sichtbar und gemollter Ausdruck eines rein psychischen Geschehens oder Zustandes ist, so muß sie uns mit diesem Geschehen bzw. Zustande bekannt machen. Die Bewegung selber erfüllt rein äußerlich ein über geistigen Wesenheit entsprechendes Bewegungsfeld. Bischer unterscheidet drei Bewegungsfelder, innerhalb deren sich alle Bewegungsvorgänge erschöpfen. Diese drei Felder stellen die einfachste Grundform dar, auf deren Teile sich alles Bewegengeschehen zurückführen läßt, und sie objektivieren so die möglichen geistigen Variationen der einzelnen menschlichen Typen. Für jeden menschlichen Typus ist ein Bewegungsfeld charakteristisch und es ist die notwendige Vorbedingung jeder rationalen Körperkultur, den Typus richtig zu erkennen und den Unterricht von vornherein danach einzustellen. Auf diese Weise wird viel überflüssige Arbeit vermieden und kann aus dem Schüler alles herausgeholt werden, was in ihm steckt und der Pflege bedarf. Ein wesentliches Hilfsmittel bei diesem Unterricht ist die Bewegungsschrift, die Bischer in engster Anlehnung an seine Theorie von den drei Bewegungsfeldern konstruiert hat. Sie hat vor allen anderen choreographischen Systemen den Vorzug, daß sie den gesamten Umkreis aller möglichen Körperbewegungen umfaßt und daß sie leicht erlernbar ist. Welche immense Bedeutung diese neue Bewegungsschrift für die Uebertragung und die Konkreterierung tänzerischer Kompositionen hat, kann hier nur angedeutet werden. — Vorführungen der Justus-Klamb-Schule begleiteten und erläuterten der hochinteressante Vortrag. Wir lernten an lebenden Beispielen die Eigenart der drei Bewegungstypen kennen, erhielten einen Einblick in das Wesen und die praktische Verwertung der Bewegungsschrift, und sahen die überraschenden Erfolge einer auf rationaler Grundlage systematisch aufgebauten Körperkultur, die, von vorwiegend hygienischen Gesichtspunkten ausgehend, in vollendeten künstlerischen Tanzschöpfungen gipfelt.

25 Jahre Bühnenverlag. Ein Vierteljahrhundert steht Heinz Wolkrad: in enger Arbeit. Mit Wolgens Ueberdrei! ging's los; als Wägen war er sehr stark daran beteiligt. Dann setzte er sich für Richard Strauss, Hans Pfitzner und Puccini ein, der damals in Deutschland noch kaum bekannt war; ihre Schöpfungen wurden in Konzerten dem Publikum und der Kritik nahegebracht. Oskar Strauß, Ludwig Hardt, Marcel Salzer und andere machten vom Ueberdrei! aus ihren Weg; auch daran war er stark be-

durch Förderung der landwirtschaftlichen Technik und durch entsprechende Handels- und Steuerpolitik nachdrücklich an. Sie denkt heute dabei nicht zuletzt an die Kleinen und Schwachen in der Landwirtschaft, an die Landarbeiter, an die Pächter und an die nachgeborenen Söhne der Bauern. Ihre Lage zu bessern, insbesondere auch durch Neblandkultivierung und gesteigerte Siedlung, ist ihr heutzutage dringliche Pflicht.

Das Zentrum ist und bleibt die Partei der Sozialreform. Obenan steht ihm heutzutage die Herbeiführung eines Zustandes, in dem die rechtliche Anerkennung der Gleichstellung des Arbeitnehmers mit dem Arbeitgeber ihre tatsächliche Auswirkung findet. Diesem dringenden Gebot der Stunde soll der Ausbau unserer Arbeitsrechtsdien, dessen nächster Schritt ein einheitliches Arbeitschutzrecht einschließend des besonderen Schutzes der Bergarbeit ist, das vor allem die Arbeitszeit im Einklang mit den internationalen Vereinbarungen regelt.

Für die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen muß endlich eine Form gefunden werden, welche das im Artikel 165 der Reichsverfassung vorgesehene Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft verwirklicht.

Das Zentrum ergreift hier die Gelegenheit, um in der Gesetzgebung sowohl wie auf allen anderen Gebieten der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit die beiderseitige Achtung und den Willen zu gegenseitiger Rücksichtnahme zu fördern.

Diese Ziele verfolgt die Zentrumsparlei sowohl auf nationalem wie auf internationalem Boden. In der Sozialversicherung erblickt die Zentrumsparlei das unentbehrliche Mittel zur Erhaltung der Gesundheit der Arbeitskraft der versicherten Bevölkerung. Hier handelt es sich nicht um soziale Kosten, sondern um soziale Pflichten, so schwer sie auch in unseren Tagen stellenweise empfunden werden. Der Ausbau unserer Sozialversicherung durch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, ihre Vereinfachung im Aufbau und Verfahren, eine organische Verbindung der Versicherungszweige, die Verbesserung der Lage der Invaliden, die Krankenversicherung der Seeleute sind nächste Ziele der Zentrumsparlei.

Wir erstreben und begrüßen auch auf diesem Gebiete internationale Abmachungen als Teilbeitrag zur Ordnung der Weltwirtschaft und zur Förderung des Arbeitsfriedens im In- und Auslande. Eine notwendige Ergänzung der sozialpolitischen Maßnahmen bildet die Förderung der Wohlfahrtspflege. Ihrer Natur und ihrer geschichtlichen Entwicklung nach muß sie die besonderen Räte des einzelnen Hilfsbedürftigen sorgfältig berücksichtigen. Sie muß sich von dem Schematismus einer allgemeinen Staatsfürsorge ebenso fernhalten wie von der Planlosigkeit der Wohltätigkeit alten Stils. Ihre oberste Aufgabe muß sein, den Hilfsbedürftigen zur Selbsthilfe zu erziehen und ihn von fremder Sorge nach Möglichkeit unabhängig zu machen. Die Behörden werden die Aufgabe der Wohlfahrtspflege allein nicht zu lösen vermögen. Sie bedürfen der Hilfe und Ergänzung durch die Organe der freien vom Staat unabhängigen Wohlfahrtspflege. Das sind die Grundsätze, nach denen die Zentrumsparlei Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege gestalten will.

Besondere Aufmerksamkeit erheischt dabei die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, die Klein- und Sozialrentner und nicht zuletzt für die Erwerbslosen. Gerade auf diesen letzteren Gebieten begegnen sich Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege und noch mehr als das: Die Fragen der Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung sehen wir in der Zentrumsparlei nicht bloß als ein Problem der Rationalwirtschaft, der Sozialpolitik und Fürsorge, wir erblicken vielmehr hier eine Frage von größter staatspolitischer Bedeutung für die davon berührte Aktion, wie für die gesamte Welt. Rationale und internationale Wirtschaft, die ruhige politische Entwicklung in jedem einzelnen Staate wie der Staaten untereinander, Aufrechterhaltung der Währung, Erfüllung internationaler Verpflichtungen, all das hängt zusammen mit der Lösung des Arbeitslosenproblems. Damit sind allerdings auch die großen Schwierigkeiten angedeutet, die hier vorliegen; mehr aber noch die Wichtigkeit der Lösung. An ihr nach besten Kräften durch Förderung und Verbesserung des Arbeitsnachweises, durch Arbeitsbeschaffung und durch geistliche Unterstützung sowie durch Betreuung einzelner besonders benachteiligter Kreise mitzuarbeiten, halten wir daher für eine zurzeit vordringliche Aufgabe unserer ganzen sozialfürsorglichen Arbeit.

Die Philosophie des Köpfens.

Von Hans Ruoff.

Auf den zum Richtigen bestimmten Ort wurden Vögel geschickt, auf welche die Aufseher ihre Blicke legen mußten. Der Herr Peter, der Herr und Herrschin, der schon seit einigen Jahren die Gnade seines Herrn erlangt hatte, nahm immer ein Weilchen, wenn sie den gleichen ebenfalls an seine Generale und Minister ausließen, und bot sogar an, an seinem Hofe sich aufhaltenden fremden Gesandten zwei Blicke an, allein sie verbot sich diese Auszeichnung. Als nun alle demüthigt waren, ging jeder an seine Arbeit und ließ Ruhe an. Herrschin war dabei so glücklich, daß der Herr ihm ein solches Geschehen gab, und ihm zeigte, wie er es machen müßte. (W. v. Seibitz, Russische Günstlinge.)

Iwan Fjodorowitsch Ruschkow, Bibliothekar der Kaiserin Katharina der Großen von Rußland, war ein strenger und stoischer Philosoph in des Wortes wahrstem Sinne: furchtlos und ohne Umschweife pflegte er stets die Wahrheit gerade heraus zu sagen und sich über die Dinge so zu äußern, wie sie sich ihm nach innerster Ueberzeugung und eigenem Urteil darstellten. Allmorgendlich kam die Kaiserin, nachdem sie in der Eremitage kostbare Gemmen und Steine betrachtet hatte, in die Bibliothek, um dort mit ihrem Bibliothekar Ruschkow, den sie wegen seiner Offenheit achtete, ja, man kann sagen, sogar fürchtete, keinesfalls jedoch liebte, Zwiesprache zu führen über die Dinge, die sie gerade beschäftigten.

Das Gespräch begann stets in freundschaftlichem Ton und endete immer, wenn auch nicht mit offenem Streit, so doch mit heftiger Meinungsverschiedenheit und lautem Wortwechsel, worauf Katharina zwar nicht gerade zornig, immerhin aber ungehalten sich vom Stuhl erhob und, zu Ruschkow gewandt, im Hinausgehen nicht selten die Worte äußerte: „Immer mußt du streiten, Iwan Fjodorowitsch, und immer bist du höflich wie ein Esel!“ Worauf Ruschkow zu erwidern pflegte: „Störrisch wohl, doch auch im Recht!“ Und er verließ nie seinen Platz, um der Hinausgehenden die Tür zu öffnen, sondern saß braunmund in seinem Sessel zurück und legte die unterbrochene Arbeit fort, die im Exzerptieren dieser Folianten bestand.

Als Katharina eines Tages durch einen Exzerpturier die Nachricht und ausführlichen Bericht über König Ludwigs XVI. Hinrichtung erhielt, eilte sie, kaum daß sie die eingetroffenen Depeschen gelesen und zhe sie nach ihrem Minister Fjodorowitsch schickte, in die Bibliothek, wo Ruschkow wie gewöhnlich seit 6 Uhr morgens über seine Folianten gebeugt arbeitete. Mit erregtem Gesicht trat die Kaiserin bei ihm ein, nahm ihm gegenüber Platz und reichte ihm die Papiere über den Tisch hinweg mit den Worten: „Dies einmal, Iwan Fjodorowitsch, welche furchtbare Missethat man in Paris vollbracht hat!“ Ruschkow, nachdem er die Depeschen gelesen, äußerte, sie ihr zurückreichend: „Ich finde nichts Erstaunliches daran.“ — „Wie“, erwiderte Katharina, „du findest nichts dabei?“ — „Ja, Majestät, es ist nichts Verwunderliches daran, denn viele zusammen ergründeten — einen einzigen, Erstaunlicher ist es hingegen, wenn ein einzelner diesen anderen die Köpfe abhackt und die Leute auch

teilt. Dann gründete er einen Bühnenverlag zusammen mit Robert Sander. „Die deutsche Bühne.“ Seitdem betätigt er sich praktisch im deutschen Bühnenleben, stets beweglich, schaffensfroh und begeistert. Ihm verdanken wir die Einbürgerung Oskar Wildes, als dieser arm, verlassen und geächtet in Paris gestorben war. Wolkrad erwarb Wildes' gesammeltes Schaffen und bewog Max Reinhardt, es mit der „Salome“ zu versuchen, die später von Richard Strauß vertont worden ist. Es wurde ein großer Erfolg. Wildes' übrige Stücke folgten. Zuerst in Berlin. Nach und nach, wenn auch anfangs recht zögernd in der Provinz. Wolkrad ward für Karl Hauptmann, Ernst Harbt, den Tontriddichter, für Vollmüller und Hincron. Er brachte Lautensack mit seiner „Pfarrhauskomödie“ durchs Ziel und führte neben André Gide und Paul Claudel auch die Dänen Ekmann und Gustav Wied ein, dessen „Zweimalzwei gleich fünf“ in Hunderten von Aufführungen die Hörer entzückt hat. Heute ist Wolkrad Inhaber der „Vertriebsanstalt musisch-dramatischer Werke“ und des „Verlags Erlang“ und er geht daran, in der „Deutsche Bühne“ den ganz jungen Dramatikern eine Plattform zu schaffen, von der aus sie sich der Kritik und dem Publikum bemerkbar machen können. Heinz Wolkrad, der die literarische Erhebung der achtziger Jahre mitgemacht hat, versteht eben jung zu bleiben, auch ohne Steinach zu Raie zu gehen.

Musizierte Reichsbannerzeitung. Die neue Nummer 4 der RBZ bringt einen Aufsatz des bekannten Kapitäns Perlius über „Republikanisierung der Reichswehr“, worin vor allem die Gefahr der Militärdiktatur auf Grund des Artikels 48 der Verfassung und die Frage des Reichsvertrages behandelt wird. Ein Kapitel Justiz wird in einem Artikel über den Fall Fehrenbach aufgezeigt. Die neue Nummer der RBZ bringt wieder eine große Zahl vorzüglicher Bilder über aktuelle Ereignisse und Illustrationen zu Textbeiträgen. Jede Nummer der RBZ kostet 25 Pf. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und Postanstalt, oder durch alle Reichsbannergruppen.

Im Keller-Friedrich-Museum hält Dr. H. Baum, Deserent für Kunst im Volkstheater, am 24., 25., 26. bis 11/2 Uhr, Vortrag über „Monarchen und Kaiserliche Kabinette und die Kunst der Herrschaft.“

Am Freitagabend des Kreuz-Straße-Verlag, am 27., abends 8 Uhr, werden im Schuler-Beal, Bülowstr. 104, Hans Reimann „Freundliches aus dem Völkertum“, Erich Weizner „Politische Satiren“ Schimpen und Walter Redding mit „Geschichtsbüchlein in Gedichten“ ablesen. Karten 1 R. und 2 R.

Humboldt-Gesellschaft. Am 28., abends 8 Uhr, abends 8 Uhr, einen Vortrag mit Lichtbildern: „Reine Reize nach Siedlung und der Erde“. Eintritt 75 Pf. und 1 R.

Die nächste russische Dreiwöchigenversammlung in Berlin findet am 29. März und den darauf folgenden Tagen statt. Redaktionen sind bis zum 20. Februar an das Provinzial-Konkurrenzamt in Berlin-Glienicke zu richten. U. E. Jersmann, Ueberdrei! der russischen Akademie der Wissenschaften. Die Generalversammlung der Mitglieder der Akademie der Wissenschaften in Petersburg wählte an Stelle des im vorigen Jahre verstorbenen Vizepräsidenten Gieseler zu seinem Nachfolger den Mineralogen Dr. H. E. Kersmann. Kersmann ist eine hervorragende Persönlichkeit auf dem Gebiet des Mineraliens und der Förderung der Mineralienwissenschaften der Sowjetunion und wird von vielen Kreisen in Fragen der Gewinnung von Edelsteinen und seltenen Mineralien konsultiert.

Sozialdemokratie und Finanzausgleich.

Vorschläge für die Uebergangsregelung.

Am 20. Januar fand im Reichstage eine von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einberufene Konferenz mit Vertretern der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und sozialdemokratischen Gemeindevertretern statt. Ihr Zweck war die Erörterung der Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Sie wurde von Genossen Keil geleitet, der darauf hinwies, daß sie die erste beratende Konferenz sei und ihr Verlauf bezeugen müsse, daß die gemeinsame Grundanschauung aller Beteiligten eine Verständigung leicht herbeiführen lasse.

In ein einleitendes Referat des Genossen Herz, in dem sowohl die strittigen Fragen der Uebergangsregelung des Finanzausgleichs besprochen wurden, als auch die großen Streitfragen für die endgültige Regelung, schloß sich eine eingehende Aussprache an. In ihr trat volle Uebereinstimmung in dem Bestreben hervor, eine gemeinsame Linie für die Stellungnahme zu den schwierigen Fragen des Finanzausgleichs zu finden. Alle Redner sprachen sich dafür aus, daß die Uebergangsregelung nicht, wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, auf ein Jahr, sondern auf zwei Jahre befristet werde. Auch müsse die Umsatzsteuergarantie für diese Zeit aufrechterhalten werden, da die verprognostete Entlastung von den Kosten der Erwerbslosenfürsorge nicht in dem behaupteten Umfang zu erwarten sei. Der Fortfall der gemeinlichen Getränkesteuer und des Zuschlags zur Grunderwerbssteuer sei für Länder und Gemeinden finanziell untragbar. Bei der endgültigen Regelung des Finanzausgleichs sei eine Vervollständigung des Ueberweisungs-systems, der Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommen- und Körperschaftsteuer vorzuziehen. Die in Aussicht stehende Neuordnung der Hauszinssteuer müsse eine Bekämpfung der jetzigen Härten bringen, dürfe aber nicht zu einem Geschenk an die zahlungsfähigen entschuldeten Hausbesitzer werden.

Den Beratungen der Konferenz lagen Beifänge zugrunde, die im allgemeinen Zustimmung fanden. Ihre endgültige Formulierung wurde der Reichstagsfraktion überlassen, die auch für eine geeignete Veröffentlichung zu sorgen habe.

Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Sozialdemokratische Kritik im Reichstagsauschuß.

In der Freiungsstunde des Reichstagsauschusses für den Reichshaushalt wurde die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft fortgeführt. Genosse Schmidt-Köpenick als Mitberichtersteller wies darauf hin, daß bei diesem Haushalt am meisten über die Not der Wirtschaft, besonders der Landwirtschaft, geklagt werde. Bei der vorgelegten Uebersicht über die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe kann man nun feststellen, daß diese Verschuldung ziemlich richtig angegeben sei, und man die Uebertreibungen hinsichtlich der Verschuldung, die sich noch im vorjährigen Etat gefunden hätten, vermieden habe. Der Redner kritisierte dann, daß in den vom Ministerium herausgegebenen Berichten über die Lage der Landwirtschaft, so u. a. in einem vom Professor a. Dieze herrührenden Artikel, erhebliche Fehler sich befänden. Es handelte sich bei diesen Berichten um eine amtliche Publikation des Ernährungsministeriums, und es sei daher seine Aufgabe, auf solche Mängel zu achten und sie auszumerkeln. Weiter wies der Redner darauf hin, daß durch die Berufsstatistik auch die Behauptungen über den Rückgang der Arbeitsleistungen widerlegt würden. Nach den bisherigen Ergebnissen sei festzustellen, daß die Zahl der Landarbeiter teilweise bis zu 20 Proz. gegenüber der letzten Zahlung aus dem Jahre 1907 abgenommen habe. Da die landwirtschaftlich genutzte Fläche nicht nennenswert zurückgegangen sei, werden mithin die Arbeiten in der Landwirtschaft von weniger Arbeitskräften als früher geleistet. Damit ist der so oft betonte Rückgang der Arbeitsleistung und die angebliche Belastung der Produktion wieder einmal, wie schon so oft, widerlegt.

Im weiteren Verlauf der allgemeinen Aussprache forderte Genosse Schmidt-Köpenick von dem deutschnationalen Redner noch einen Beweis für seine Behauptungen über die Höhe der landwirtschaftlichen Verschuldung und weiler Auskunft von der Regierung über die Verteilung der Sonderbeiträge für die Landwirtschaft. Im Widerspruch zum Genossen Schmidt berechnete der Abgeordnete Hepp (D. Sp.) die Schulden der Landwirtschaft etwa in gleicher Höhe wie der deutschnationalen Redner, nämlich einschließlich der kleinen Schulden auf 9 bis 10 Millionen Mark. Von allen Rednern der bürgerlichen Parteien wurde die Lage der Landwirtschaft, insbesondere wegen der hohen Verschuldung und der unerwünschten Verzinsung auf das schwarze geschildert. Der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Quack beantragte, in den Etat einen Fonds von 2 Millionen Mark einzusetzen zur Gewinnung geeigneter Rüstungen für landwirtschaftliche Kraftgeräte, Arbeitsschienen und sonstige landwirtschaftliche Einrichtungen.

Reichsernährungsminister Dr. Haslinger erklärte gegenüber den Vorwürfen gegen die Kreditpolitik der Rentenbankkreditanstalt, daß die Tätigkeit der Anstalt mit Unterstützung der Goldkreditanstalt auf eine Senkung des Zinsfußes sowohl für Realität wie für Personalkredite gerichtet gewesen sei. Diese Tätigkeit habe auch schon Erfolge gezeigt. In der Verringerung der Zinsspanne der weiterlebenden Institute sei allerdings noch kein befriedigender Erfolg erreicht. Es werde eine ernste Aufgabe sein, auf eine weitere Ermäßigung des dem landwirtschaftlichen Schuldner zu berechnenden Zinsfußes hinzuwirken.

Angenommen wurde eine Entschließung der Abgeordneten Hepp und Dr. Cremer (D. Sp.), die Reichsregierung zu eruchen, bei Befehlen von Referentenstellen innerhalb des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft landwirtschaftliche Vorbildung in stärkerem Maße zu berücksichtigen.

Kleinfram im großen „Sensationsprozeß“.

Der Barmat-Prozeß.

Nach der Pause wurde gestern im Boemat-Prozeß zunächst der Staatsbankruptor hängen gehört, der während der fraglichen Zeit Korrespondent in der Korrespondenzabteilung war, in der die Akten der Amalia bearbeitet wurden. Er äußerte sich hauptsächlich über banktechnische und interne dienstliche Angelegenheiten der Staatsbank, so über die Praxis, die bei der Deckung und Ausgleichung der Konten beobachtet wurde. Als nächster Zeuge wurde Bankrat Hoffmann gehört, der den Scheckdienst versehen hatte und Kollegen gegenüber, wie er der Staatsbankwirtschaft bei der Bankrunderhebung assistiert hatte. Bedenken über die Höhe der Kredite äußerte er nicht, die an Antister und Barmat gegeben worden waren. Er betonte, daß diese Kreditgebung nach seiner Ansicht falsch gewesen sei, da ein großer Teil der Wirtschaft keine Kredite bekommen habe. Barmat sei allerdings bevorzugt worden. Auf Befragen des Vorsitzenden betonte der Zeuge, daß er zwischen Antister und Barmat immer einen großen Unterschied gemacht habe, von Antister sei er überzeugt, daß er zur Staatsbank gekommen sei, um sie zu betragen.

Vorj.: Haben Sie Anzeichen dafür gehabt, daß bei Barmat Nebeninteressen eine Rolle spielten?

Zeuge: Das nicht, das habe ich auch vor der Staatsbankwirtschaft nicht gesagt.

Die Verhandlungen wurden dann auf Montag normittag vertagt, und zwar sollen an diesem Tage u. a. Dr. Kühn und Dr. Ruge von der Staatsbank gehört werden.

Auftakt zum Bürgerblock.

Das Echo aus Frankreich.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Schritt des Präsidenten Hindenburg hat in den politischen Kreisen von Paris eine von Erstaunen gemischte Besorgnis herbeigeführt. Man hat hier die Entwicklung der deutschen Regierungstrife genau verfolgt und ist um so peinlicher überrascht über die Art, wie Hindenburg aus seiner verfassungsmäßig begrenzten Rolle herausgetreten ist, als man in Frankreich ein sehr ausgeprägtes Gefühl für das Funktionieren des Parlamentarismus und eine lange Tradition des parlamentarischen Lebens hat. Wenn die Krise im Rahmen des gemohnten parlamentarischen Spiels nicht lösbar war oder auf unüberwindliche Schwierigkeiten stieß, so sieht man hier keinen Grund dafür, die Gesetze des Parlamentarismus zu beugen; man hätte vielmehr verstanden, wenn der Reichstag aufgelöst und das ganze deutsche Volk zum Schiedsrichter angerufen worden wäre. Man steht deshalb in dem Eingreifen Hindenburgs nur einen Beweis dafür, daß über der Verfassung und den Parteien stehen sollte, im Grunde seines Herzens nur ein Rechtskabinett wünscht, daß ihm also das Scheitern der früheren Veruche ganz lieb sein mußte. „Der Marschall beweist so vor aller Welt,“ meint in einem scharfen Artikel der „Temps“, „daß er der Mann der reaktionären Parteien geblieben ist, die ihn an die Spitze des Staates trugen. Er bezahlt seine Schuld an die Nationalisten, die seine Wahl durchgeführt haben.“

Darüber hinaus gibt man sich in Paris keinerlei Illusionen darüber hin, welche außenpolitischen Folgen die Berufung eines Rechtskabinetts haben wird. Der „Temps“ folgt die Beunruhigung der Pariser politischen Kreise und der offiziellen Stellen zusammen, wenn er meint, man müsse in Berlin wissen, daß eine Rechtsregierung eine wahre Gefahr für die Friedenspolitik von Genf und Thoiry bilde.

Niemand in Europa würde einem nationalistischen Deutschland trauen.

wenn es sich um Loyale Ausführung der Verträge und der mit der deutschen Republik abgeschlossenen Abkommen handle. Das Eingreifen Hindenburgs zugunsten der Rechten, fährt das Blatt fort, müsse in dieser Hinsicht aller Beunruhigung Raum geben. Dem deutschen Volke stehe es frei, seine inneren Angelegenheiten zu regeln wie es will; aber es dürfe von den anderen Nationen nicht erwarten, daß sie ihm Vertrauen schenken, trotz aller Fehler, die es gegen sich selbst begehen kann. Ebenfalls würden sie bereit sein, einem reaktionären Deutschland, das noch ganz vom früheren kaiserlichen Geist erfüllt ist, die Zugeständnisse zu machen, die sie im Interesse des Friedens gegebenenfalls einem demokratischen Deutschland machen würden.

Polens Minderheitsvölker.

Eine Ergänzung unseres Konferenzberichtes.

Zu unserem, der „Lodzer Volkszeitung“ entnommenen Bericht über die Warschauer Konferenz der deutschen, polnischen und jüdischen Genossen, schreibt uns der dort genannte Genosse Ehrlich-Warschau (Bund jüdischer Arbeiter), der zufällig gerade in Berlin ist:

Während meine wirklichen Ausführungen die entschiedene oppositionelle Stellung meiner Partei der Pilsudski-Regierung gegenüber begründeten, lauten sie dem Bericht nach eher auf eine Rechtfertigung dieser Regierung gegenüber ihren Gegnern von links hinaus. Ich bin auf jener Konferenz zu der Schlussfolgerung gelangt, daß die Politik der Pilsudski-Regierung vollständig den Interessen der Bestehenden entspricht. Dazu kommen die unaufhörlichen Verfolgungen des linken Flügels der Arbeiter- und Bauernbewegung und dieselbe Verkennung der berechtigten Forderungen der Minderheitsvölker, die die Politik der Bor-Moi-Regierung kennzeichnet. Dazu kommt endlich der systematische Kampf gegen die demokratischen Errungenschaften.

Faschismus, sagte ich weiter, wird durch drei Merkmale gekennzeichnet: 1. rückwärtsloser Schutz der sozial-wirtschaftlichen Interessen der Bestehenden, 2. Vernichtung der demokratischen Eroberungen und 3. eine noch nicht dagewesene Brutalität in der Bekämpfung der Gegner. Die beiden ersten Merkmale finden wir bereits heute in unserem Regime, das dritte noch nicht. Aber zu den zweifellosen „Verdiensten“ der Bor-Moi-Regierung gehört es, die jüdische Ideologie in Polen von Staats wegen legalisiert und eingebürgert und so dem Bolshewismus den Weg gebahnt zu haben.

Diese Gefahr fordert die Einigung aller Arbeiterkräfte Polens. Als Grundlage für eine solche Einigung kann aber nur wirkliche Opposition zum Regime von heute gegenüber den Bestehenden, nicht aber eine Scheinopposition, wie sie der Parteirat der PPS, beschlossen hat und die nicht dem Regime und seinem verantwortlichen Träger, sondern einzelnen Ministern gilt. — Zum Punkt „Minderheitsvölkerpolitik“ haben außer dem deutschen Genossen Kronig auch ich und mein Parteigenosse Alter gesprochen. Indem wir die Judenfrage in Polen vom Arbeiterstandpunkt behandelten, verwiesen wir auf den systematischen Vortritt jüdischer Arbeiter und Angefallenen durch die staatlichen und kommunalen Unternehmungen, und auf die ebenso systematische Verdrängung jüdischer Arbeiter aus den verstaatlichten Industrien. Auch wir fordern kulturelle Autonomie.

Da Genosse Niedzialkowski sagte, daß die PPS ein streng formuliertes Programm weder in der Deutschen, noch in der Judenfrage bestimme, mußten wir konstatieren, daß die Genossen der PPS, sich leider in der Praxis nicht an jene Grundprinzipien in der nationalen Frage halten, auf die sich die Partei auf ihrem Krakauer Kongreß festgelegt hat.

Eine Tendenzlüge.

Der Warschauer „Geprech Poranny“ hat dieser Tage behauptet, Deutschland habe den Vertrag mit Polen über die Saisonarbeiter gebrochen; trotz der deutschen Zusage, daß 8000 dieser Arbeiter bis Ende Februar von Zwangsmassnahmen verschont bleiben sollen, wenn sie freiwillig aus Deutschland abwandern, habe der preussische Innenminister den Landräten empfohlen, entlassene polnische Arbeiter als lästige Ausländer zu behandeln, d. h. auszuweisen.

Dazu wird uns von zuständiger deutscher Stelle mitgeteilt, daß kein Wort dieser Meldung wahr ist. Derartige Weisungen oder Empfehlungen an die Landräte sind nicht ergangen, und es ist auch nicht eine einzige Ausweisung verfügt worden.

Pilsudski-Amnestie.

Warschau, 21. Januar. (WZ.) Das Staatsgesetzblatt veröffentlicht ein Dekret des Staatspräsidenten über das Verfahren bei Erlaß von Freiheitsstrafen. Voraussetzung für einen Strafverlaß ist, daß die verhängten Gefängnisstrafen bereits zu zwei Dritteln, mindestens aber sechs Monate verbüßt sind und die Verurteilten während der Strafdauer sich einwandfrei geführt haben. Den zu lebenslänglichem Gefängnis Verurteilten kann erst nach 15 Jahren ein Strafverlaß erteilt werden, daselbe gilt für diejenigen Fälle, wo eine Verurteilung zum Tode durch Gnadenakt in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt wurde. Das Dekret tritt am 1. Februar in Kraft.

Litauische Annäherung an Polen?

Warschau, 21. Januar. (WZ.) Die sich „Niezapoznata“ (Die Republik) aus Wilna machen läßt, wird dort behauptet, daß der frühere Bürgermeister von Kamno Janzewski, sich als geheimer Abgesandter der litauischen Regierung nach Warschau begeben habe, um dort den Boden für den Beginn polnisch-litauischer Verhandlungen vorzubereiten. Der litauische Delegierte soll von Pilsudski, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Partei und vom Außenminister Jaleski empfangen worden sein.

Eine Bestätigung dieser Meldung war in Warschau bisher nicht zu erhalten.

Die „Kestpunkte“. In Berlin haben die Verhandlungen mit den interalliierten Sachverständigen über die Frage der Ausfuhr von Kriegsgerät zu einem befriedigenden Abschluß geführt. Auch die Pariser Verhandlungen über die Dispositionen zwischen Bamelez und Hoch sollen günstig verlaufen.

Militärputschversuch in Lettland.

Die Putschisten verhaftet.

Riga, 21. Januar. (Lettländische Telegramm.) In Wolmar, einem Provinzialstädtchen Lettlands, ließ gestern morgen gegen 5 Uhr der Leutnant Olin eine Kompanie des 8. Infanterieregiments unter Vorwand der Abhaltung von Nachübungen in die Stadt einrücken, entwaffnete die wachhabenden Polizisten und besetzte das Post- und Telegraphenbureau und die Station der Schmalspurbahn. Der Zwischenfall wurde sofort durch den Wolmarer Garnisonschef beigelegt. Der schuldige Leutnant und andere Mitschuldige wurden verhaftet und dem Kriegsgericht übergeben. Im ganzen Lande herrscht vollständige Ruhe und Ordnung. Der Zwischenfall hat keine politischen Nachwirkungen.

In Lettland ist seit kurzem eine Regierung der Linken — einschließlich der Sozialdemokraten — am Ruder. Putschgerüchte, die seit dem litauischen Staatsstreich besonders von Rostau her verbreitet wurden, hatten sich bisher nicht bewahrheitet. Ob mit der „Beilegung“ des Versuchs von Wolmar die Offiziersputschgefahr beseitigt ist, wird sich zeigen.

Neue Hezse gegen Masaryk.

Wegen eines privaten Silberstержes.

Prag, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationaldemokraten beginnen nach einem längeren Waffenstillstand nun eine neue Kampagne gegen den Präsidenten Masaryk, dessen Wiederwahl im Mai durch diesen Angriff einer Koalitionspartei bedroht erscheint. „Narodni Listy“ (Nationalzeitung). Das Blatt des Dr. Kramarich wirft dem Präsidenten vor, daß er an einer Silberstержunterhaltung in der Villa des bekannten Satirikers Karel Capek teilgenommen habe, bei der führende politische Persönlichkeiten des bürgerlichen Lagers verhöhnt worden seien.

Capek, der politisch sehr weit links steht und in seinen literarischen Werken radikale Anschauungen vertritt (so in dem antikeritalen Roman „Die Gottesfabrik“, in dem utopischen Drama „Bur“) ließ in seiner Villa ein politisches Kabarett auftreten, das die drei Könige aus dem Morgenlande in den Rasten des Dr. Kramarich, des Ministerpräsidenten Svehla und des literarischen Ministers Monsignore Schramek zeigte. Der Text der Satire soll sehr verlegend für die drei reaktionären Politiker sein. Die „Narodni Listy“ verlangen öffentliche Sühne für diese ganz private Veranstaltung und hegen vor allem gegen den Präsidenten, der sich die Satire mit anseh.

Frankreichs Arbeitslosigkeit.

Neues Anwachsen.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nach den amtlichen Statistiken in den letzten Tagen auf 26 300 erhöht. Im Laufe der letzten Woche betrug sie noch 27 900. Von den Arbeitslosen entfallen rund 20 000 auf die Stadt Paris und Umgegend gegenüber 14 000 in der letzten Woche und 7000 Anfang Januar.

In der Kammer begann gestern die Interpellationsdebatte über Teuerung und Arbeitslosigkeit.

Politische Zuspitzung in Belgien.

Vor Auflösung und Neuwahlen?

Brüssel, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die politische Lage in Belgien spitzt sich mehr und mehr zu. Die Sozialisten haben den Kampf für die Aufrechterhaltung der Steuer auf hohe Einkommen bereits aufgenommen. Dem Finanzminister bleibt zwar noch der Ausweg, seinen Gesetzentwurf zurückzuführen, aber die Stimmung in den bürgerlichen Parteien ist stark gereizt und der Eindruck verstärkt sich, daß eine Regierungskrise unvermeidbar ist. Sie wird höchstwahrscheinlich zur Auflösung der Kammer führen, da bei dem gegenwärtigen Parlament eine andere als die jetzige „Burgfriedensregierung“ kaum möglich ist.

Die katholische Partei macht bereits Vorbereitungen zum Wahlkampf, von dem sie sich einen sozialistischen Mißerfolg verspricht. Inzwischen geht die Stimmung in den Kreisverbänden der Arbeiterpartei über die Frage, ob die Sozialisten in der Koalitionsregierung verbleiben sollen, weiter.

Churchills Echo in London.

„Noch wandelbarer als Mussolini.“

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Churchills rätselhaftes Interdium, in dem er seine Sympathien mit dem Faschismus ausdrückt, wird in politischen Kreisen Londons nicht ernst genommen. Der liberale „Star“ weist auf die vielfältige politische Vergangenheit Churchills hin und stellt fest, Churchill könnte mit seiner Vielfältigkeit selbst Mussolini noch als Lehre dienen.

Machtpolitik der Textilbarone.

Sie diktieren eine 53 stündige Arbeitswoche.

Die Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 sagt im § 1, daß die tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Wäulen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Im weiteren enthält die Arbeitszeitverordnung eine Reihe von Hintertüren, wodurch die Vorschrift des § 1 zum Teil wieder aufgehoben wird. Im Grundton sagt die Arbeitszeitverordnung jedoch, daß die Arbeitszeit von acht Stunden nur dann überschritten werden soll, wenn wirtschaftliche Gründe dies erforderlich machen. Im übrigen überläßt die Arbeitszeitverordnung die Regelung der Arbeitszeit den Tarifparteien. Die Arbeitgeber in der Textilindustrie haben mit Hilfe der Schlichtungsausschüsse, die sie um Tarifhilfe angerufen haben, die Arbeitszeit durch Zwangstarife über acht Stunden hinaus festgelegt. Für die Begründung der Mehrarbeit führten sie ausschließlich wirtschaftliche Gründe ins Feld. Wie es in Wirklichkeit mit diesen wirtschaftlichen Gründen bestellt ist, wird durch folgenden Vorgang blickbar gemacht:

In Gera haben bisher eine Anzahl Webereibetriebe höchstens nur 48 Stunden gearbeitet. Dabei kam es vor, daß einmal die eine oder andere Firma auf eine Zeitdauer von vier bis sechs Wochen länger arbeitete, und zwar je nachdem Aufträge vorhanden waren. Dem Verband sächsisch-thüringischer Webereien gefällt es nun nicht, daß ein Teil seiner Mitglieder nur 48 Stunden in der Woche arbeiten läßt. Er hat deshalb diese Firmen angewiesen, in Zukunft 53 Stunden arbeiten zu lassen. Die Firmen haben bei den Verhandlungen mit den Betriebsräten offen eingestanden, daß der Verband sächsisch-thüringischer Webereien es ist, der die Mehrarbeit verlangt. Hierdurch ist bewiesen, daß die Arbeitgeber die Mehrarbeit nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus machtpolitischen Gründen fordern. Bei Beurteilung dieser widersinnigen Anordnung darf nicht übersehen werden, daß in den einzelnen Betrieben Weber vielfach auf Material warten müssen und immerhin auch noch

ein beträchtlicher Teil Arbeitslos vorbanden ist. Die Gewerkschaft wird sich gegen diese widersinnige Anordnung der Unternehmer zu wehren wissen.

Schiedsprüche für die Textilindustrie.

Der Schiedspruch zur Beilegung des Lohn- und Tarifstreits der rechtsrheinischen Textilindustrie verlängert den bisherigen Manteltarif sowie das Abkommen über Arbeitszeit (Leberarbeit) und erhöht die Zeitlöhne um 6 Proz., die Akkordlöhne um 3 Proz. ab 1. Januar. Die Arbeitgeber erklärten sich zur Annahme des Manteltarifs und des Arbeitszeitabkommens bereit, lehnten jedoch das Lohnabkommen ab. Die Gewerkschaften nahmen den Manteltarif und das Lohnabkommen an, lehnten aber das Arbeitszeitabkommen ab. Für das Lohn- und Arbeitszeitabkommen wurde Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Für die westfälische Textilindustrie fanden am Freitag in Dresden Verhandlungen über die Arbeitszeit statt, die mit einem Schiedspruch abschließen dürfen.

Für den Bezirk Schlesien fanden dieser Tage in der Lohnstreitsache des Textilarbeiterverbandes Verhandlungen statt. Die Arbeiterchaft hat eine Lohnaufbesserung von 15 Proz. gefordert. Es kam zu einem Schiedspruch, der folgendes bestimmt: „Die Lohnsätze vom 8. Juli bzw. 2. Dezember 1923 werden nach ihrem Ablauf ab 1. Februar um 6 Proz. erhöht. Mit dieser Maßgabe laufen die bisherigen Lohnabkommen über den 1. Februar 1927 hinaus weiter. Die Kündigungsfrist läuft vierteljährig zum Schluß der letzten Lohnwoche jeden Monats. Die Erklärungsfrist wurde bis 23. Januar 1927 festgelegt.“

Berücksichtigt man die niedrigen Löhne in Schlesien — nur 44 bis 45 Pf. pro Stunde für die Zeitlohnarbeiter —, dann wirkt dieser Schiedspruch völlig unverständlich. Die Löhne in Schlesien stehen weit hinter den Löhnen anderer Textilbezirke zurück. Die Schlichter in Schlesien sollten sich diese Löhne anderer Bezirke vor Fällung von Schiedsprüchen etwas genauer ansehen. Warum sollen die Löhne der Textilarbeiter in Schlesien niedriger sein als im übrigen Deutschland?

jetzigen Löhnen völlig untragbare neue Befolgung der Arbeiterchaft durch die Erhöhung der Raten ist.

Dem Antragsgegner wird außerdem dringend empfohlen, auf seine Mitglieder einzuwirken, daß wieder in größerem Umfang Leistungszuschläge neben den Tariflöhnen gezahlt werden, wie es auch dem Vertragswillen der am Vertrag beteiligten Organisationen entspricht.

Dieser Schiedspruch ist keinesfalls geeignet, die Begeisterung der Transportarbeiter auszulösen. Genosse Fromte ermahnte die Funktionäre, trotz dieses nichtslagenen Schiedspruches dennoch ernsthaft zu erwägen, ob nicht die Annahme des Schiedspruches der Ablehnung vorzuziehen sei, da bei dem ungünstigen Organisationsverhältnis der Transportarbeiter die Ablehnung den tariflosen Zustand nach sich ziehen würde.

Daß die Entscheidung den Funktionären äußerst schwer fiel, bewies die eingehende Diskussion, in der das Für und Wider der Annahme leidenschaftlos und ernstlich geprüft wurde. Die Abstimmung ergab schließlich gegen eine starke Minderheit die Annahme des Schiedspruches.

Vierzig Jahre Kupferschmiederverband.

Feier der Berliner Ortsverwaltung.

Der Verband der Kupferschmiede ist eine der wenigen Gewerkschaften, die ihren Charakter als Berufsorganisation bis heute erhalten haben. Trotz aller Wandlungen die dieser Beruf im Laufe der Jahrzehnte durchgemacht hat. Der Wirkungsbereich der Kupferschmiede ist ziemlich beschränkt, weshalb auch die emsige erfolgreiche Tätigkeit der Organisation sich nicht in imponierenden Zahlen bemerkbar macht. Die über 6000 Verbandsmitglieder verteilen sich auf über 100 Orte, aber der Verband ist mit Recht stolz darauf, daß es heute fast keinen unorganisierten Kupferschmied mehr gibt.

Noch unter dem Ausnahmegesetz, am 1. Juli 1886, wurde die Zentralorganisation der Kupferschmiede ins Leben gerufen, der Vorsicht halber allerdings ein Unterstufungsverein. In Berlin machte die Polizei aus diesem Unterstufungsverein Schwierigkeiten — die Furcht vor „der Hydra der Revolution“ lag den Gewalthabern noch stark in den Gliedern, so daß der Zweigverein Berlin erst ein halbes Jahr später, am 1. Januar 1887, ins Leben treten konnte. Als 1890 das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert werden konnte, suchte die Polizei noch immer im „Geiste“ dieses Gesetzes zu schalten und walten. Um ihren Schritten zu begegnen, wurde außer dem Zweigvereinsvorstand eine besondere Kommission mit einem Vertrauensmann bestellt.

Am 3. Juli 1890 wurde in Berlin eine Zentralstreikkommission, die Vorläuferin des heutigen Ortsausschusses des ADGB, gegründet, in die die Kupferschmiede die Mitglieder Radel und Hübsch delegierten, was davon zeugt, daß die Kupferschmiede von Anfang an auf freigewerkschaftlichem Boden standen. Als 1892 auf der Generalversammlung in Halle der Verband durch Statutenänderung seinen Berufscharakter ausgab, wurde der Weg frei zum inneren organisatorischen Ausbau. Es wurde der Arbeitsnachweis gegründet, die Bibliothek ausgebaut, in Versammlungen agitiert, Agitationsbezirke geschaffen und auf andere Art an dem Ausbau der Organisation rege gearbeitet. Der Erfolg blieb nicht versagt.

In wenigen Jahren waren 92 Proz. der Berliner Berufsangehörigen Mitglieder der Organisation. Da die Arbeit sich immer mehr häufte und ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen war, wurde 1897 der heutige Verbandsvorsitzende Genosse Hecht zum hauptamtlichen Bevollmächtigten der Berliner Ortsverwaltung gewählt. Er bekleidete dieses Amt ein Jahrzehnt, bis er in der Generalversammlung in Breslau 1907 zum 2. Verbandsvorsitzenden gewählt wurde. Sein Nachfolger in der Berliner Verwaltung mißbrauchte das Vertrauen der Mitglieder, so daß im Jahre 1909 der Genosse Wilhelm Kühne gewählt wurde, der dieses Amt bis zum März 1921 führte und es dann infolge seiner Tätigkeit auf kommunalem Gebiet an den jetzigen Bevollmächtigten Fleischmann übergab.

Das große Wollenmorden brachte auch dem Verbanne der Kupferschmiede einen Rückschlag, da die Kupferschmiede fast ausschließlich bei der Marine gedient hatten und schon in den ersten Tagen die „schöne blaue Uniform“ anziehen mußten. Die 1918 heimkehrenden Mitglieder fanden ihre Organisation dennoch unversehrt im inneren Aufbau und der äußeren Kraft wieder. Die politische Zerrissenheit der Arbeiterchaft und die Inflation setzten die Organisation einer neuen Befestigungsprobe aus, die aber auch überstanden wurde.

Am heutigen Tage des 40jährigen Stiftungsfestes kann die Organisation mit Stolz darauf hinweisen, daß nicht nur ihre finanziellen Verhältnisse jeder von den Unternehmern gewünschten Befestigungsprobe standhalten können, sondern daß sich in ihren Reihen

94 Proz. der Berliner Kupferschmiede befinden, von denen 31 Mitglieder (bei rund 800 Mitgliedern) der Organisation seit ihrer Gründung und 121 seit 25 bis 40 Jahren angehören.

Die Kommunisten in Hamburg.

In den Gewerkschaften schwindet ihr Anhang.

Hamburg, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Trotz erheblicher Anstrengungen, die die Kommunisten bei der Neuwahl der Delegiertenkörper und Vertreterversammlungen der Hamburger Gewerkschaften gemacht haben, ist für sie bis jetzt kein Erfolg zu verzeichnen gewesen. In einigen Gewerkschaften haben sie sogar noch an Einfluss verloren. So beispielsweise in dem Metallarbeiterverband, wo in den letzten drei Tagen die Wahlen zur Vertreterversammlung stattgefunden haben. Obgleich die Zahl der zu wählenden Vertreter für 1927 größer ist als im Vorjahre, blieb doch die Zahl der gewählten Kommunisten hinter der des Vorjahres erheblich zurück. Auch im Fabrikarbeiterverband waren alle Anstrengungen der KPD. vergeblich. Es gelang ihnen in einzelnen Bezirken des Groß-Hamburger Gebiets unbedeutende Teilerfolge zu erzielen, die aber durch Niederlagen in anderen Stadtteilen vollkommen wettgemacht wurden. Schon jetzt läßt sich auf Grund der bisher vorliegenden Wahlergebnisse feststellen, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben keinen großen Anhang mehr besitzen.

Ende der Generalstreikdebatte.

Vertrauensvotum für den Generalrat.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Konferenz der Gewerkschaftsleiter hat am Freitag die Verhandlungen mit einem Vertrauensvotum für den Generalrat beendet und im Namen der großen Mehrheit der organisierten Arbeiterchaft Englands die Behauptungen der Bergarbeiter entkräftet, daß der Generalrat die Bergarbeiter im Mai 1926 im Streik gelassen hätte. Es stimmten für den Generalrat die Vertreter von 2840 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, gegen den Bericht 1095 000. Gegen den Generalrat stimmten außer den Bergarbeitern die Holzarbeiter und die im Handel angestellten Arbeiter.

Der Abstimmung ging eine große Aussprache voraus, in der Citrine mit seiner außerordentlich geschickten Verteidigung des Generalrats auch auf dem linken Flügel großen Eindruck gemacht hatte. In der Debatte sprachen die Führer beinahe aller großen Gewerkschaften. In seiner abschließenden Rede forderte der Vorsitzende der britischen Gewerkschaften, Hicks, dessen Rühmlichkeit im ganzen Verlauf der Verhandlungen Gegenstand lebhafter Erörterungen gewesen war, die Delegierten auf, dem regen Appell verabschiedeter Redner Folge zu leisten, die Vergangenheit begraben sein zu lassen und sich nummehr der Aufgabe des Wiederaufbaues der Gewerkschaften zu widmen.

Die Verwendung von Gewerkschaftsgeldern.

Darüber haben die Gewerkschaften selber zu verfügen.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ein von einer bekannten gewerkschaftlichen konservativen Zeitung finanziertes Projekt, in welchem ein gerichtlicher Beschluß herbeigeführt werden sollte, manach die Gewerkschaften der Handlungsgestaltung, also alle Gewerkschaften verhandelt werden sollten, in Zukunft ihre Mittel politischen Zwecken zur Verfügung zu stellen, endigte mit einer Niederlage des Anklägers. Dieser Prozeß ist von größter praktischer Bedeutung, weil er von den Gegnern der Gewerkschaften als ein Präzedenzfall gedacht worden war. Falls er zu einem Erfolg geführt hätte, sollten auf der ganzen Linie Prozesse gegen Gewerkschaften angestrengt werden, um die gerichtliche Sperrung aller Gewerkschaftskassen für alle nicht rein gewerkschaftlichen Zwecke durchzuführen.

Die dänischen Lohnverhandlungen.

Teilweise Einigung.

Kopenhagen, 21. Januar. (Rth.) Mit allgemeiner Spannung sah man den Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmerverbänden und dem Arbeitgeberverein über die Neuaufnahme oder Ablehnung der Lohnabkommen entgegen. Die Fachgruppen der Arbeiter verlangten durchschnittlich eine Lohnerhöhung von 5—10 Oere die Arbeitsstunde, während die Arbeitgeber eine Lohnsenkung um etwa die gleiche Höhe durchzusetzen bemüht waren. In 16stündiger Verhandlung ist es schließlich zu einer Verlängerung der bestehenden Lohnabkommen gekommen, indem beide Parteien von ihren Forderungen zurücktraten. Somit ist der Arbeitsfrieden mit den industriellen Arbeitern in den Zellfabriken, Zuckerfabriken, Zementfabriken, Ziegeleien und Kiesfabriken für die nächste Zeit geschlossen. Die Arbeiter dieser Kategorie machen eine Zahl von annähernd 100 000 Mann aus.

Drohender Eisenbahnerstreik in Britisch-Indien.

(Rth.) Einer beim Sekretariat der Internationalen Transportarbeiterföderation in Amsterdam eingegangenen telegraphischen Nachricht zufolge droht in Kalkutta ein Streik des Werkstattspersonals der Eisenbahngesellschaft Bengal Nagpur auszubrechen. Unter dieser Personalgruppe herrscht wegen des willkürlichen Vorgehens der höheren Beamten, insbesondere wegen Entlassungen und Ablehnung der Wünsche des Personals, u. a. betr. Bereitstellung von Wohnungen, größte Verbitterung.

Versuche, durch Verhandlungen zwischen einer Abordnung der Gewerkschaften und der Direktion eine friedliche Beilegung der Differenzen zu bewirken, sind fruchtlos geblieben.

Die I.T.F. lehnt die englische Regierung durch ihren Vertreter in England erludnen, den Wünschen des Personals Rechnung zu tragen.

SPD.-Buchdrucker!

Fraktionsvorsitzende heute 4 Uhr Sitzung bei Gennina, Alexanderbrücke 44. Die Parteifractionsmitglieder heute und morgen in den Dolanischen Lokalen zur Bildung zu.

zwei Gewerkschaftsluzern. Heute, Sonntag, 7½ Uhr, hat die Gruppe Baumhauer in Sprendenau 16. Februarabend.

Wochen, Mittwoch! Heute abend 7 Uhr finden in folgenden Bezirken Bezirksversammlungen statt: Bezirk 1 bei Herr, Bruchmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Schönbauer; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

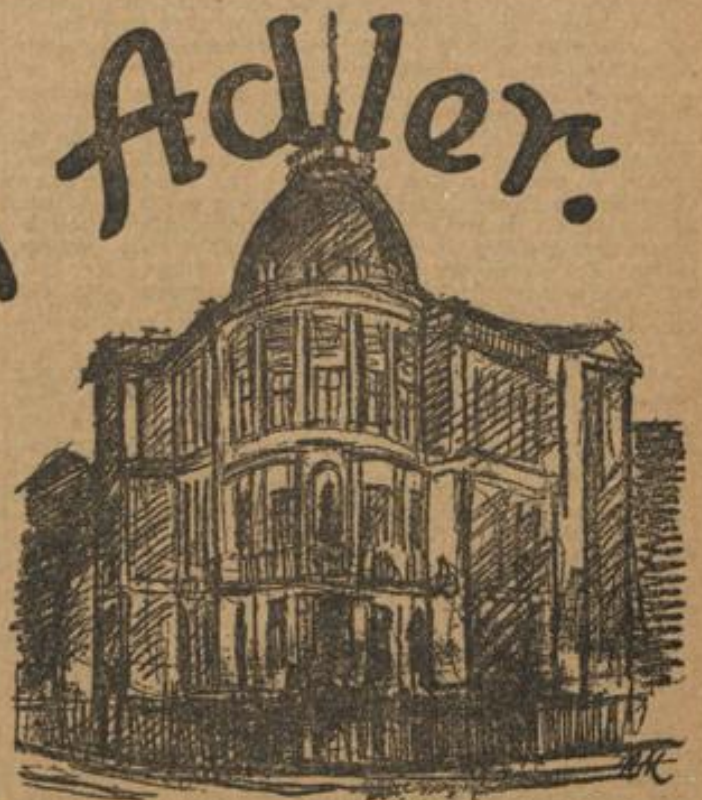
Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr, Herrmann; Bezirk 40 bei Herr, Herrmann; Bezirk 41 bei Herr, Herrmann; Bezirk 42 bei Herr, Herrmann; Bezirk 43 bei Herr, Herrmann; Bezirk 44 bei Herr, Herrmann; Bezirk 45 bei Herr, Herrmann; Bezirk 46 bei Herr, Herrmann; Bezirk 47 bei Herr, Herrmann; Bezirk 48 bei Herr, Herrmann; Bezirk 49 bei Herr, Herrmann; Bezirk 50 bei Herr, Herrmann; Bezirk 51 bei Herr, Herrmann; Bezirk 52 bei Herr, Herrmann; Bezirk 53 bei Herr, Herrmann; Bezirk 54 bei Herr, Herrmann; Bezirk 55 bei Herr, Herrmann; Bezirk 56 bei Herr, Herrmann; Bezirk 57 bei Herr, Herrmann; Bezirk 58 bei Herr, Herrmann; Bezirk 59 bei Herr, Herrmann; Bezirk 60 bei Herr, Herrmann; Bezirk 61 bei Herr, Herrmann; Bezirk 62 bei Herr, Herrmann; Bezirk 63 bei Herr, Herrmann; Bezirk 64 bei Herr, Herrmann; Bezirk 65 bei Herr, Herrmann; Bezirk 66 bei Herr, Herrmann; Bezirk 67 bei Herr, Herrmann; Bezirk 68 bei Herr, Herrmann; Bezirk 69 bei Herr, Herrmann; Bezirk 70 bei Herr, Herrmann; Bezirk 71 bei Herr, Herrmann; Bezirk 72 bei Herr, Herrmann; Bezirk 73 bei Herr, Herrmann; Bezirk 74 bei Herr, Herrmann; Bezirk 75 bei Herr, Herrmann; Bezirk 76 bei Herr, Herrmann; Bezirk 77 bei Herr, Herrmann; Bezirk 78 bei Herr, Herrmann; Bezirk 79 bei Herr, Herrmann; Bezirk 80 bei Herr, Herrmann; Bezirk 81 bei Herr, Herrmann; Bezirk 82 bei Herr, Herrmann; Bezirk 83 bei Herr, Herrmann; Bezirk 84 bei Herr, Herrmann; Bezirk 85 bei Herr, Herrmann; Bezirk 86 bei Herr, Herrmann; Bezirk 87 bei Herr, Herrmann; Bezirk 88 bei Herr, Herrmann; Bezirk 89 bei Herr, Herrmann; Bezirk 90 bei Herr, Herrmann; Bezirk 91 bei Herr, Herrmann; Bezirk 92 bei Herr, Herrmann; Bezirk 93 bei Herr, Herrmann; Bezirk 94 bei Herr, Herrmann; Bezirk 95 bei Herr, Herrmann; Bezirk 96 bei Herr, Herrmann; Bezirk 97 bei Herr, Herrmann; Bezirk 98 bei Herr, Herrmann; Bezirk 99 bei Herr, Herrmann; Bezirk 100 bei Herr, Herrmann.

Bezirk 1 bei Herr, Herrmann; Bezirk 2 bei Herr, Herrmann; Bezirk 3 bei Herr, Herrmann; Bezirk 4 bei Herr, Herrmann; Bezirk 5 bei Herr, Herrmann; Bezirk 6 bei Herr, Herrmann; Bezirk 7 bei Herr, Herrmann; Bezirk 8 bei Herr, Herrmann; Bezirk 9 bei Herr, Herrmann; Bezirk 10 bei Herr, Herrmann; Bezirk 11 bei Herr, Herrmann; Bezirk 12 bei Herr, Herrmann; Bezirk 13 bei Herr, Herrmann; Bezirk 14 bei Herr, Herrmann; Bezirk 15 bei Herr, Herrmann; Bezirk 16 bei Herr, Herrmann; Bezirk 17 bei Herr, Herrmann; Bezirk 18 bei Herr, Herrmann; Bezirk 19 bei Herr, Herrmann; Bezirk 20 bei Herr, Herrmann; Bezirk 21 bei Herr, Herrmann; Bezirk 22 bei Herr, Herrmann; Bezirk 23 bei Herr, Herrmann; Bezirk 24 bei Herr, Herrmann; Bezirk 25 bei Herr, Herrmann; Bezirk 26 bei Herr, Herrmann; Bezirk 27 bei Herr, Herrmann; Bezirk 28 bei Herr, Herrmann; Bezirk 29 bei Herr, Herrmann; Bezirk 30 bei Herr, Herrmann; Bezirk 31 bei Herr, Herrmann; Bezirk 32 bei Herr, Herrmann; Bezirk 33 bei Herr, Herrmann; Bezirk 34 bei Herr, Herrmann; Bezirk 35 bei Herr, Herrmann; Bezirk 36 bei Herr, Herrmann; Bezirk 37 bei Herr, Herrmann; Bezirk 38 bei Herr, Herrmann; Bezirk 39 bei Herr,



Unter dem Weißen Adler



Das polnische Konsulat in der Kurfürstenstraße

Wie nach einer bekannten Briefstelle Theodor Fontanes die Braunschweiger nicht immer Braunschweiger Wurst essen, wenn sie Wurst zu sich nehmen, so ist auch in Berlin der polnisch Sprechende nicht immer ein Pole der Rationalität nach. Allerdings haben sich seit 1918 durchgreifende Veränderungen in dem polnisch sprechenden Teil der Bevölkerung Berlins bemerkbar gemacht.

Polen in Berlin.

Begreiflicherweise war Berlin für den polnisch sprechenden deutschen Staatsangehörigen früher ein genau so lohnendes Ziel gewesen, wie für die anderen Hunderttausende, die aus den Provinzstädten und dem flachen Lande herbeiströmten, um im Brennpunkt des geschäftlichen Lebens ihr Glück zu versuchen. Man darf wohl die Zahl der bis 1918 in Berlin lebenden „deutschen“ Polen auf etwa 80 000 schätzen, während die Zahl der aus dem russischen „Kongreß-polen“ stammenden Einwohner Berlins nur gering war. Jeder von uns wird sich erinnern, wie zahlreich damals zum Beispiel auf Geschäftskartons die Namen auf „fi“ und „la“ waren, während heute dies nicht mehr der Fall ist. In der Tat hat nach Friedensschluß eine starke Abwanderung nach der nun zum selbständigen Staate gewordenen Heimat stattgefunden, und zwar sind es namentlich die Intelligenz, der Kaufmannstand, aber auch die Handwerkerkreise gewesen, die fortgingen. Man kann diesen Abgang bis auf 90 Proz. einschätzen. Was sich dagegen von Polen her bei uns eingebürgert, fällt dieser Auswanderung gegenüber nicht ins Gewicht. Die von dem Großhessig im Gegensatz zu seinem sonstigen patriotischen Getöse geschöpfte Einwanderung polnischer Saisonarbeiter hat für Berlin keine Bedeutung — nur vereinzelte Trupps passieren die Stadt in ihrer trotz aller modischen Einflüsse noch immer materisch anmutenden Tracht.

Folgen der Abwanderung.

Während die Berliner Kolonien der Angehörigen fremder Staaten sich zu Vereinigungen zusammenschließen, um auch in der Fremde den Zusammenhalt mit dem Mutterlande zu wahren, ist dies bei dem polnischen Volksteil Berlins nicht mehr der Fall. Wohl bestehen noch verschiedene Vereine geselliger und karitativer Art fort, aber es sind dies meist Reste ehemals größerer Organisationen, die eben durch die Abwanderung ihre Mitglieder verloren haben. Ein polnischer Verein, der sich mit politischen oder wirtschaftlichen Fragen beschäftigt, besteht nicht: der einstige, 1869 gegründete „Polnische Studentenverein“, dessen Haltung öfters von der Universitätsbehörde beargwöhnt wurde, hat eine Fortsetzung in einem rein wissenschaftlichen Verein, dessen Mitglieder Deutsche polnischer Sprache sind und bei dessen Versammlungen nur Vorträge über nichtpolitische Thematika gehalten werden. Die Zurückhaltung der Polen auf gesellschaftlichem und selbst geselligem Gebiet ist begreiflich — man mag es bedauern, daß in dem Leben unserer Stadt jenes Lebensvolles Bild fehlt, das in früheren Jahren Zeugnis ablegte von der Leidenschaftlichkeit der polnischen Jugend und den Reizen der Polinnen, schon seit langem durch klaffende gewordenen Risse der Operette verflüchtigt. Selbst bestehende Vereinigungspunkte, wie andere Nationen sie in „national“ aufgemachten Gast-

wirtschaften haben, fehlen. Einer wirtschaftlichen Vereinigung sei noch ihres Titels wegen gedacht: des „Deutsch-polnischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen“, dessen Organ „Die Ostwirtschaft“ gleichzeitig Organ eines gleichlautenden deutsch-russischen und eines deutsch-sinnischen Vereins ist. Dieser merkantile Verein hat für das polnische Leben in Berlin keine Bedeutung, da ihm keine Polen angehören. Von der Kirchenbehörde sind den Polen jedoch zwei Kirchen, die sich in der Wangel- bzw. Balljadenstraße befinden, für Predigten in polnischer Sprache zur Verfügung gestellt worden.

Enge Handelsbeziehungen.

Eins aber ist ungeachtet aller Veränderungen daselbst geblieben zwischen dem alten Kongreß- sowie dem neuen, ehemals deutschen Polen und unserer Stadt: die Stärke der wirtschaftlichen Bindungen, die sich im Güteraustausch offenbaren. Der jetzt zum polnischen Bürger gewordene polnische Kaufmann im ehemals deutschen Gebiet hat genau so wie sein deutscher Nachbar die alten Beziehungen zur deutschen Wirtschaft fortgesetzt, da der deutsche Markt ihm am bequemsten gelegen ist. Und wenn der Pole, der für einen Auslandsplatz 500 Zloty zahlen muß, selber nicht allzu häufig nach Berlin kommt, so sorgen die deutschen Handelsreisenden dafür, daß die Neuheiten ihm vorgelegt werden. Diese Bedeutsamkeit des geschäftlichen Verkehrs zwischen Polen und Deutschland spricht sich auch in dem Aufbau der diplomatischen Vertretung Polens aus. Oberhaupt der Gesandtschaft ist a. o. Gesandter und ber. Minister Oljowski; die Gesandtschaftskanzlei befindet sich Kurfürstenstraße 135. Dieses Gebäude wie die daneben liegende Konsulatsvilla sind Eigentum des polnischen Staates. Zu Mitgliedern der Gesandtschaft zählen ein Handelsrat, ein Auswanderungsrat (für die besonderen Angelegenheiten der Landarbeiter) sowie ein Pressechef. Das Generalkonsulat steht unter der Leitung des Generalkonsuls Zieliński und umfaßt zwei Konsula, zwei Vizekonsula und einen Leiter der Handelsabteilung. Da das Visum für die Einreise in das polnische Gebiet noch nicht abgeschafft ist, fehlt es nicht an Arbeit für das Konsulat. In dem Hause Kurfürstenstraße 137, das einst als Kielgansche Villa den architektonischen Vorposten auf dem damals gärtnerischen Zwaden dienenden Terrain bezogen hatte, geht es wie bei einem Laubenschlösschen zu. Das Haus, charakteristisch für den Geschmack des nach 1870 reich gewordenen Berliners, gleicht im Innern einem frühlichen Zellengefängnis: ein opulentes Treppenhaus mit zwei Treppensüßgängen leitet emporgo zu zentral gelegenen Oberlichträumen, von deren Galerie die einzelnen Gemächer betreten werden. Sehr zu loben ist die Ausschmückung der Wände mit wertvollen Stichen, deren Betrachtung dem Warienden die Zeit verkürzen kann. Auch liegen neben polnischen Zeitungen deutsche Blätter auf. Der energischen Hand des neuen Generalkonsuls Zieliński ist es zu danken, daß trotz des großen Andranges eine schnelle Abfertigung des Publikums möglich ist, dem der Zutritt während des ganzen Vormittags freisteht. In den einzelnen Stockwerken sind die Hauptabteilungen untergebracht: unten die Abfertigung der Landarbeiter, portierte rein polnische Angelegenheiten, 1. Stock Vismertteilung, 2. Stock Handelsabteilung. Einige Ziffern: das Konsulatspersonal beträgt über 100 Personen; täglich gehen

über 1000 Briefe ein; im Juli werden im Durchschnitt täglich 1200 deutsche Einreisebewilligungen erteilt. Im Jahre 1925 sind die Wünsche von 165 000 Interessenten erfüllt worden. Von „polnischer Wirtschaft“ ist da wirklich nichts zu merken.

Die Beziehungen zwischen Reich und Polens Vertretung sind „korrekt“. Daß die ebenso unkluge wie erfolglose Behandlung der polnischen Bevölkerung durch die wilhelminische Regierung eine Kluft zwischen Polentum und Deutschland geschaffen habe, ist unlesbar. Wie immer erzeugt auch hier der Druck den Gegenruck. Einer hoffentlich nicht ferneren Zukunft wird es beschieden sein, in beiden Völkern, die wirtschaftlich und — politisch die gleichen Interessen haben, das Gefühl dieser Gemeinsamkeit so zu stärken, daß alle ihre Handlungen unter dem Zeichen der Gerechtigkeit geschehen.

Der wichtige Straßenbahnschaffner.

Ein Leser unseres Blattes schreibt uns. Lieber „Vorwärts“, heute vormittag war ich Zeuge folgender wahren Begebenheit. Die Straßenbahn fährt durch die Leipziger Straße. Im Kaufhaus Wertheim ruft der Schaffner: „Wertheim“. Ein Herr mit grüner Kappe und dito Hut mit Bamsbart stellt der Schaffner zur Rede und sagt: „Aber machen Sie doch nicht für den Juden Reklame, es ist doch schon einmal vor dem Kriege verboten worden!“ Einige andere Herren, denen man an ihrem Neuhäuser anmerkt, daß sie zur Klasse und Rasse des „Grünen“ gehören pflichten ihm bei. Der Schaffner legt nichts und denkt sich seit Tell. Der Wagen rollt und rollt, Potsdamer Straße, Bülowstraße und weiter. Der Mann mit dem grünen Hütchen ist immer noch drauf. In der Gedächtniskirche ruft der Schaffner „Gedächtniskirche“. Und zu dem Herrn gewendet, sagt er verknüppelt: „Wenn aber nun ein Dissident im Wagen ist?“

Die Wunder der Klara van Haag.

99) Von Johannes Buchholz. Aus dem Dänischen überetzt von Erwin Magnus.

Hedwig warf einen Blick zurück über ihres Vaters Leben, soweit sie konnte. Vieles böser Dinge erinnerte sie sich. Wohl fand sie Entschuldigungen genug in seiner tranken Seele und in seiner Armut. Aber sie wußte, daß ihr Vater nicht nach Verzeihung für vergangenen Sünden durstete, sondern nach einer vollbrachten Tat. Das allein macht einen Menschen froh. „Du verlangst auch viel“, sagte sie. „Wer verrichtet etwas Großes in seinem Leben? Du darfst mich nicht auch unglücklich machen. Wüßtest du, daß ich etwas anderes werden soll als ein junges Mädchen, das sein Leben liebt und seine Arbeit verrichtet und — wie soll ich sagen — das sich mit diesem oder jenem Menschen freut und glaubt, daß dieser oder jener Mensch sich mit ihr freut. Sag mir, Vater, gibt es etwas anderes? Denn ich habe so schrecklich wenig Lust zu etwas anderem. Ruf man eine Lebensaufgabe haben? Weinst du? Sag“, was du meinst, denn ich weiß, daß du ein kluger Mann bist.“ Der Vater hob den Kopf und sah Hedwig an. Die Schmerzensfurchen in seinem Gesicht zerstreuten sich. „Fragst du mich? Lust du mir die Ehre an, zu fragen, was ich meine? Nein, das darfst du nicht! Alles, was ich tue, alles, was ich sage, ist falsch. Hör' nicht auf mich, Hör', was dein eigenes Herz dir sagt. Du bist klug — ich verstehe gar nichts.“ „Hör', Vater — das meinst du nicht. Du hast mich immer als ein dummes, ungezogenes Mädchen gehalten.“ Der Vater lächelte ein wenig: „Ja, ungezogen — aber diese Ungezogenheit ist wohl das, was ich jetzt für Weisheit halte. Du bist auffällig gegen mich gewesen — seit du so klein wie ein Spatz warst. Woher wußtest du, daß das das einzig Richtige war? Ich war doch dein Vater — wer erzählte dir, daß ich zugleich ein Dummkopf war? Ich habe dich heimlich viele Jahre bewundert; heute soll es offenbart werden, weil es der letzte Tag ist. Du packtest mich einmal an der Kehle, als du ein kleines Mädchen warst — als ich deine Mutter mißhandeln wollte. Damals habe ich meinen Meister in dir gefunden.“ „Aber, Vater — wenn ich jetzt so vollkommen bin, wie du sagst, so hast du ja etwas Vollkommenes geschaffen, denn du hast mich, deine Tochter, geschaffen!“ Egholm stuchte, sagte aber schnell:

„Ich meinte nicht etwas so rein Körperliches.“ „Geist und Körper kann man nicht so trennen, Vater. Ich bin ja auch erst, als ich fast erwachsen war, in die Welt hinaus und von deinem Einfluß weggekommen. Ja, Du sollst nicht den Kopf schütteln und sagen, daß du mir ein abschreckendes Beispiel für mich gewesen bist. Du bist vieles andere gewesen. Weißt du etwas davon, wie Töpferware hergestellt wird?“ Der Vater dachte nach, als Hedwig aber sah, daß es ihn anstrengte, fuhr sie fort: „Ich habe einen Mann gekannt, der Vasen und Figuren in einem Ofen brannte. Er war ein großer Künstler. Seine Vasen hatten die herrlichsten Farben. Er kannte ein Pulver, das kein anderer in der Welt kannte. Das war es, das die seltsamen herrlichen Farben schuf.“ „Also eine Art Goldmacherei?“ „Ja, das kann man gut sagen. Aber ein solches heimliches Pulver ist eben dein Leben, Vater. Und ich kann gut einräumen, daß jedenfalls mein Herz ein seltenes Kunstwerk, eine Vase von dem wunderbarsten Farbenspiel ist. Denn es gibt gewiß niemand auf der ganzen Welt, der soviel Glück fühlen kann wie ich. O, Vater, wach ein herrliches Herz ich doch habe.“ Egholm fühlte große Aenderung bei Hedwigs Worten, er sah ganz froh aus und sagte: „Ja, wenn ich wirklich ein solches Goldpulver bin, dann darf man mich gern verbrennen!“ Mit dem Nachzuge kam Emanuel heim, und noch später schlief sich Sivert herein. Er hatte seine Gewohnheit, des Nachts umherzuschweifen, wieder aufgenommen. Jetzt war die ganze Familie versammelt und der Vater sprach ein wenig mit jedem von ihnen. Er hatte keine Schmerzen mehr im Herzen, versicherte aber, daß er bald sterben müsse. Sie legten ihm ein Kissen hinter den Rücken und scherzten mit ihm, daß er diesmal sicher noch nicht sterbe. Er blieb dabei, aber im Sitzen nickte er mehrmals für eine Minute ein, und schließlich wurde es ein ruhiger Schlaf. Frau Egholm winkte den drei Kindern, daß sie hinausgehen sollten — wer konnte wissen, ob der Vater sich jetzt nicht gesund schlief. Sie entschieden sich, in die Bodenkammer zu gehen, wo ihre Stimmen nicht stören konnten. Sivert sollte erzählen, wie das Unglück mit dem Ziegeleiofen geschehen war. „Ja“, sagte er, „ich wußte es ja im voraus. Cornelius hatte geschworen, sich zu rächen.“ „Cornelius Worm. Sich rächen? Weshalb?“ „Er setzte sich auf den Schornstein von Vaters Turbinen-

boot — als Junge einmal natürlich — und da holte er sich einen Riß in seinen bloßen Hintern. Darum betrog er Vater mit der Ziegelei!“ „Es bedarf wohl keines heimlichen Grundes, damit Cornelius Worm betrügt“, sagte Hedwig. „Rein, wenn er aber selbst meinem Freunde Ingenieur Soejdal gegenüber damit prahlt! Ihr kennt nicht die Geheimnisse der Welt. Aber ich ergründe sie in meinem Keller.“ „Wenn aber Cornelius aus irgendeinem Grunde betrogen hat, so konnte er doch nicht bestimmen, daß der Ziegeleiofen mißglückte.“ Sivert antwortete augenblicklich: „Die Lehmgrube der Ziegelei war aufgefressen; es war nur Kies übrig. Aber wo der eine Betrüger aufhört, fängt der nächste an. Sie bilden einen Verein über die ganze Erde. Der Brandmeister war ja auch ein Betrüger.“ „Ich hörte doch, daß sein Lohn nur gering wäre“, sagte Emanuel. „Dann hast du den Vertrag nicht gesehen — Vater machte ja auch einen Vertrag, wie gewisse andere — in dem stand, daß der unterzeichnete Brandmeister außer dem obengenannten Lohn zugleich alle sich beim Brand ergebenden Bruchsteine haben sollte. Verstehst du mich?“ Sivert machte eine Handbewegung und sicherte glücklich über seinen imponierenden Tiefinn. „Versteht ihr, daß der Brandmeister natürlich dafür sorgte, so viele Bruchsteine wie möglich zu bekommen. — Alle gehörten ihm.“ Hedwig und Emanuel sahen sich an, sie verstanden, daß Siverts Berede vielleicht nicht lauter Verücktheit war. Nach einer Weile nahm Sivert wieder das Wort: „Nun werden wir also erben.“ „Herrgott, Sivert, denkst du schon an dein Erbe!“ „Ja, bei dem Gedanken lache ich unter Tränen.“ „Du wirst sicher enttäuscht sein, Sivert.“ „Ich habe mir meine Sache schon ausgesucht. Es sind keine Millionenwerte — davon habe ich Gott sei Dank genug in meinem reichen halbadligen Heim. Soll ich die Sache zeigen?“ Ohne die Antwort abzuwarten, lief er über den Boden und die Küchentreppe hinunter. Eine Minute später stand er wieder vor ihnen. In der Hand hielt er die alte messingne Wasserfelle. „Hier steht ihr mein Erbe!“ „Freust du dich damit?“ (Schluß folgt.)

Der Fußgänger auf verbotenen Pfaden. Achtet auf die Radfahrerwege.

Geschichtsbildungen höchster Instanz haben Allgemeininteresse. Deshalb müssen derartige Entscheidungen sehr beachtet werden, auch wenn sie auf einen Vorfall zurückgehen, der sich nicht in Berlin ereignet hat. Da sich hier behandelte Fall aber auf die Benutzung von Radfahrwegen durch Fußgänger bezieht und man in Berlin im Begriff ist, die Radfahrerwege auszubauen, so hat der Fall auch lokale Interesse.

Als der Student A. in Magdeburg vor einiger Zeit einen Radfahrweg nach Herrentag benutzte, kamen zwei Radfahrer, die denselben Weg befuhren, zu Fall. B. wurde auf Grund einer Polizeiverordnung vom 15. Februar 1925 zur Verantwortung gezogen, weil er unbefugt den betreffenden Weg benutzte. Zu seiner Verteidigung machte er geltend, es habe sich ein Gewohnheitsrecht gebildet, nach welchem die Fußgänger den betreffenden Weg benutzen dürften, während die Radfahrer ebenfalls den in Rede stehenden Radfahrweg benutzen dürften. Das Amtsgericht sprach auch den Angeklagten frei, weil der Angeklagte den fraglichen Radfahrweg wie andere Fußgänger im Hinblick auf ein Gewohnheitsrecht benutzen durfte. Diese Entscheidung sacht die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an und erklärte die Vorentscheidung für rechtsirrig; von einem Gewohnheitsrecht, nach welchem die Fußgänger den betreffenden Weg benutzen dürften, könne nicht die Rede sein. Der erste Strafenat des Kammergerichts hob auch die Vorentscheidung auf und wies die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an das Amtsgericht in Magdeburg zurück, indem u. a. ausgeführt wurde, es sei nicht klar, an welcher Stelle sich der Unfall zugetragen habe. Da die Polizeiverordnung vom 15. Februar 1925 ihre Grundlage in § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 finde, wozu es zu den Aufgaben der Polizeibehörde gehöre, für Ordnung, Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen Sorge zu tragen, so sei zu prüfen, ob ein rechtlich öffentlicher oder ein tatsächlich öffentlicher Weg in Betracht komme. Der § 6b des Polizeiverwaltungsgesetzes bilde nur die Grundlage für rechtlich öffentliche Wege, d. h. für Wege, welche unter Zustimmung der rechtlich Beteiligten, d. h. des Eigentümers, Unterhaltungspflichtigen und der Polizeibehörde dem öffentlichen Verkehr gewidmet seien. Es könne dahingestellt bleiben, ob durch Gewohnheitsrecht eine Polizeiverordnung außer Kraft gesetzt werden könne; von einem Gewohnheitsrecht könne nur dann die Rede sein, wenn eine jahrelange Übung in Frage komme. Im vorliegenden Falle komme aber eine Polizeiverordnung aus dem Jahre 1925 in Betracht. (I. S. 1045, 26. Radfahrer verboten.)

Hierzu empfiehlt es sich für den Fußgänger, die an sich schon in geringem Umfange vorhandenen Radfahrwege ganz zu meiden. Es sei denn, daß, wie im 20. Bezirk Zehlendorf, die Benutzung einiger Radfahrern und Fußgängern zugleich gestattet werde.

Zum Thema Gesprächszählung. Eine Entgegnung der Reichspost.

Die Reichspost sendet uns zu unserer Kritik über die Ausführungen eines Reichspostvertreterers gelegentlich des letzten Gesprächszählungsprojektes folgende Entgegnung:

„In Nr. 26 des „Vorwärts“ wird im Anschluß an den Bericht über den Vortrag des Dr. Joffe gegen die Reichspost wegen Gesprächszählungen der Standpunkt der Reichspost durch die Bemerkung angegriffen, wenn der Vortrag auch Fehler im Zahlensystem ergebe, die Post denke nicht daran, diese Fehler zu beheben. Hier liegt offenbar ein Mißverständnis vor. Die Post lehnt selbstverständlich Verbesserungen ihrer Zählrichtungen nicht ab, sie ist vielmehr dauernd bemüht, die Zuverlässigkeit der Zählungen auf jede Weise zu sichern. Nach der Umstellung der Fernsprechnetze auf selbstständigen Betrieb wird auch die Gesprächszählung vollständig selbstständig gefahren, so daß jeder Irrtum durch menschliche Versehen ausgeschlossen ist. Dagegen ist es allerdings nicht möglich, zum Pauschalgebührensysteem zurückzuführen, so erwünscht es für die Post wäre, sich dadurch von allen Auseinandersetzungen über Gebührenrechnungen freizumachen. Aber dieses System ist bei dem stetig wachsenden Verkehr mit den Lebensbedingungen des Fernsprechts nicht mehr vereinbar, weil die Grundoraussetzung der Pauschalzahlung, daß nämlich bei zunehmender Benutzung die Kosten für die Einzeleinrichtungen sinken, beim Fernsprechtsbetrieb fehlt. Die Kosten des Fernsprechts steigen, von kleinen Schwankungen abgesehen, in gleichem Maße wie der Verkehr. Der Tarif muß deshalb so eingerichtet sein, daß auch die Einnahmen im entsprechenden Verhältnis zunehmen. Der gegebene Weg dafür ist der Einzelgesprächstarif, der auch in den Hauptländern des Auslandes eingeführt ist. Die Pauschalgebühr führt zu einer ungesunden, übermäßigen Beanspruchung des Fernsprechts und macht es dem Betriebsunternehmer unmöglich, die Gegenleistungen der Benutzer seinen Leistungen richtig anzupassen. Sollen die Selbstkosten gedeckt werden, so muß die Pauschalgebühr nach einer verhältnismäßig hohen Durchschnittsbeanspruchung bemessen werden. Infolgedessen müssen die Fernsprecher zur Tragung der Reichtkosten, die die Pauschalnehmer verursachen, ganz wesentlich mit herangezogen werden und das macht den Pauschalgebührentarif ungerecht und unsozial.“

Die Reichspost verwendet viel Worte, um ihr Zahlensystem zu verteidigen. Im vorliegenden Falle handelte es sich aber weniger darum, als um die nicht widerlegte Tatsache, daß ein Vertreter der Reichspost vor dem Richter erklärt haben soll, der Vortrag könne ausfallen wie er wolle, die Reichspost denke nicht daran, ihr Zahlensystem zu ändern. Die Erwiderung spricht allgemein nur von einem „Mißverständnis“, gibt aber nicht wieder, was der Reichspostvertreter denn nun eigentlich gesagt hat.

Ein Heim für die Geschichte der Technik.

Der Geschichte der Technik ist ein Haus gewidmet, das sich am Sachsenting in der jungen Stadt Tempelhof befindet. Eine ungeheure wissenschaftliche Arbeit war notwendig, um den Inhalt dieses Hauses zu schaffen. Das Institut, das den offiziellen Titel „Quellenforschungen der Geschichte der Technik und Industrie v. m. b. H.“ führt, wurde von Dr. Ing. e. h. f. R. Feldhaus im Verein mit seiner Ehefrau und einem Freunde, dem Grafen Karl v. Rindowstroem, im Jahre 1919 gegründet.

Anlässlich seines 50. Geburtstages im Jahre 1924 hatte sich Feldhaus, dem keine wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete der Geschichte der Technik der Doktorwürde ehrenhalber verliehen wurde, entschlossen, seine wertvollen Sammlungen dem Staate zu veräußern. Bei den Verhandlungen mit dem Generaldirektor der Staatsbibliothek ergaben sich dann jedoch Schwierigkeiten, die es angebracht erschienen ließen, die Schenkung in eine für den gegenwärtigen Besitzer, als auch für den Staat vorteilhafte Form zu kleiden. Danach wird das jetzt bestehende Forschungsinstitut später die juristische Besitzerin der ausgedehnten Sammlung. Es hat den Auftrag, diese Arbeiten fortzuführen, darf aber von den wissenschaftlichen Sammlungen nichts veräußern. Sollte die Gesellschaft eines

Tages aufgelöst werden, so muß ihr wissenschaftlicher Teil dem preussischen Staat, vertreten durch die preussische Staatsbibliothek, übergeben werden. Im einzelnen sind auch dann noch Sicherungen getroffen, die die einwandfreie Fortführung, Erweiterung und Verwertung der Sammlungen verbürgen sollen. Um die Jahrhundertwende herum hat Feldhaus den Dienst der Industrie verlassen, um sich ganz und gar seiner Lieblingsarbeit, die quellensmäßige Erforschung der Geschichte der Technik, zu widmen. Er hat in diesem Zeitraum alles Erforschte in umfangreichen Kartellen geordnet. Das Bildmaterial, das im wesentlichen von seiner Gattin zusammengetragen wurde, umfaßt heute etwa 10 000 photographische Platten, dazu kommen noch etwa 20 000 Kupferstiche und Kunstblätter; in der Bilderei sind nicht weniger als rund 8500 Bände, darunter sehr wertvolle Arbeiten aus dem Mittelalter. Es ist Feldhaus in der Tat gelungen, die größte Sammlung dieser Art zustande zu bringen und dabei oft Zusammenhänge in der Geschichte der Technik aufzuzeigen, die ohne sein Wirken vielleicht niemals erkannt worden wären. Die Sammlung ist heute bereits so groß, daß sie bei Einzelne nicht mehr auszuwerten vermöge. Und dennoch kann sie bei weitem keinen Anspruch darauf erheben, etwa alle Gebiete der Technik bis in die letzten Quellen hinein erfasst zu haben. Besondere Beachtung verdient die Sammlung der Technik der Eisenbahn, die bis zum heutigen Tage noch keine einwandfreie fehlerfreie Geschichte der Technik. Feldhaus hat sich die Aufgabe gestellt, ein solches Werk, das natürlich auch nur das allerwesentlichste enthalten kann, noch zu vollenden. Er würde damit ein Standardwerk schaffen, das einzig in seiner Art dastünde. Vielleicht wächst in der Zukunft aus diesen Sammlungen ein vom Staate unterstütztes, mit genügend Personal arbeitendes Forschungsinstitut für technische Geschichte heraus, das mit den Museen, den Hochschulen und sonst in Frage kommenden Stellen in ständiger Fühlung bleibt und so gestattet, das Riesenwerk der neuzeitlichen Technik geschlossen zu übersehen.

Mordanklage nach sieben Jahren.

Der Chemann, der unerwartet aus dem Kriege kam.

Vor dem Landgericht III stehen die 33jährige Arbeiterin H., die 34jährige Heimarbeiterin B. und der 46jährige Kaufherr W. Die Anklage gegen die erste lautete auf Tötung des eigenen Kindes sofort nach der Geburt, gegen die zweite auf Mord an diesem Kind, gegen den W. auf Beihilfe zum Mord. Alle drei sind aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die beiden Frauen sind leiblich vollkommen zernüchert und weinen unaufhörlich.

Das Ereignis, das der Anklage zugrunde liegt, datiert 7 1/2 Jahre zurück und ist auf folgende eigenartige Weise zur Kenntnis der Polizei gelangt. Am 25. Juli v. J. erhielt sie ein Schreiben, aus dem hervorging, daß Frau H. und B. einen Mord verübt hätten. Es hieß darin: „Sonntag früh um 4 1/2 Uhr rief W. meine Frau zur Frau H., mit der er lebte. Um 11 Uhr vormittags kam sie ganz zerflört herunter und erzählte, daß die H. ein Kind geboren habe, das sie in einem Eimer ertränkt hätten. Auch ein zweitesmal ging meine Frau auf längere Zeit hinaus. Ich schreibe dies nicht aus Rache, sondern, weil mein Gewissen keine Ruhe findet. Ich gehe wie ein Rörder herum, obgleich ich kein Rörder bin. Bitte, Herr Staatsanwalt, helfen Sie mir. Ich lege mit meiner Frau in Ehescheidung und habe immer wieder mit ihr Auseinandersetzungen.“ Der Chemann W., der diesen Brief gefächert hatte, erschien gestern vor Gericht als Zeuge. Er war wie umgewandelt. Von der Bezeichnung war nichts übrig geblieben: Er habe den Brief aus Rache geschrieben. Seine Frau sei nur wenige Minuten oben gewesen und habe der Frau H. nur eine Tasse Tee gebracht. H. hat nämlich unterdes die Ehescheidungsfrage zurückgezogen und sich mit seiner Frau ausgesöhnt. Die Angeklagte B. leugnet ausdrücklich ihre Mittäterschaft. Dagegen schildert die Angeklagte H. die Lösung ganz so, wie dies aus dem Briefe des W. an die Polizei hervorging. Da ihr Mann im Dezember 1918 aus dem Kriege noch nicht zurückgekehrt war und als vermißt galt, zog der Freund des Mannes zu ihr. Im Frühjahr mußte sie, daß sie Mutter werden würde. Sie war hierüber tief erschrocken, da sie die Hoffnung auf die Rückkehr des Mannes noch nicht aufgegeben hatte. Sie klagte ihr Leid der Frau B. von dem Abtreibungsmittel, das diese ihr gab, fürchte sie jedoch, Gebrauch zu machen. Mit der Zeit wuchs aber ihre Unruhe und Angst, bis sie schließlich im August doch in einen Abtreibungsversuch durch die Frau B. einwilligte. Zwei Tage später kam es zur Frühgeburt. Beide Frauen waren darüber bestürzt. Sie fürchteten, sich nun wegen der „Abtreibung“ strafbar gemacht zu haben und wußten auch nicht, wohin mit dem Kinde. Nach der Schilderung der Angeklagten H. soll die B. trotz ihres Einpruches das Kind in einem Wassereimer ertränkt haben. Abends schaffte dann W., der unerwartet zu Hause das tote Kind vorfand, die Leiche zum Friedhof in der Gerichtstraße. Ueber die Angelegenheit schien Gras gewachsen zu sein. W. drohte aber immer wieder seiner Frau mit der Anzeige, bis er seine Drohung wahr machte. Irgendwelche Akten über die Obduktion der Kindesleiche sind nicht mehr vorhanden. Prof. Strauch glaubt jedoch, daß man es hier mit einem noch nicht voll ausgeprägten Kinde zu tun habe. Der Staatsanwalt ließ die Anklage auf Mord fallen und beantragte gegen die B. wegen Tötung des Kindes sofort nach der Geburt zwei Jahre Gefängnis, die gleiche Strafe gegen die H. wegen Totschlags und gegen W. sechs Monate wegen Begünstigung.

Das Schwurgericht III verurteilte Frau H. wegen Kindesmord und Frau B. wegen Totschlag unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu je 2 Jahren Gefängnis. Vier Monate wurden gegen die Untersuchungsshaft angerechnet, von der Reststrafe erhielten sie für 1 Jahr Bewährungsfrist, während die verbleibenden acht Monate sofort zu verbüßen haben. Das Wahrsitzen gegen den Angeklagten Wenghöfer wurde auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

In dem gestrigen Bericht über den Vatermörder ist die Verteidigung bemängelt worden. Es wäre jedoch ein Irrtum, dem Vorwurf gegen diese Verteidigung einen verallgemeinernden Sinn zu unterstellen. Daß der eine oder andere Verteidiger der einen oder anderen Sache nicht gewachsen ist, das mag vorkommen. Es erfordert eben schon eine größere Erfahrung, um die Möglichkeiten, die die Strafprozedur dem Verteidiger bei der Vertretung der Interessen seines Klienten bietet, auszunutzen und mit Hilfe des Entlastungsmaterials die Anklage zu brechen. Nur so war der Schlußsatz des Berichtes aufzufassen.

Arthur Keil aus der Haft entlassen.

Im Juli v. J. wurde bekanntlich der Verleger Arthur Keil, der in der Friedrichstr. 66 einen Weltkongress nach der Art von Max Kante gegründet hatte, verhaftet. Er hatte den Beteiligten an seinem Weltkongress einen Gewinn bis zu 65 Proz. monatlich versprochen. Es wurde gegen ihn ein Betrugsverfahren eingeleitet, weil angenommen wurde, daß es ihm nur darauf angekommen sei, sich größere Geldbeträge zu beschaffen. Keil hatte in der Untersuchungshaft den Nachweis zu führen versucht, daß es sich nicht um ein Phantasiegebilde handele, sondern er hat dem Untersuchungsrichter täglich eine Liste von Pferden aufgestellt, die an den selben Tagen liefen. Nach seiner Behauptung hätte sich bei einem Be-

trabskongress von 10 000 Mark ein Reingewinn von 220 000 Mark in vier Wochen ergeben müssen, wenn die Wetten in Wirklichkeit angelegt werden wären. Die erinnerlich hatten Max Kante und Karl Kohn, die Begründer der beiden vor einigen Jahren kläglich zusammengebrochenen Riesenwettkongresse in der Untersuchungshaft genau dieselben günstigen Betreffsresultate mit ihren Welt-Theorien erzielt. Bei einer Kampprüfung durch die Sachverständigen ergab sich aber in beiden Fällen, daß ihr „System“ doch irgendwo einen Haken hatte. Arthur Keil hat es aber erreicht, daß er jetzt nach siebenmonatiger Untersuchungshaft durch Beschluß der Strafkammer auf freien Fuß gesetzt wurde, weil der Tatverdacht nicht mehr dringlich erscheint.

Röntgenabteilung im Urban-Krankenhaus. Neueinrichtung nach dem Stand der Strahlenheilkunde.

Die Weiterentwicklung der Krankenhäuser Berlins, die in den Jahren des Krieges und der ihnen folgenden Selbsterhaltung gestockt hatte, kommt allmählich wieder in Gang. Im städtischen Urban-Krankenhaus, das vor dreieinhalb Jahrzehnten eröffnet wurde, ist die seit zwei Jahrzehnten bestehende und zunächst nur bescheiden eingerichtete Röntgenabteilung jetzt völlig erneuert worden. Zur Wiedereröffnung wurde am Freitag eine Feier veranstaltet, an der Vertreter der städtischen Verwaltung und der Ärzteschaft teilnahmen, Mitglieder des Bezirksamtes Kreuzberg und der Bezirksversammlung, Vertreter des Bezirksgesundheitsamtes und des Berliner Hauptgesundheitsamtes, an ihrer Spitze der Stadtmedizinalrat v. Drigalski, auch Mitglieder anderer Bezirksverwaltungen.

Der Bezirksbürgermeister Dr. Herz-Kreuzberg hob in seiner Festrede hervor, daß in Deutschland die medizinische Wissenschaft in Gefahr ist, ihre bisherige führende Stellung zu verlieren, wenn unter dem Druck unserer Notstandszeit die Mittel verlagert werden, die Heilanstalten hinreichend auszustatten. Das zu tun, sei Pflicht der Städte, eine Pflicht, deren Erfüllung dem ganzen deutschen Volk zugute kommt. In den Kreisen der Wirtschaft werte man den Städten schon „Luxus“ vor, weil sie Spiel- und Sportplätze einrichten und Krankenhäuser bauen, aber das dürfe die Stadtverwaltungen nicht irre machen. Solche Werke der Gesundheitsfürsorge seien die beste Kapitalanlage, weil durch sie das wertvollste Kapital unseres Volkes, die Gesundheit, gefestigt und bewahrt wird. Professor Schüd, Direktor der chirurgischen Abteilung des Urban-Krankenhauses, sprach dann über die Aufgaben der Röntgenabteilung und über die in ungesagter Weise gemachte Bedeutung der Strahlenheilkunde. Dr. Heilmann, Leiter der Röntgenabteilung, schilderte die Entwicklung der Abteilung von den bescheidenen Anfängen im Jahre 1906 bis zu der völligen Erneuerung im Jahre 1926, die von der Gesundheitsdeputation des Bezirkes mit verständnisvollem Entgegenkommen gefördert worden sei.

Die Gäste besichtigten dann die neuerrichtete Röntgenabteilung, die Räume und Apparate für Bildaufnahmen, für Durchleuchtung und für Strahlenbehandlung, das Laboratorium, ein kleines Röntgenmuseum usw. Die Abteilung ist jetzt mit neuesten und besten Apparaten ausgerüstet. Diese Erneuerung ist ein erster Schritt zur geplanten Neuausstattung des ganzen Urban-Krankenhauses.

Wasserrohrbruch in Spandau.

Der gesamte Straßenverkehr zeitweilig unterbrochen

Gestern nachmittag gegen 4 1/2 Uhr ereignete sich an der Ede Breite- und Charlottenstraße zu Spandau ein großer Wasserrohrbruch, der sich auf den gerade an dieser Straßenkreuzung herrschenden starken Straßendamm- und Fuhrwerksverkehr katastrophal auswirkte.

Kurz vor 4 1/2 Uhr nachmittags schoß plötzlich eine riesige Wasserfontäne von großer Stärke an die Oberfläche, Erdreich und schwere Pflastersteine wurden in die Höhe geschleudert. Das Hauptwasserrohr der städtischen Wasserleitung war aus noch unbekanntem Ursachen geplatzt und das Wasser überflutete die unmittelbare neben der Unfallstelle liegenden Schienen der Straßenbahn. Sie wurden durch den Wasserdruck völlig freigelegt und etwa einen halben Meter in die Höhe gehoben. Dadurch wurde der gesamte Verkehr in beiden Richtungen lahmgelegt. Ein Sturzbad ergoß sich die Fischerstraße hinunter, die starkes Gefälle hat, und überflutete sie teilweise. Zahlreiche Keller wurden überschwemmt. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen, der es nach kurzer Zeit gelang, die Sicherheitsstrieher zu schließen und noch größeres Unheil zu verhüten. Der Straßenbahnverkehr war eine volle Stunde lang unterbrochen und wurde später durch Pendelverkehr ausreicht erhalten. Die Unfallstelle — die ein etwa 10—12 Quadratmeter großes Loch aufweist — wurde teilweise abgeperrt. Eine Arbeitskolonne der Wasserwerke mußte die Reparaturarbeiten gestern abend wegen der eintretenden Dunkelheit ausgeben. Man hofft, daß der Schaden im Laufe des heutigen Vormittags behoben sein wird. Durch den Unfall sind zahlreiche Mietshäuser ohne Wasserzufuhr.

Trauerfeier für Charlotte Weber.

Auf dem Friedhof in Friedrichshagen fand gestern die Trauerfeier für Charlotte Weber, das einzige bisher wieder-gefundene Opfer der Mädchenstragödien am Müggelsee, statt. Eine nach mehreren Hunderten zählende Trauergemeinde hatte sich versammelt, um der Toten das letzte Geleit zu geben. Charlotte Weber muß in der ganzen Umgebung, ihrer Wohnung und in der Firma, wo sie beschäftigt war, sehr beliebt gewesen sein. Fast alle Bewohner der umliegenden Häuser aus der Wolziger Straße, ferner die Angestellten der Firma waren erschienen. Da der Vater der Ertrunkenen wohl abzüglich den genauen Termin der Trauerfeier verschwiegen hatte, hatten sich die Trauergäste schon zeitig am Friedhof versammelt, oder warteten in den umliegenden Lokalen. Die Stimmung der Versammelten äußerte sich sehr erregt gegen den Vater. Die Kapelle auf dem Friedhof konnte nicht alle Trauergäste aufnehmen. Ein großer Teil mußte vor der Halle warten. Nach einer kurzen Ansprache des Pfarrers wurde der Sarg zur Gruft getragen und mit einem stillen Gebet verabschiedet. Dabei stieg die Erregung der Trauerverammlung gegen den Vater. Sehr beachtlich schien, daß die Sympathien der Trauerverammlung sich ausschließlich der Tochter Räte zuwandten.

Argentinische Studienreise in Berlin.

Auf dem Lehrter Bahnhof traf gestern mittag eine Gesellschaft von 58 Argentinern ein, die sich auf einer Studienreise durch Deutschland befindet. Die Gesellschaft, der zahlreiche argentinische Universitätsprofessoren angehören, hat die Reise auf Veranlassung des Norddeutschen Lloyd zusammen mit dem Auslandsamt der deutschen Studentenschaft unternommen. Sie war am 16. Januar mit dem Dampfer „Madrid“ des Norddeutschen Lloyd in Bremen eingetroffen, hat sich dort zwei Tage und ebenso zwei Tage in Hamburg aufgehalten und wird in Berlin acht Tage verbleiben. Die argentinischen Gäste wurden nach der Begrüßung auf

Vor dem Besuch von Gesellschaften, Theater, Bällen usw. versäumen Sie nicht Ihre Zähne mit der herrlich erfrischenden Chlorodont-Zahnpaste zu putzen.

Chlorodont

Die Chlorodont-Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, entfernt häßlich gefärbten Zahnbelag, beseitigt unangenehmen Mundgeruch.

Kleine Tube Mark —.60, große Tube Mark 1.—

dem Bahnhof in ihre Hotels geleitet. Gestern abend fand ihnen zu Ehren ein Empfang im deutsch-argentinischen Zentralverband statt. Dem heutigen Tag und dem Sonntag sind Besichtigungen, Rundfahrten und ein Ausflug nach Potsdam gemeint. Am Montag ist der Empfang in der argentinischen Gesandtschaft, dem sich am Dienstag ein Tee im Auswärtigen Amt anschließt. Am Sonnabend früh bezieht sich die Gesellschaft nach Dresden, wo sie drei Tage bleibt. Die Reise geht dann weiter nach Reichen, Leipzig, Jena, Weimar, Müritzen, Rottenburg, Wien, Salzburg, Berchtesgaden, München, Garmisch-Partenkirchen, Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Darmstadt, Frankfurt a. M., Bonn, Köln, Essen, Dortmund, und von dort zurück nach Bremen, von wo die Gesellschaft am 5. März die Rückfahrt nach der Heimat antreten wird.

Zehlendorfs „Retter“.

Deutschnationale werden für den Rathausbau!

Im Verwaltungsbezirk Zehlendorf wünscht man ein neues Rathaus. Die städtischen Behörden hatten den Neubau genehmigt und mit der Bauausführung war begonnen worden, da mühten die Arbeiten unterbrochen und bis auf weiteres eingestellt werden. Für andere Aufgaben, die wichtiger und dringender waren, mußte man die Mittel zur Verfügung halten, z. B. für den Ausbau des früheren Erziehungshauses „Urban“ in Zehlendorf zu einem Kranken- und Siechenhaus. In der Dringlichkeit des Bezirks sowie im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und auch in der „Berliner Morgenpost“ erscheinen jetzt Artikel, die über die Verzögerung des Rathausbaues klagen und mehr oder minder deutliche Angriffe gegen den Magistrat richten.

Offenbar hat den Verfassern dieser Artikel der deutschnationale Bezirksbürgermeister Dr. Schumacher als Einbläser gedient. Hat Herr Dr. Schumacher vergessen, daß in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wie in der Zehlendorfer Bezirksversammlung das Rathausprojekt gerade bei den Deutschnationalen nicht die erwartete Unterstützung gefunden hat? Dr. Schumacher selber hat sich für das Kranken- und Siechenhaus eingesetzt und eine möglichst hohe Bettenzahl gefordert — und jetzt erleben wir das Geschrei über den liegende Rathausbau, das von Deutschnationalen ergeht (und von der „Morgenpost“ mitgemacht wird)! Der Herr Bürgermeister steht auch an der Spitze eines Aufrufes, den ein „Arbeitsausschuß“ für Ausgestaltung des Rathauses vor kurzem verbreitet hat.

Dieser Ausschuss ist hervorgegangen aus einem sogenannten „Ehrenausschuß“, über den fälschlich behauptet wird, daß er aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengesetzt sei. Der Arbeitsausschuß veranstaltet jetzt auch ein Konzert „zugunsten des neuen Rathauses“ und hat den Opernsänger Schlußmann gewonnen, dabei mitzuwirken. Der Aufruf betont, daß dieses Konzert „nach außen hin als eine Kundgebung für den Rathausbau wirken“ soll. Herr Schlußmann weiß wohl nicht, in wessen Dienst er sich mit seiner Kunst stellen will. Die Veranstaltung ist eine Kundgebung weniger für den Rathausbau als für die Deutschnationalen, die jetzt als „Retter“ Zehlendorfs aus der Rathausnot erscheinen möchten. Nachdem die Deutschnationalen, wie schon öfter, ihren Bürgermeister im Stich gelassen haben, so daß er sich wieder mal nach Hilfe bei den Sozialdemokraten umsehen mußte, legen sie sich jetzt für den Rathausbau ins Zeug. Es bedarf ihrer Mühe nicht; auch ohne sie wird man die Bauarbeiten wieder aufnehmen und zu Ende führen, sobald die Mittel da sind.

Den Ertrag des Konzerts wollen die Veranstalter, heißt es, zur Ausschmückung des Rathauses verwenden — des Rathauses, dessen Mauern erst ein paar Meter aus der Erde herausragen. Den Schmus möchten wir sehen, den der Rathausbau, wenn er einmal fertig ist, von den jetzt plötzlich so hausfreudig sich gebärdenden Deutschnationalen zu erwarten hätte! Wahrscheinlich möchten sie die Wände mit Tapeten bekleben, auf denen die Fredericus-Marte in hundertfacher Vergrößerung und vieltausendmaliger Wiederholung prangt.

Di: Unterschlagungen des Stadtoberinspektors.

Zu den Unterschlagungen des Stadtoberinspektors Wachsmuth vom Bezirksamt Prenzlauer Berg erfahren wir noch, daß die Verhaftung des ungetreuen Beamten bereits vor 14 Tagen erfolgt ist, und zwar wurde Wachsmuth in seinem Bureau vom Schreibstisch weg durch die Kriminalpolizei festgenommen, obgleich er seine Verfehlungen zu leugnen suchte. Die Höhe des unterschlagenen Betrages, der zuerst auf circa 1500 M. beziffert wurde, scheint aber erheblich höher zu sein, denn es ist festgestellt, daß der Stadtoberinspektor seine raffinierten Unterschlagungen schon jahrelang betrieben hat, ohne daß man ihm auf die Spur kommen konnte. Wachsmuth war bekanntlich als Vorsteher einer der Kommissionen, die die Unterstufungen anzuweisen haben, im Wohlfahrtsamt tätig, und diese Stellung mußte er dazu aus, die zur Unterstützung der Bedürftigen verfügbaren Mittel zu einem beträchtlichen Teile zur Bekräftigung seiner persönlichen Bedürfnisse zu verwenden. Die Unterschlagungen kamen dadurch aus Tageslicht, daß bei einer Generalrevision im Bezirksamt die Gewißheit verschafft wurde, daß eine Reihe von Unterstützungsempfänger nicht aufzufinden und die Unterstufen der Wohlfahrtsprüfer usw. falsch waren. Wie wir hören, ist ein Teil der veruntreuten Summen dadurch gedeckt, daß Verwandte des Defraudanten sich zur Haftung bereit erklärt haben, und daß außerdem aus der beschlagnahmten Wohnungseinrichtung erhebliche Beträge flüchtig gemacht werden können, so daß die Stadt voraussichtlich schadlos bleiben wird.

Herabsetzung von Hypothekenzinsen bei der Sparkasse der Stadt Berlin. Der Zinssatz für neu zu begebende Hypotheken ist bei der Sparkasse der Stadt Berlin von 8 1/2 Proz. auf 7 1/2 Proz. jährlich herabgesetzt worden. Die Hypotheken werden auf 2 bis 5 Jahre nach Wahl des Antragstellers gegeben. Die Auszahlung erfolgt nach Abzug eines einmaligen Verwaltungskostenbeitrags von 1/4 Proz. mit 99 1/2 Proz. des eingetragenen Nennbetrages der Hypothek. Für feinste Objekte in bester Lage kann unter Umständen der Zinssatz bis auf 7 Proz. unter den sonst üblichen Bedingungen ermäßigt werden. Die Anträge auf Gewährung von Hypotheken können vom Eigentümer direkt bei dem Städtischen Hypothekensammler, Am Mühlendamm 1, gestellt werden. Antragsvordrucke sind in dem vorbezeichneten Amt erhältlich. In dem gleichen Maße ist auch eine Senkung der Zinsen für zu gewährende Baugeldkredite erfolgt. Der Zinssatz für Baugelder ist ebenfalls um 1 Proz. von 9 1/2 auf 8 1/2 Proz. jährlich herabgesetzt worden.

Sondervorstellungen für Kinderbewilligte in der Städtischen Oper und im Schillertheater. Die nächste Vorstellung in der Oper findet am Sonnabend, dem 12. Februar 1927, 7 1/2 Uhr abends, statt, und zwar wird „Jugend im Rai“, nachgelassene Operette von Leo Fall, gegeben. Karten zur Teilnahme an der Verlosung zum Preise von 1.80 M. für alle Plätze (einschl. Meideroblage und Programm) sind in beschränktem Umfange bei allen Bezirkswohlfahrtsämtern und deren Verkaufsstellen zu haben. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß gemäß Beschluß des Ausschusses der Städtischen Oper- u. S. nur an Kinderbewilligte Karten abgegeben werden dürfen. Im übrigen zwingt auch die geringe Anzahl der verfügbaren Plätze zu äußerster Einschränkung des für die Teilnahme in Frage kommenden Personenkreises. — Im Schillertheater ist die nächste ursprünglich für den 18. Februar in Aussicht genommene Vorstellung auf den 20. Februar 1927 (Sonntag nachmittags 3 Uhr) verlegt worden. Gegeben wird „Candide“ von Bernhard Shaw. Verkauf der Karten zur Teilnahme an der Verlosung wie üblich zum Preise von 1 M. für alle Plätze (einschl. Meideroblage und Programm). Die für den 18. Februar 1927 ausgegebenen Karten behalten für den neuen Termin Gültigkeit.

Einschulungstermine.

Die Anmeldung der zu Ostern d. Js. schulpflichtig werdenden Kinder, sowie derjenigen, die bis Ostern d. Js. zurückgestellt worden sind, hat zu erfolgen Montag, den 14. Dienstag, den 15. und Mittwoch, den 16. Februar d. Js., vormittags von 10 bis 12 Uhr und zwar: für Kinder mit den Anfangsbuchstaben A—J am 14. Februar, K—R am 15. Februar, S—Z am 16. Februar.

Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern abend gegen 1/8 Uhr vor dem Hause Bismarckstraße 6 zu Charlottenburg. Die 20jährige Hausangestellte Frieda Michler, die in der Bismarckstraße 111 wohnt, wurde von einem Autobus der Linie 9 überfahren und so unglücklich eingeklemmt, daß erst die Feuerwehr alarmiert werden mußte, die die Verunglückte aber nur noch als Leiche bergen konnte. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Funkwinkel.

Wo Tadel ausgesprochen wird, soll auch mit Lob nicht zurückgehalten werden. So sei hier gern festgesetzt, daß im Berliner Rundfunkprogramm eine erfreuliche Veränderung eingetreten zu sein scheint. Jedenfalls ist nach einer ganzen Reihe von Tagen an Stelle der ziemlich willkürlichen Besetzung der einzelnen Sendestunden ein — teilweise gewiß noch ansehnliches — Tagesprogramm getreten, das nicht am Abend fast die gleichen Darbietungen wie am Nachmittag bietet, und das Vorträge aus dem gleichen Gebiet sich folgen läßt. Hoffentlich bedeutet diese Erscheinung nicht nur einen erfreulichen Zufall, sondern eine grundsätzliche Änderung. Das Cécile-Kammerorchester hat mit einem allerdings etwas geschmackvollerem Programm am Nachmittag immerhin seine Berechtigung, wenn der folgende Abend hochwertiger Kunst gewidmet ist. Diesmal bestritten Hugo v. Hoffmannsthal und Oskar Loerke den ersten Teil der Abenddarbietungen. Dr. Kurt Pinthus brachte eine recht gute Einführung, was in Anbetracht der kurzen Zeit mindestens für Loertes Dichtung nicht leicht war. Allerdings gelang es ihm weniger für Hoffmannsthal, bei dem das ja ziemlich einfach ist, wie auch für Loerke die klare Formel zu finden. Aber Dr. Pinthus verstand es, den Frühlingsreim wenigstens etwas den Weg des Verständnisses zu Loerte, schwer in Welt und Sein tastender Dichtung zu ebnet. Theodor Loos las mit offenbar stärkerer Bindung an Loerte Verse von beiden Dichtern. Rosa Walther und Hermann Schein sangen anschließend an diese Lyrikstunde Volkslieder, die das schöne Stimmmaterial der beiden Künstler voll zur Geltung brachten. Von den Vorträgen des Tages verdient besonders Dr. Wolfgang Puls' Ausführungen über die „Staatliche Arbeitszeitregelung“ Aufmerksamkeit. Der Redner behandelte rein sachlich und ohne jede Kritik — die er, wie er betonte, den Hörern überließ — den Entwurf des Arbeitschutzgesetzes. Man erkante ersicht, wie viele Möglichkeiten zur Ueberschreitung des Achtstundentages dieses Gesetz noch offen läßt und wie nötig es daher ist, daß es vor seiner Annahme noch durchgreifenden Verbesserungen unterworfen wird.

Einen Nachruf für Albert Kohn veranstaltete die Stiefungs-gesellschaft am Falkenberg, die besonders dem Berliner Spar- und Bauverein angeschlossen ist, bei Gelegenheit der Entgegennahme der Jahresberichterstattung. Adolf Otto feierte den Verstorbenen als seltenen Menschenfreund und energischen Förderer des Kleinhausbaues. Bis zu seinem Tode stand er helfend und beratend der Gartenstadtbewegung nahe. Als Mitglied des Aufsichtsrates war Albert Kohn hervorragend beteiligt, so daß Falkenberg noch kurz vor Ausbruch des Krieges zwei Bauabschnitte seiner Siedlung vollenden konnte. Die Besammlung hatte sich von den Klagen erhoben, um das Andenken des heimgegangenen Freundes zu ehren.

Keine Einreisebeschränkungen für Kanada. Die Canadian Pacific Linie, Hamburg, teilt mit, daß die kanadischen Einreisebestimmungen für deutsche Reichsangehörige eine grundlegende Änderung erfahren haben, die mit sofortiger Wirkung in Kraft tritt. Während bisher zur Einreise nach Kanada im allgemeinen nur Landarbeiter zugelassen wurden, die sich als solche in Kanada zu betätigen beabsichtigten, ist die Einreise nach Kanada jetzt für sämtliche deutschen Reichsangehörigen, und zwar aller Berufsarten gestattet.

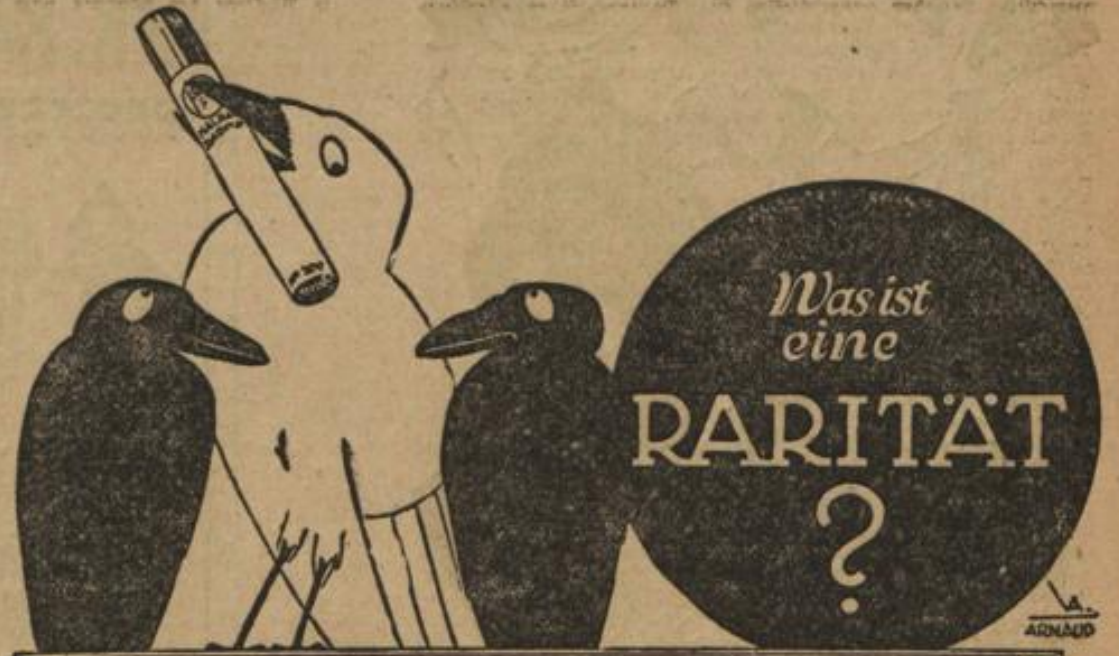
Nummer 2 der „Arbeiterwohlfahrt“ vom 15. Januar 1927 bringt einen Leitartikel „Ueberorganisation der Wohlfahrtspflege“ von Landesrat Paul Gerlach. Genosse Gerlach rät, indem er über die Sparvorlage des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge hinausgeht, zu einem Abbau der Ueberorganisation in der Wohlfahrtsverwaltung. Genosse Dr. Rodewald, Stadtrat in Kiel, schreibt über „Kindererholungs-fürsorge“. Der Aufsatz wird für unsere Genossen bei den Haushaltsverhandlungen der Städte ein willkommenes Führer sein. Der „Schöffenführer“ des Genossen Ernst Kantorowicz, Magistratspräsident in Kiel wird abgeschlossen. In der Umhau werden städtische Probleme, so die Denkschrift des Deutschen Städte-tages, die Städte auf der Gelei und von Genossin Lodenbogen der Verwaltungshierarchie der Stadt Berlin behandelt. Ferner wird auf Bildungsmöglichkeiten für Erwerbslose hingewiesen. Genosse Friedländer gibt eine Darstellung über die vorhandenen Fürsorgeerziehungsanstalten. Der Abschnitt „Aus der Arbeiterwohlfahrt“ bringt eine ausführliche Darstellung der Heim-stadt der Arbeiterwohlfahrt in Köln. Mitteilungen aus der Organi-sation und die übliche Umhau über wichtige Erscheinungen in der Fachpresse folgen.

Das Volksbildungsamt Wedding bietet für den Monat Januar folgende beachtenswerte Veranstaltungen: Sonntag, den 23., vorm. 11.30, im Kristallpalast, Prinzessallee, Ede Badstraße, Länge und Langweilen* (Erna Eybow, Stadt Oper). Donnerstag, den 27., abends 7.30, Schule, Gant-strasse, Ede Wiesenstraße, Beginn eines Kurses von sechs Abenden „Einführung in die Soziologie“ (Alex Stein). Freitag, den 28., abends 7.30, Schulaula, Oranienburger Str. 8, Lichtbildvortrag „Rensch und Waldstre“. Karten im Volksbildungsamt Wedding, Egerplatz 11a, für Erwerbslose kostenlos.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. R. Sturm: Die englische Kirche. I. Die Reformation in England. Harmonium: Träumerei (Schumann). Gäste willkommen.

Wohlfahrts-Lotterie. Gewinner unserer Lotterie, die bei der Stahlwarenproduktion „Solidarität“, Solingen-Obbisch, Lindenstraße 41, Stahlwaren bestellt haben, werden gebeten, sich etwas zu gebühren, da die Bestellungen sich zurzeit zu Gehäusen angedrückt haben.

Deutsche Gesellschaft für ethnische Kultur (G. D.). Kurt Politzsch spricht am Mittwoch, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Berliner Rathauses über: „Reine Reise durch China 1926“. Eintritt 1 M. und 10 Proz. Steuer.



Die
Halpaus-Cigarette
 zu 4 Pf.

Warum aber eine RARITÄT?
 Weil diese Halpaus Cigarette „Etwas Besonderes“ ist,
 ein weisser Rabe
 unter den Cigaretten ihrer Preislage.

Unsere
RARITÄT
 № 200
 ist die weitaus beste, daher meist gerauchte
 4 Pf. Cigarette Deutschlands.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Erteilungen für diese Rubrik sind Berlin S 2 64, Lindenstraße 1. **Bezirksvorstand.**

Heute abend 8 Uhr Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Sitzungszimmer der „Vorwärts“-Redaktion.

- 1. Kreis Charlottenburg und Spandau, Wohnung: Die juristische Sachkunde wird heute, Sonnabend, umhängebaue ausstellen.
- 11. Kreis Schöneberg-Friedrichsberg, Montag, 24. Januar, 8 Uhr, findet der zweite Vorwärtstag über die wichtigsten Aufgaben der Partei in der Gemeinde statt. Genosse Dr. Richard Schumann leitet über „Finanz- und Steuerpolitik“ im Lokal 213, Berlin-Friedrichsberg-Str. 60. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.
- 20. Kreis Reinickendorf, Montag, 24. Januar, 7 Uhr, im kleinen Sitzungszimmer des Sozialen Waisenhauses, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes.

Morgen, Sonntag, den 23. Januar:

- 7. Kreis Mitte, am 9-11 Uhr werden sämtliche Bezirksleiter beim Parteitag der Parteimitglieder, Genossen der Bezirksleitung, 40, ab, der linken Parteimitglieder.
- 14. Kreis Charlottenburg, Sonntag, 10 Uhr, Parteitag des Parteivorstandes, Parteivorstand, 2. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr, Wilhelmstr. 11, Parteivorstand.
- 20. Kreis Reinickendorf, Sonntag, 10 Uhr, Parteitag der Parteimitglieder, Genossen der Parteileitung, im Lokal „Vorwärts“, Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

41. Kreis Die Arbeitervereinsversammlung findet am Mittwoch, 24. Januar, 7 1/2 Uhr, im Lokal „Vorwärts“, gegenüber der Reform, statt. Die Parteileitung werden dringend gebeten, bestimmt einzuladen.

Jungsozialisten.

- Gruppe Tiergarten: Heute, Sonnabend, 22. Januar, 8 Uhr, im Jochenheim Bremer, Ecke Wilmersbrunn, Zimmer 6, Jahresmitgliederversammlung. Sämtliche Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
- Kreisvereinsrat des Arbeitervereins Reinickendorf, Sonntag, 22. Januar, nachmittags von 3-5 1/2 Uhr, am Waisenhause, im Lokal „Vorwärts“ Kaiser-Friedrich-Str. 4.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

30. Kreis Unter den Eichen, älterer Genosse, Heinrich Berner, Veterinärarzt, 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Treffpunkt am Krematorium, Das Donner ist mitzubringen.

30. Kreis Unter den Eichen, am Dienstag, 18. Januar, verstarb nach schwerem Felden unser Genosse Rudolf Kamin, Chauffeur, 14. Einäscherung am Montag, 24. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Dieser unerwartliche Abgang für den Sozialismus und hochachtete Vorkämpfer des Proletariats, der alle Arbeiter Genossen und Genossinnen an der Leinwand im Krematorium teilnehmen.

114. Kreis Unter den Eichen, Unter Genosse Johann Weikbecker, Einzelnen 18-20 10 verstarb, Einäscherung heute, Sonnabend, 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten die Genossinnen und Genossen um zahlreiches Erscheinen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Der Einzelne hat keine Arbeit wieder aufgenommen. Wer sich hat an Mithrasen findet sich Montag 8 Uhr im Lokal Lindenstr. 1 ein.

Die Überreste in heute nachmittag von 5-7 1/2 Uhr und werden, Sonntag, vormittags von 9-11 1/2 Uhr als Arbeiterjugend geöffnet. Eine Überreste findet nicht statt.

Die soziale Bewegung der Arbeiterjugend ist eintrösten und ihnen abholt werden.

Wahlkreisleiter, Juffierer und interessierte Genossen befinden sich bei der Vorbereitung der Buchdruckerei in der Dreieckstraße, Treffpunkt 9 1/2 Uhr, Unter den Eichen, am Montag, 24. Januar, 8 Uhr, im Lokal „Vorwärts“, Lindenstr. 1, mit einem Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung“ verbunden.

Definitive des Reichstages durch die Arbeiterparteien, Tiergarten, Schöneberg, Tiergarten und Abteilung Wilmersberg-Mitte, Treffpunkt am Sonntag, 23. Januar, 10 Uhr, vormittags, Reichstagsaal, 1. Stock, Reichstagsaal, 1. Stock, 10 Uhr, Lindenstr. 1.

Wahlkreisleiter und Mitarbeiter Seite im Jochenheim Bremer, Ecke Wilmersbrunn, Zimmer 6, am Montag, 24. Januar, 8 Uhr, im Lokal „Vorwärts“, Lindenstr. 1, mit einem Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung“ verbunden.

Heute, Sonnabend, den 22. Januar, abends 2 1/2 Uhr: Kampfplatz Jochenheim Bremer, Ecke Wilmersbrunn, Zimmer 6, mit einem Vortrag: „Wie entsteht eine Zeitung“ verbunden.

Freie Sozialistische Hochschule.

Heute, Sonnabend, 22. Januar, 7 1/2 Uhr abends, im Sitzungssaal des ehem. Herrenhauses, Leipziger Str. 3, Vortrag des Genossen Hermann Wendel-Frankfurt a.M. „Der neue Balkan im neuen Europa“

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind zu haben an der Abendkasse sowie an folgenden Stellen: Bureau des Parteibildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 1. Zimmer 2, - Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstr. 2, - Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark, - Zigarrengeschäft der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenpark, - Inselstr. 6, - Horach, Engelstr. 24-25, Gewerkschaftshaus, - Tabakvertrieb, Inselstr. 6, - Verlag des Verbandes der deutschen Buchdrucker, Dreieckstr. 5, - Werkzeuge „Bücherstaben“, Potsdamer Str. 104, - Berliner Gewerkschaftskommission, Engelstr. 24-25 (Gewerkschaftshaus); sowie in allen Vorwärts-Expeditionen. - Groß-Sitzung Briten: Vorwärts-Expedition Lange Str. 28.

1. Kreis Mitte, am 9-11 Uhr werden sämtliche Bezirksleiter beim Parteitag der Parteimitglieder, Genossen der Bezirksleitung, 40, ab, der linken Parteimitglieder.

14. Kreis Charlottenburg, Sonntag, 10 Uhr, Parteitag des Parteivorstandes, Parteivorstand, 2. Treffpunkt vormittags 9 1/2 Uhr, Wilhelmstr. 11, Parteivorstand.

20. Kreis Reinickendorf, Sonntag, 10 Uhr, Parteitag der Parteimitglieder, Genossen der Parteileitung, im Lokal „Vorwärts“, Erscheinen ist unbedingt erforderlich.

41. Kreis Die Arbeitervereinsversammlung findet am Mittwoch, 24. Januar, 7 1/2 Uhr, im Lokal „Vorwärts“, gegenüber der Reform, statt. Die Parteileitung werden dringend gebeten, bestimmt einzuladen.

Jungsozialisten.

Gruppe Tiergarten: Heute, Sonnabend, 22. Januar, 8 Uhr, im Jochenheim Bremer, Ecke Wilmersbrunn, Zimmer 6, Jahresmitgliederversammlung. Sämtliche Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

Kreisvereinsrat des Arbeitervereins Reinickendorf, Sonntag, 22. Januar, nachmittags von 3-5 1/2 Uhr, am Waisenhause, im Lokal „Vorwärts“ Kaiser-Friedrich-Str. 4.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

30. Kreis Unter den Eichen, älterer Genosse, Heinrich Berner, Veterinärarzt, 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Treffpunkt am Krematorium, Das Donner ist mitzubringen.

30. Kreis Unter den Eichen, am Dienstag, 18. Januar, verstarb nach schwerem Felden unser Genosse Rudolf Kamin, Chauffeur, 14. Einäscherung am Montag, 24. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Dieser unerwartliche Abgang für den Sozialismus und hochachtete Vorkämpfer des Proletariats, der alle Arbeiter Genossen und Genossinnen an der Leinwand im Krematorium teilnehmen.

114. Kreis Unter den Eichen, Unter Genosse Johann Weikbecker, Einzelnen 18-20 10 verstarb, Einäscherung heute, Sonnabend, 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg. Wir bitten die Genossinnen und Genossen um zahlreiches Erscheinen.

Verf. bei Rinken, Reichshaus (Kaiser Hof), Aufgängerstraße, Sonntag des Am. Am. Schö. Aufgänger recht zahlreich mitbringen. Republikanz als Götze mitbringen. Aufgänger Lane.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Arbeiter-Sonntags-Schule, a. B. 1. St. Vosslerstr. 22. Die Jahresversammlung der Abteilung findet am Sonnabend, 22. Januar, 7 Uhr, bei Vosslerstr. 22, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

NUR VERIALE

DEM SELBSTTÄTIGEN WASHMittel VERDANKE ICH MEINE FREIE ZEIT.

PAKET 45 Pf.

WRIGLEY P.K. KAUBONBONS PFEFFERMINZ-GESCHMACK

Für Jung und Alt
Gut für Mund und Zähne
Appetitregend
Verdauung fördernd

10 Pfg.
Überall erhältlich

WRIGLEY AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A.M.

Deutscher Metallarbeiterverband

KLEINE ANZEIGEN

Erwerbslosenversammlung

Branchenversammlung

Blumenspenden

Hermsdorfer Holzindustrie

HERMSDORF (THÜRINGEN)

Sprossen-, Gerüst-, Treppen-, Bau- und Wirtschaftsleitern aller Art

Schub-, Schiebe- und Steinkarren

Schafraufen, Dachspäne u. andere Holzwaren

Herren wir zu niedrigsten Preisen bei bester Ausführung.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nacht entschief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Adolf Assmus

im 61. Lebensjahre.

Berlin-Niederschönhausen Nordend, den 19. Januar 1927.

In tiefer Trauer
Anna Assmus, geb. Jantzen
Frieda Grundmann, geb. Assmus
Fritz Grundmann
Ernst Grundmann.

Die Trauerfeier findet am Montag, den 24. Januar, nachm. 1 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 27, statt.

Nach unendlich schwerem Leiden ging heute meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Clara Reske geb. Brenke

den Weg in die Ewigkeit.

Die Bestattung findet am Sonnabend, den 23. Januar, nachm. 3 Uhr, im Königsberger Krematorium statt.

Königsberg, den 19. Januar 1927.

Wilhelm, Grete und Regina Reske.

Danksagung

Für die überaus zahlreiche Teilnahme bei der Einäscherung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Marie Rother

lage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Genossen der 10. Abteilung und den Mitarbeitern des Reichshaus „Ruhige Wälder“ meinen innigsten Dank. Insbesondere danken wir den Herren Genossen: Klitzner, Geweffe, Jordan und Gerken für ihre wertvollen Worte.

Im Namen der Hinterbliebenen
Dank Rother.

Qualitäts-Babylons-Reklamen

gegen Nachahmung gesetzlich geschützt

seitig seit 43 Jahren als Spezialität

Conrad Müller
Schneiditz-Leipzig

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer

Montag, den 24. Januar, nachm. 5 1/2 Uhr, Außerordentl. Generalversammlung im Gewerkschaftshaus (Saal 4)

Tagesordnung:

Berichterstattung über die Lohnverhandlungen

Nach Teilnahme an der Generalversammlung hat berechtigt die Delegierten und die Vertreter nach 87 der Berliner Vereinbarungen. Als Kusens gilt die Kusensliste, ohne die keine Einigkeit.

Der Vorstand.

Radio-Anlagen

ohne Anzahlung

nach 5 Monatsraten à 10,- Ihr Eigentum

Ferner in Lautsprecheranlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft

Radiotyp, BERLIN NW 40
Tel. Moabit 9239 (gegenüber dem Kriemhild 124)

Siedlungsarbeit oder Instanzenkrieg.

Die Verteidigung des preußischen Landwirtschaftsministeriums.

Mit einer Anfrage vom 30. November 1926 haben unsere Genossen im Preussischen Landtag die Siedlungsfrage mit aller Entschiedenheit aufgeworfen. Die Anfrage stellt fest, daß das wirkliche Ergebnis der Siedlungsarbeit als sehr bescheiden bezeichnet werden muß, und sie fragt im einzelnen an, was geschehen könne, um aus der geplanten Siedlungsaktion wirklich einen Erfolg zu machen. Wenige Tage später richtete die „Frankfurter Zeitung“ einen heftigen Angriff auf den führenden Beamten der preussischen Siedlungsaktion, den Ministerialdirektor Articus, den sie für die stete Sabotage der Siedlungsaktion verantwortlich macht. In einer Denkschrift vom 3. Januar d. J. verteidigt sich das preussische Landwirtschaftsministerium, d. h. Herr Articus, gegen die Vorwürfe, die gegen seine Politik erhoben worden sind.

Die Frage der Zuständigkeit.

Schon der Anfang der Denkschrift zeigt mit aller Deutlichkeit, wie wenig es sich für die maßgebenden Beamten des preussischen Landwirtschaftsministeriums um die Sache der Siedlung dreht. Mehr als ein Gesicht für den ganzen Landtag dient dem „Nachweis“, daß die Zuständigkeit für die Siedlung bei Preußen und nicht beim Reich liegt. Für jedermann ist es selbstverständlich, daß die Siedlung nur in enger Zusammenarbeit zwischen Preußen und Reich durchgeführt werden kann. Ebenso aber ist klar, daß das Reich, das jährlich 50 Millionen Mark für die Siedlung zur Verfügung stellt, diese Mittel nicht einfach den preussischen Behörden übergeben kann, ohne sich weiter um die Verwendung der Mittel zu kümmern. Ob Preußen „zuständig“ ist oder nicht, ist eine Frage, die unter dem großen agrarpolitischen Gesichtspunkt der Siedlung unwichtig ist; wichtig ist allein, ob der Wille des Reichstags, daß jährlich 50 Millionen Mark aus Reichsmitteln für Zwecke der Siedlung zur Verfügung gestellt werden, in erfolgreicher Weise zur Durchführung gelangt, und Aufgabe der Reichsinstanzen ist es, dafür zu sorgen, daß eine solche erfolgreiche Verwendung möglich ist. Preußens bisherige Erfolge hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion mit Recht als sehr bescheiden bezeichnet, und es ist weiter nicht merkwürdig, daß angesichts dieser sehr bescheidenen Erfolge das Reich Ende 1926 Preußen aufforderte, falls ihm die Mittel fehlten, beim Reich neue Mittel für Siedlungszwecke anzufordern. Die Denkschrift des Herrn Articus verschweigt, daß die Initiative für den zusehlichen Einfluß von Mitteln vom Reich ausging. In seiner Denkschrift heißt es:

„Durch Schreiben vom 12. Januar 1926 ist beim Reich die Bereitstellung von weiteren 60 Millionen Mark für die Förderung der Siedlung im preussischen Osten beantragt worden.“

In Wahrheit hatte vorher das Reich bei Preußen beantragt, daß es diese Förderung stellen solle.

Verzögerung des Werks.

Weiter behauptet die Denkschrift, das Reich habe mit der Hergabe von Mitteln dauernd gezögert. In Wahrheit dürfte den Verantwortlichen in Preußen davon gelegen gewesen sein, auch weiterhin die Siedlung unter der reaktionären und unzulänglichen Kontrolle der Landesstrukturämter zu halten, und die Reichsmittel möglichst unkontrolliert zu verwenden. So wäre am Widerspruch Preußens die Siedlungsaktion, die Reichsregierung und Reichstag planten, bei nahe vollständig gescheitert, wenn nicht der Siedlungsausschuß des Reichstags, in dem bekanntlich vor allem unser Genosse David tätig ist, dem Plenum eine Entschließung vorgelegt hätte, nach der der Reichstag fünf Jahre lang je 50 Millionen Mark für Siedlungszwecke zur Verfügung zu stellen sich bereit erklärte. Damit war wenigstens die Frage des Umfangs der zur Verfügung stehenden Mittel geklärt, wemgleich das Reichsfinanzministerium die Mittel definitiv erst nach der etwaigen Bewilligung zur Verfügung stellen konnte. Aber selbst nach der Bewilligung der Mittel kam die Aktion selbst noch nicht in Gang, denn nach immer weigerter sich Preußen, die vom Reich geplanten Richtlinien für die Verwendung der Gelder anzuerkennen.

Nach der Denkschrift erbat der preussische Landwirtschaftsminister am 22. Juli vom Reichsarbeitsminister die Bereitstellung von 15 Millionen Mark zum Ankauf günstiger Siedlungsobjekte. Späterhin ergab sich, daß Preußen gar keinen Bedarf für einen so hohen Betrag hatte. Bis Ende 1926 hat Preußen, dem inzwischen 36 Millionen Reichsmark für Vorkauf zur Verfügung gestellt wurden, noch nicht einmal die im Juli verlangten 15 Millionen Mark, sondern nur einen Betrag von 13,3 Millionen Mark, in Anspruch genommen.

Umwege der Bureaufrazie.

Nachdem der preussische Landwirtschaftsminister die Bereitstellung von 15 Millionen Mark, für die, wie gefordert, ein Bedarf nicht vorlag, erbeten hatte, kam es zu Verhandlungen zwischen Reichsarbeits- und Reichsfinanzministerium, ob im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes, zu dem die Siedlungsaktion bekanntlich gehört, auch Mittel für Vorkäufe zur Verfügung gestellt werden könnten. Aber bereits drei Wochen nach der Anforderung des preussischen Landwirtschaftsministers wurde Preußen mitgeteilt, daß für 1926 15 Millionen Mark für Vorkäufe zur Verfügung gestellt werden sollten. Diese 15 Millionen Mark sollten in einer Anzahl von Raten bereitgestellt werden. Die Mitteilungen hierüber erfolgten telefonisch und mündlich, und es fiel den preussischen Behörden anscheinend überhaupt nicht ein, eine schriftliche Bestätigung dieser Mitteilungen zu erbitten. Daraus schöpft das preussische Landwirtschaftsministerium die Berechtigung, jetzt den Bureaufrazier in seiner Denkschrift drohend zu erheben, und die folgenden Sätze der Öffentlichkeit zu übergeben, die lächerlich wären, wenn sie nicht in so ernsthaftem Zusammenhange stünden und mit unerfresslicher Deutlichkeit zeigten, welcher Geist in der preussischen Behörde herrscht, die in erster Linie die Verantwortung für die Verschleppung trägt:

„In dieser Sache muß festgestellt werden, daß nach allgemeiner gültiger Geschäftspraxis und nach Vorgabe der bestehenden Bestimmungen auf Grund von mündlichen oder gar telephonischen Mitteilungen niemals über staatliche Gelder verfügt worden ist oder verfügt werden kann. Noch viel weniger trifft das zu für Beträge, die vom Reich an einen Staatsoberbeamten übergeben werden.“

Statt offen zuzugeben, daß es äußerlichfalls ein Fehler der preussischen Bureaufrazie war, vom Reich keine schriftliche Bestätigung zu verlangen, erhalten die Reichsbeamten vom preussischen Landwirtschaftsministerium eine scharfe Zurechtweisung für ihr unzulängliches Verhalten. Es ist überaus bedauerlich, daß sich die preussische Bureaufrazie durch dieses Verhalten auch noch dem unabweisbaren Vorwurf der Bässigkeit in einer ernsthaften politischen Angelegenheit aussetzen mag.

Verdumpte Gelegenheiten.

Aber hiermit noch nicht genug! Gegenüber dem Vorwurf, daß die Konjunktur am landwirtschaftlichen Grundstückenmarkt, an dem es bekanntlich Ende 1926 und in der ersten Hälfte 1927 zu einem großen Preissturz gekommen war, nicht genügend aus-

genutzt worden sei, verteidigen sich die Verantwortlichen damit, ohne einen Beweis dafür anzuführen, daß die Konjunktur sehr wohl ausgenutzt worden sei. Was die Reichsmittel betrifft, wird Preußen freilich mit dieser billigen Behauptung schwer durchkommen können. Die Zahlen, die Preußen veröffentlicht, zeigen ein merkwürdiges Bild. Aus Reichsmitteln hat Preußen Land angekauft, bei dem der Hektar im Durchschnitt 900 Mark kostet, aus preussischen Mitteln dagegen Land, das im Hektardurchschnitt 560 Mark kostet. Ehe dieser auffallende Unterschied bei der Verwendung von Reichsgeld und preussischem Geld aufgeklärt ist, wird man wohl sagen dürfen, daß keine Rede davon sein kann, daß die Konjunktur am landwirtschaftlichen Grundstückenmarkt mit den vom Reich zur Verfügung gestellten Mitteln ausgenutzt worden sei.

Daß Preußen sich scheut, Reichsmittel in dem zur Verfügung gestellten Umfang zu verwenden, und sich gleichzeitig den Wünschen der Reichsregierung hinsichtlich der Verwendungskontrolle dieser Mittel zu unterwerfen, zeigen auch noch zwei andere Fälle. Aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle ist ein Betrag von 15 Millionen Mark für Zwecke der Siedlung bereitgestellt worden. Ueber zwei Drittel dieses Betrages, die auf Preußen entfallen sollten, stehen Preußen noch heute zur Verfügung, ohne daß das preussische Landwirtschaftsministerium sich bisher veranlaßt gesehen hätte, sie in Anspruch zu nehmen. Für die Flüchtlingssiedler aus dem Osten, von denen ein Teil wegen der allzu langsamen Arbeit der preussischen staatlichen Ansiedlungskommission ohne Entschädigung vertrieben werden konnte, hat das Reich einen Betrag von 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Auch dieser Betrag ist von Preußen zu großen Beträgen nicht in Anspruch genommen worden. Von insgesamt 72 Millionen Mark, die das Reich für Siedlungszwecke zur Verfügung gestellt hat, hat Preußen nur ein Fünftel in Anspruch genommen.

Dabei dreht es sich beinahe immer um eine einzige prinzipielle Frage, in der Preußen nachzugeben nicht bereit ist. Das Reich seinerseits wünscht, daß die Verwendung der von ihm zur Verfügung gestellten Mittel unter hervorragender Beteiligung anerkannter betriebswirtschaftlicher Sachverständiger erfolgt. Die Erfahrung hat schlagend gezeigt, daß die bisherige preussische Organisation solche Sachverständigen nicht ersehen kann, und das Reich befindet sich in bestem Einvernehmen mit allen betriebswirtschaftlichen Sachverständigen bei seiner Stellungnahme. Statt hier nachzugeben, versteifen sich die preussischen Bureaufrazien auf die preussische Landeshoheit und sträuben sich gegen jede sachgemäße Anteilnahme von Sachverständigen am Siedlungswerk. Nachdem unsere Genossen in ihrer kleinen Anfrage die Diskussion in Gang gebracht haben, scheint es nunmehr an der Zeit, daß man in Preußen ernsthaft darangeht, Siedlungspolitik zu treiben, statt wie bisher, mit bürokratischem Hin- und Hergerebe im Effekt das Siedlungswerk zu sabotieren.

Die AEG. in der Gasfernversorgung.

Ausbau der Braunkohleninteressen.

Vor wenigen Monaten war die Mitteilung, daß der AEG.-Konzern große Braunkohleninteressen erworben und mit anderen Gesellschaften in der von der AEG. beherrschten Kohlenverarbeitungs-A.G. zur Braunkohlenerwertung schreite, für die Öffentlichkeit eine Ueberraschung. Noch überraschender aber ist das Tempo, in dem der AEG.-Konzern seine Kohlenverwertungsinteressen ausbaut. Schon heute kann man von einer sehr starken Stellung des Konzerns in der deutschen Braunkohlenindustrie und von einer noch stärkeren in der Braunkohlenerwertung sprechen.

Wie die AEG.-Verwaltung bekannt gibt, ist augenblicklich auf der Grube Leopold in Edderitz bei Röhren eine umfangreiche Schwelanlage nach dem Verfahren der Kohlenverarbeitungs-A.G. im Bau. Nachdem ein Drehofen ein Jahr lang erprobt wurde, werden jetzt drei weitere lotrechte Drehöfen fertiggestellt, so daß noch in diesem Monat vier Schwelöfen mit einem Tagesverbrauch von 400 Tonnen Rohbraunkohle sowie die neue Benzinfabrik in Betrieb kommen werden. Die bisherige Tageserzeugung von Schwelöl, Schwelteeer und Benzin wird in kurzem verdreifacht sein. In eigenen Destillationen wird der Schwelteeer auf Sechsol, Solaröl, Gasöl, Treiböl, Heizöl, festes Paraffin und Koch verarbeitet. Mit dem Bau einer weit größeren Braunkohlenschwelerei ist auf der Grube „Minna Anna“ begonnen worden, deren erster Ausbau bereits zu einer Tagesverarbeitung von 1000 Tonnen Rohbraunkohle, das Tageserzeugung der Edderitzer Anlagen, führen soll. Es ist jedoch die Erweiterung der Anlagen auf einen Tagesverbrauch von 3000 Tonnen beabsichtigt. Die einheimische Mineralölherstellung wird damit in absehbarer Zeit eine bedeutende Steigerung erfahren, und zwar mit Hilfe eines Verfahrens, bei dem die Delgewinnung sich ganz erheblich billiger stellt als bei dem Bergin- oder irgendeinem anderen Verfahren.

Für die Frage der deutschen Kohlenverwertung und -veredlung sind diese Mitteilungen außerordentlich bedeutungsvoll, besonders mit Rücksicht auf die große Kapitalkraft der AEG. und die noch größeren Kapitalreserven durch die enge Verbindung mit der Braunkohlenindustrie. Es eröffnen sich Perspektiven einer schwerfälligen Konkurrenz unter den Kohlenverwertungsinteressen, die angesichts der bisherigen Verfahrensmethoden monopolisierungswirtschaftlich nur zu begründen sein wird. Insbesondere wird auch die Konkurrenz, die kürzlich Professor Seidensticker der Ruhrzechenenergaverwaltung durch die mitteldeutsche Braunkohle antändigte, jetzt praktisch. Die AEG.-Verwaltung teilt nämlich ausdrücklich mit, daß ausichtsreiche Verhandlungen über die Verwendung des hochwertigen Braunkohlenschwelgases zur Fernversorgung des umliegenden Gebiets schwaben.

Der Kampf der Braunkohle mit der Steinkohle für die Ferngaspläne ist also bereits da und, wenn unsere Informationen richtig sind, woran zu zweifeln wir keinen Grund haben, bereits in vollem Gange. Den großen Einflüssen entsprechend, um die es hier geht, hat die A.G. für Kohlenverwertung in Essen gegenüber dem AEG.-Konzern bereits die schärfsten Drohungen ausgesprochen. Diese Drohungen gingen dahin, daß die in der A.G. für Kohlenverwertung vereinigten Ruhrzechen über sämtliche Fabriktate des AEG.-Konzerns die Sperre verhängen würden, falls die AEG. mit ihrer Braunkohlenerwertung die Pläne des Ruhrgebiets durchkreuzen würde. Es ist erfreulich, daß die Verwaltung der AEG. trotzdem von ihren Gasfernversorgungsplänen in ihren Mitteilungen nicht geschwiegen hat, mo-

bei sie sich allerdings darauf verlassen kann, daß die ganze Öffentlichkeit die Kampfmaßnahme der Ruhrzechen aufs schärfste verurteilen würde. Die angebrochte Sperre wäre nämlich ein Beweis dafür, daß die für die Gasfernversorgung zu interessierenden öffentlichen Stellen gegenüber den Ruhrzechen ein Mißtrauen beweisen müssen, das gar nicht groß genug sein könnte.

Internationale Kartellkontrolle.

Die Entstehung internationaler Kartelle und Monopolunternehmungen hat längst die Arbeiterchaft zu der Forderung einer nachdrücklichen überstaatlichen Kontrolle dieser marktbeherrschenden Neubildungen veranlaßt. Es ist sehr bemerkenswert, daß auch bürgerliche Blätter und besonders, daß der englische „Economist“, eine in der ganzen Welt beachtete Zeitschrift, Sicherungen gegen die Ausbeutung der Verbraucher und Arbeitnehmer durch das internationale Monopolkapital verlangt. In seinem letzten Heft vom 15. Januar 1927 wirft er folgende Fragen auf:

„Wird mit der Zunahme der internationalen Zusammenschlüsse der Produzenten nicht notwendigerweise eine Zusammenfassungsbewegung der internationalen Arbeiterchaft in den gleichen Industrien einhergehen müssen? Und besteht nicht die Gefahr, daß eine Produzentengruppe, die für die Produktion eines bestimmten Artikels den Markt monopolartig beherrscht, Abmachungen mit ihren Werksangehörigen trifft, die volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden können und deren Folge die Ausbeutung der Konsumenten der Welt sein kann? Bedeutet dies nicht die Entstehung von geschützten Weltindustrien auf breiterer Grundlage? Werden wir uns, wenn es zur Entstehung derartiger Weltindustrien mit einem tatsächlichen Monopol für bestimmte Artikel kommt, für den Schutz des Verbrauchers auf diejenigen Kräfte verlassen können, welche im allgemeinen die Monopole kontrollieren? Die Monopole pflegen durch laßende und vielfach fehlerhafte Verträge festzustellen, welche Menge von Waren und zu welchen Preisen sie mit dem größtmöglichen Profit produzieren können. Sie sind ausgesprochen konservativ und werden keine Ausdehnung der Produktion vornehmen, wenn sie ihnen nicht verhältnismäßig höhere Profite gewährleistet. Sie haben weder die Tendenz, neue Bedürfnisse zu schaffen, noch für die normale Produktionsenerweiterung zu sorgen. Wird es daher nicht notwendig werden, die Preispolitik der Industrien, die ihre Produktion einschränken, durch die Regierungen zu kontrollieren? Und da die internationale Vertrauensstellung eine immer größere Bedeutung gewinnt, wird sich da nicht die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit zur Kontrolle der Kartelle und Trusts ergeben? Wo könnte ein solches internationales Überwachungsorgan gebildet und in seiner Tätigkeit kontrolliert werden? Wird der Völkerbund sein Geschick in der Zukunft so völlig verändern, daß er im wesentlichen zu einer Überwachungsstelle der internationalen Wirtschaft werden wird?“

Um die Fleischversorgung Deutschlands.

Wieder einmal — diesmal im Hauptauschuß des Preussischen Landtages bei der Besprechung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung — hielt es ein Vertreter der Landwirtschaft für nützlich, zu behaupten, daß es trotz der landwirtschaftlichen Not gelungen sei, die Volksernährung in der notwendigen Höhe zu sichern. Zweck und Sinn solcher sich bei jeder Gelegenheit wiederholende Behauptungen, von denen die agrarischen Drahtzieher selber am besten wissen, daß sie falsch sind, ist natürlich die Stimmungsmache für den Schutz der „Landwirtschaft“.

Für die Fleischversorgung Deutschlands, die in den deutsch-polnischen handelsvertraglichen Verhandlungen wiederholt umkämpft wird, ist die Behauptung geradezu lächerlich. Schon in der Vorkriegszeit war der durchschnittliche Fleischverbrauch nach den Feststellungen der Ernährungshygiologen und des Reichsgesundheitsamts ungenügend. Der heutige Fleischverbrauch steht noch 7 bis 8 Proz. hinter der Vorkriegszeit zurück! Nach den neuesten Feststellungen des Reichsgesundheitsamts müßte vom ernährungshygiologischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte beinahe doppelt so viel Fleisch gegessen werden, als das jetzt der Fall ist.

Aber selbst die gegenwärtige völlig ungenügende Fleischversorgung stammt nicht etwa nur aus heimischer Erzeugung, sondern zu rund 17 Proz. aus ausländischer Zufuhr. Das aber auch mit dieser Zufuhr die ärmere Bevölkerung bei der gedrückten Wirtschaftslage und den hohen Fleischpreisen schon heute auf das Fleischgenuß ohne das billige ausländische Gefrierfleisch — das nur etwa zu 4 Proz. an der Fleischzufuhr beteiligt ist — verzichten müßte, ist bekannt. Weiteren Erschwerungen der Fleischzufuhr und insbesondere weiteren Beschränkungen der zollfreien Einfuhr des für die minderbemittelten Volkskreise als unerlässlich erkannten zollfreien Gefrierfleischkontingents muß deshalb nach wie vor der schärfste Widerstand entgegengekehrt werden.

Berliner Brauereikonkurrenz. Die Konzentration im Berliner Brauereiwesen macht weitere Fortschritte. Nachdem jetzt die Übernahme der Bergschloßbrauerei in den Konzern Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus A.G. beschlossen worden ist, gibt es in Berlin neben dem Schloßberg, dem Engelhardt- und Löwenbrauereikonzern nur noch wenige bedeutende und selbständige Brauereien. Wenn die Bergschloßbrauerei weniger rentabel ist, als andere Brauereien, so hat schon die Verwaltung selbst auf die hohe Umschlagung des Aktienkapitals hingewiesen, die 75 Proz. höher ist als im Frieden. Daß im übrigen die Brauindustrie zu den bestrentierenden Gewerben der deutschen Wirtschaft gehört, das beweist auch wieder der Abschluß der Löwenbrauerei-Böhmisches Brauhaus. Trotzdem nach dem Geschäftsbericht der Abfall im Geschäftsjahr 1925/26 nicht besonders günstig war, schließt die Bilanz per 30. September 1926 bei einem Aktienkapital von 5,1 Millionen Mark mit einem Reingewinn von 647 890 M., aus dem eine 12prozentige Dividende zur Verteilung gelangt.

Scharfer Kapitalsturz bei Scheidemann. Das am 30. September abgeschlossene Geschäftsjahr hat für die Muttergesellschaft des Scheidemann-Konzerns, die A.G. für chemische Produkte normals S. Scheidemann-Berlin, wieder einen Verlust von 1,33 Mill. Mark gebracht (im Vorjahr 2,44 Mill.). Dieser Verlust vermindert sich allerdings um 732 000 M. Gewinne aus Tochtergesellschaften, die noch nicht verrechnet sind. Um bald wieder Dividenden verteilen zu können und die Rationalisierung vorwärts zu treiben, will der Aufsichtsrat das Kapital von 25 Mill. Mark auf 10 Milliarden Mark zusammenlegen. Wie weiter mitgeteilt wird, ist der Geschäftszugang besser, die Bankschuld seit dem 30. September 1926 von 4,43 auf 2,70 Mill. Mark ermäßigt. Sobald die Bilanz vorliegt, wird auf diese Sanierungsmaßnahmen noch zurückzukommen sein.

Aufhebung der tschechoslowakischen Aus- und Einfuhrverbote. Die tschechoslowakische Regierung hat sich, nach Prager Mitteilungen, auf Grund der Haltung Deutschlands und der Schweiz bei den Handelsvertragsverhandlungen entschlossen, mit der Befreiung der Ein- und Ausfuhrverbote zu beginnen. Sowohl die Schweiz als auch Deutschland haben bekanntlich die Aufhebung dieser Beschränkungen zur Voraussetzung für den Abschluß eines Handelsvertrages gemacht, konnten jedoch bisher die tschechoslowakische Regierung zu einem Aufgeben ihrer ablehnenden Haltung nicht bewegen.

Kampf den Geschlechtskrankheiten!

Die Gesetzesvorlage vor dem Reichstag.

In seiner gestrigen Sitzung beschloß sich der Reichstag mit der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Abg. Dr. Moses (Soz.)

weist auf die bevölkerungspolitische Lagung der Arbeiterwohlfahrt im September u. a. in Jena hin, wo man sich auch mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf befaßt hat. In den Beitritten, die zu diesem Punkte eingebracht waren, ist die Stellung der Referenten zu der Frage Prostitution und Reglementierung nie folgt festgelegt worden.

1. Die Prostitution ist nicht ein notwendiges Übel, sondern ein Uebelbleibsel aus der Zeit der Sklaverei, der Verachtung der Frau und ihrer Arbeit. Sie hängt in ihrer heutigen Form aufs engste zusammen mit jeglicher Unethik, mit wirtschaftlichen und sozialen Schäden. In demselben Maße, wie es uns gelingt, diese Schäden zu beseitigen, wird auch die Prostitution überwinden werden. Darum muß

a) unser Kampf sich dagegen richten, daß einerseits die Prostituierten ausgenützt und andererseits durch Reglementierung, Reformierung oder Bordenierung rechtlos gemacht werden;

b) müssen wir nach Wegen suchen, die die Prostitution einzudämmen und den Prostituierten den Weg zurück in ein Leben abrennen, das ihnen selbst und der Gesellschaft zuzunehmen ist.

2. Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten darf sich nicht auf sanitätspolizeiliche Zwangsmaßnahmen gegen eine kleine Gruppe gewerbemäßig sich prostituierender weiblicher Personen richten, sondern er muß überall da einsetzen, wo eine Ansteckungsgefahr vorhanden ist, ohne Rücksichtnahme auf Geschlecht oder soziale Stellung der in Frage kommenden Personen.

In diesen Sätzen kommt unsere Stellung zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf zum Ausdruck, wobei ich allerdings feststellen möchte, daß eine Minderheit in unserer Fraktion gegenüber dem § 7 eine abweichende Stellung einnimmt. Wenn man auch im großen und ganzen dem Gesetzesentwurf zustimmen könnte, so fordert er doch im einzelnen zur Kritik heraus, zumal in einem Teil der Bestimmungen der eigentliche Zweck, nämlich die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, kaum noch erkennbar ist. Weiter werden noch immer rein sanitäre Fragen mit moralischen Tendenzen verbunden. Keinerlei Reinigungsmaßnahmen herrschen in unseren Kreisen darüber, daß man eine wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ebenso wie der Säuglings- und Kindersterblichkeit, der Tuberkulose, des Alkoholismus usw. nicht allein mit gesetzgeberischen Maßnahmen vornehmen kann.

In erster Linie ist dazu eine Bekämpfung unetlicher wirtschaftlicher und sozialer Schäden nötig. Gesundheitspolitik treiben, heißt nun einmal in ersterer Linie Wohnpolitik und Wohnpolitik im Interesse der breiten Massen des Proletariats treiben. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das gilt ganz besonders gegenüber unseren katastrophalen Wohnungsverhältnissen. Aus der dermatologischen Abteilung des Rudolf-Virchow-Krankenhaus in Berlin sind in der letzten Zeit geradezu grauenerregende Mitteilungen über den Umfang der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten unter den Kindern gemacht worden. Der Wohnort schließt eine Anzahl von Fällen, über die im Verein für Fürsorge für jugendliche Psychopathen berichtet worden ist, und in denen Kinder infiziert worden sind, die in elenden Wohnungen haften mußten. Der Berichterstatter Dr. Gumpert sagt am Schluß seiner Darlegung:

„Im ganzen haben wir im Laufe dieses Jahres etwa 50 Krankheitsfälle dieser Art beobachtet, die auf Bergeplattung, Unzucht, Familieninfektion oder Verkehr von Kindern untereinander zurückzuführen sind.“

Die Fürsorgerin beim Zentraljugendamt der Stadt Berlin, Charlotte Meyer, berichtet, daß vom Februar 1923 bis März 1924 25 und vom 1. März 1924 bis 15. Juli 1925, also in nur etwas mehr als einem Vierteljahr, 59 solcher Fälle von Sittlichkeitsdelikten an Kindern bekannt geworden seien. Der Oberarzt der dermatologischen Abteilung am Virchow-Krankenhaus bezeichnet

die Mietskaserne geradezu als die ideale Brutstätte für Geschlechtskrankheiten.

Man sieht also, wie neben der Wohnungsnot die Bettlosigkeit die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten, namentlich unter den Kindern geradezu katastrophal einwirkt. Man muß Dr. Gumpert zustimmen, wenn er fordert, jedes Kind müsse sein eigenes Bett haben wie jedes Tier sein eigenes Lager habe.

Die Verfassung sagt, daß die Jugend gegen stülfische, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen sei. Wenn unsere Gesellschaft sich ihrer Aufgabe im Sinne der Verfassung mehr als bisher bewußt sein wird, dann wird man auch auf dem Gebiete der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten mehr erreichen als durch derzeitige Gesetze, mehr auch als durch ein Schmutz- und Schandgesetz, das sich gegen Dinge richtet, die viel weniger Einfluß auf die stülfische Haltung unserer Jugend ausüben, als solche Zustände, wie ich sie geschildert habe, die man geradezu als kulturfeindliche bezeichnet kann. (Sehr wahr bei den Soz.)

Wir versprechen uns nichts im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten auch nach Annahme dieses Entwurfs, wenn man nicht gleichzeitig in ganz anderer Weise als bisher den sozialen Schäden zu Leibe rückt.

Darum ist auf der bevölkerungspolitischen Lagung in Jena auch gefordert worden: Schaffung von gesunden und billigen Wohnungen, ausreichende Entlohnung der Arbeit, ganz besonders durch gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit von Mann und Frau, Ausgestaltung der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge, besonders bei den Jugendlichen, daß eine stülfische Gefährdung durch Arbeitslosigkeit vermieden wird. Schließlich verlangt die Lagung weitgehende Unterstützung der Bevölkerung über die Geschlechtskrankheiten durch Wort, Schrift und Bild, rechtzeitige und aufläuternde sexuelle Erziehung der Jugend in Schule und Elternhaus. Im Ausschuss war bei der ersten Lesung eine Bestimmung aufgenommen worden, die in der zweiten Lesung wieder zu Fall kam und die wir jetzt nun neu einbringen, wonach aufläuternde Vorträge, Schriften, Abbildungen oder Darstellungen über Geschlechtskrankheiten, ihre Verhütung und ihre Erscheinungen nicht von der im § 11 enthaltenen Bestimmung getroffen werden. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, daß mir kurz vor dem Kriege die Haltung solcher aufläuternden Vorträge in Berlin wegen „Gefährdung der öffentlichen Moral und Sittlichkeit“ unterlag worden ist. Die Abhaltung einer solchen Veranstaltung wurde gestattet, wenn nur Männer zugelassen würden. Tatsächlich sorgte auch die Polizei dafür, daß alles Wesentliche von der Aufführung der selben innerhalb und außerhalb der Ehe ferngehalten wurde. Es folgte dann ein generelles Verbot, das von dem damaligen Polizeipräsidenten u. a. Jagow ausgeht in einer Zeit, als dieser Herr sich bei der bekannten Schauspielerei Tilla Durieux, die im Gegensatz zu dem Junggesellen Herrn v. Jagow innerhalb der Ehe lebte, zu einem Sonntagnachmittagsessen angemeldet hatte, um sich bei dieser Gelegenheit über die Lage der Schauspielereisen zu informieren!

Die gesunde Moral spielt auch eine große Rolle im § 15, wonach in § 184 des Strafgesetzbuches eine Vorschrift eingefügt werden soll: „Wer in einer Ehe oder in einem sonstigen Eheähnlichen Verhältnis, Gegenstände oder Verfahren, die zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten dienen, öffentlich ankündigt, anpreist, oder solche Mittel oder Gegenstände an einem dem Publikum zugänglichen Orte ausstellt.“ Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es keinen besseren Schutz gegen die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten gibt, als jedem die Gefahren vor Augen zu führen, in die er sich bei Betätigung des Geschlechtsverkehrs begibt, und ihm die Anwendung eines Präservativs zu empfehlen. Was durch eine

Systematisch durchgeführte Vorbeugung

erreicht werden kann, zeigen ja zahlreiche Statistiken, die besonders im Kriege durchgeführt worden sind. Es will mir scheinen, als ob die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus Furcht, bei den Kreisen Anstoß zu erregen, die in der Propaganda für diese Propaganda auch eine Gefährdung der öffentlichen Moral erblicken, nicht gern bei einer Aufklärung über die Gefahren des Geschlechtsverkehrs davon spricht.

Der Erfolg des ganzen Gesetzes sieht und fällt mit der unentgeltlichen ärztlichen Behandlung und unentgeltlichen Lieferung von Medikamenten.

Wir müssen dahin streben, daß weder Geschlechtskranke, ob verheiratet oder nicht, überall unentgeltliche Behandlung finden können. In Nordamerika, England und in den nordischen Staaten sind in großartigster Weise Ambulatorien für Geschlechtskranke eingerichtet, in denen auch die Anonymität gewahrt wird. Ohne unentgeltliche Behandlung ist eine energische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten einfach undenkbar. Die Ärzte sträuben sich noch dagegen, wie sie sich auch seinerzeit gegen die Einrichtung von Beratungsstellen gestäubt haben.

Ich kann jetzt leider nicht auf eine Reihe von Punkten eingehen, insbesondere nicht auf die Tatsache, daß eine Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, besonders unter den Jugendlichen nicht möglich ist, wenn man nicht gleichzeitig auch dem Hauptstüpf, dem Alkohol zu Leibe geht. (Sehr wahr! links.) In der Frage der Salzenbehandlung, zu der mancher meiner Parteifreunde eine andere Stellung als ich einnimmt, gebe ich zu bedenken, daß in der letzten Zeit Stimmen aus ärztlichen Kreisen laut geworden sind, die eine Aufklärung des Problems der sogenannten Kurpfuscherei in der letzten Zeit nicht für opportun halten. Die Aufklärung dieses Problems gerade bei diesem Gesetzesentwurf könnte die Gefahr auch für die Ärzteschaft manche unangenehme Diskussionen zeitigen. Glaubt man wirklich, daß das Staatsorgan der Weiblicher gegen den Vorwurf steht, daß er in der Behandlung von Geschlechtskrankheiten auch ein Kurpfuscher sei? Ein erheblicher Teil in der Fest-

stellung von Diagnosen bei Geschlechtskrankheiten beruht doch auf technischem Können.

Trotz aller Kritik an einer ganzen Reihe von Bestimmungen bedeutet doch dieser Gesetzesentwurf einen Fortschritt, insbesondere was die letzten Paragraphen, die Aufhebung der Reglementierung, Reformierung, Bordenierung und anderes mehr betrifft. Ich hoffe, daß gerade zu diesen Paragraphen keine neuen Anträge eingebracht werden, die eine Verschlechterung der ganzen Vorlage bedeuten würden, damit es dem weitaus größten Teile meiner Parteifreunde ermöglicht wird, diesem Gesetzesentwurf die Zustimmung zu geben. (Sehr wahr! links bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Spuler (DnL): Die Beratungen im Ausschuss haben zu unserem großen Bedauern ein weitgehendes Nichtzuzustimmen gegen die Ärzteschaft gezeigt. Dem ist bis zu einem gewissen Grade zuzustimmen. Es wird darauf ankommen müssen, die Schwächen unserer ärztlichen Ausbildung, denn nur darin liegt das Hindernis gegen die Ärzteschaft begründet, zu überwinden.

Abg. Biles (D. Sp.): Die Syphiliserkrankungen sind in der letzten Zeit zurückgegangen. Leider ist das von den Trippererkrankungen nicht zu sagen. Trotz erheblicher Widerstände gegen einzelne Bestimmungen des Gesetzes stimmen wir dem Gesetz zu. Besonders müssen wir beanstanden, daß die persönliche Freiheit des einzelnen außerordentlich stark durch die gesetzlichen Bestimmungen eingeschränkt werden soll. Wir hoffen, daß die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz im Sinne unserer Abänderungswünsche erlassen werden.

Frau Arendsee (Komm.): Die Schuld an der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten liegt in den elenden Verhältnissen der breiten Massen begründet. Der vorliegende Gesetzesentwurf ist ein Beispiel dafür, daß die Regierung nichts Ernsthaftes im Willen und kann, um den Geschlechtskrankheiten entgegenzutreten. Um eine durchschlagende Veränderung herbeizuführen, wird es erst einer völlig anders gearteten Struktur der Gesellschaft bedürfen. In Deutschland werden die ersten Schritte zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten getan.

Abg. Behold (W. Sp.): Dem Gesetz sollte von allen Parteien zugestimmt werden, obgleich auch mir erhebliche Bedenken dagegen einzuwenden haben. Es müssen Mittel aufgebracht werden, die auch den Kreisen eine Benutzung der staatlichen Schutzmaßnahmen gestatten, die nicht den Krankentassen oder ähnlichen Organisationen angehören. Ferner sollte bestimmt werden, daß die Behandlung durch Salzwasser dem Ermessen des einzelnen überlassen wird.

Abg. Bayersdorfer (Bayr. Sp.): Einer erfolgreichen Durchführung des Gesetzes wird nur bei verantwortlicher Mitarbeit der Ärzteschaft möglich sein. Trotz verschiedener Bedenken, die schon im einzelnen besprochen wurden, stimme ich der Bayerischen Volkspartei für das Gesetz.

Abg. v. Kamin (DnL) trägt eine Reihe von Bedenken gegen das Gesetz vor, insbesondere findet der Behandlungszwang nicht seine Zustimmung. Infolgedessen werde seine Fraktion voraussichtlich gegen das Gesetz stimmen. Der Redner hält die Keuschheit bis zur Ehe noch immer für das beste Vorbeugungsmittel gegen die Seuche der Geschlechtskrankheiten.

Gegen 6 Uhr verläßt das Haus die weitere Beratung auf Sonnabend mittig 12 Uhr.

Die bedrohte Volksgesundheit.

Geburtenrückgang. — Zunahme der Krankheiten. — Soziale Not als Ursache.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung nahm der Preussische Landtag für den verstorbenen Abgeordneten Gernich, der der Deutschen Volkspartei angehörte, die Beisetzung vor. Abg. Dr. a. Campo (D. Sp.) schlug dafür den Abg. Dr. Biemer (D. Sp.) vor, der darauf mit 262 Stimmen gegen 22 Stimmen, die der Abg. Bied (Komm.) erhielt, zum 3. Vizepräsidenten gewählt wurde. Hierauf trat das Haus in die Beratung des Etats des Wohlfahrtsministeriums ein. Nach der Berichterstattung durch den Abg. Dr. Stemmler (S.) nahm zunächst das Wort

Wohlfahrtsminister Hirtfelder:

Die gesundheitlichen Verhältnisse haben in Preußen zweifellos eine Besserung erfahren. Aus der Abnahme der Sterblichkeit, insbesondere bei der Tuberkulose, darf aber nicht der gefährliche Trugschluß gezogen werden, daß die ungeheuren Schäden der Krieges- und Inflationszeit überwunden sind. Es wird weiter die wichtigste Aufgabe für das Reich, den Staat und die Kommunen bleiben müssen, für besorgniserregende Gesundheitsverhältnisse zu sorgen. Nach den Ausführungen des Ministers ist die Sterblichkeitsziffer von 14,9 auf 1000 Einwohner vor dem Kriege auf 25 im Jahre 1918 gestiegen und bis zur ersten Hälfte des Jahres 1926 auf 12,2 zurückgegangen. 800 000 Menschen sind während des Krieges durch die Hungerblockade in Deutschland gestorben. Ein erheblicher Teil davon wäre sonst sicherlich erst zu einem erheblich später liegenden Zeitpunkt gestorben; das trifft besonders für die an Tuberkulose Erkrankten zu. Von erheblicher Bedeutung ist die Tatsache, daß die Geburtenziffern einen bedenklichen Rückgang aufweisen.

Bei 22,2 auf 1000 Einwohner im Jahre 1913 ist die Ziffer auf 20,7 in der ersten Hälfte des Jahres 1926 gefallen, d. h. auf den niedrigsten Stand, der bisher beobachtet wurde. In manchen Großstädten ist der Geburtenrückgang derart erschreckend, daß die Gefahr nahe liegt, daß überhaupt kein Ueberfluß der Geburtenfälle über die Sterbefälle mehr erzielt wird. Dieser Rückgang ist zweifellos durch die wirtschaftliche Not unseres Volkes bedingt.

Der allgemeine Gesundheitszustand ist durchaus unzureichend und wird durch die mangelhafte Ernährung des Volkes zweifellos ungünstig beeinflusst. So haben die Tuberkuloseerkrankungen zugenommen und die Strophose, die als ein Vorstadium der Tuberkulose im Kindesalter anzusehen ist, ist unter der Jugend außerordentlich verbreitet. Der Gesundheitszustand von Klein- und Schulkindern läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig. Zwar ist in den letzten Jahren eine geringe Besserung eingetreten, aber es ist ersichtlich, daß viele tausend Schulkinder körperlich und geistig infolge der wirtschaftlichen Not so zurückgeblieben sind, daß sie als Minderjährige dem Eindrud von Neunjährigen machen. (Hört, hört!) Gegenstand ernstlicher Sorge für den Staat bildet die Seuchenbekämpfung. Die Scharlachfälle sind im letzten Jahre auf das Doppelte gestiegen. Die Häufigkeit der Inzuzerkrankungen ist durch mangelhafte Abwasserbeseitigung vergrößert, die eine der schädlichsten Kriegesfolgen ist. Das ist besonders in Hannover in Erscheinung getreten. Besondere Beobachtung verdient die furchtbare Volksseuche, die Tuberkulose. Zwar ist in Preußen die Tuberkulosesterblichkeit von 80 000 im Jahre 1923 auf 25 807 im Jahre 1925 gefallen. Dagegen muß festgestellt werden, daß die

Erkrankungsziffer in der Zunahme begriffen

ist. (Hört, hört!) Diese Tatsache ist zum größten Teil auf die furchtbare Wohnungsnot zurückzuführen, die selbstverständlich die Ansteckungsgefahr erhöht. Das Ministerium hat im letzten Jahre in einer Reihe von Provinzen Arbeitsgemeinschaften zur Tuberkulosebekämpfung eingerichtet, die auch in den übrigen Bundesstaaten eingeführt werden sollen.

Der Minister stellt weiter den Entwurf eines preussischen Zwangsgesetzes in Aussicht, das sich möglichst mit dem neuen Reichsstrafgesetz im Einklang befinden soll.

Der Schutz der in gewerblichen Betrieben Beschäftigten soll nach Möglichkeit eine Erweiterung er-

fahren. Die Anstellung von fünf Gewerbeärzten habe sich als unumgänglich notwendig erwiesen. Mehr einzustellen sei bei der Finanzlage des Staates leider nicht möglich gewesen. Im weiteren Verlauf seiner Rede verweist der Minister auf den Unflug mit Geheimmitteln, dem durch ein Reichsgesetz gesteuert werden müsse und stellt verschärfte Bestimmungen gegen die Raub- und Betäubungsmittel in Aussicht. Schließlich sagt er die Förderung staatlicher Sportpflege zu, die wesentlich zum Wiederaufstieg unseres Volkes diene. Im Rahmen der geringen Mittel, die bei der Finanzlage zur Verfügung stehen, werde das Ministerium nach besten Kräften für die Hebung der Volksgesundheit arbeiten.

Abg. Frau Kunert (Soz.):

Im Hauptauschuss haben alle Parteien die außerordentliche Dringlichkeit der in den Wohlfahrtsentwurf eingestellten Mittel bemängelt. Dabei dürfte eigentlich dieser Etat der wichtigste sein. (Sehr richtig! links.) Zum Optimismus haben wir außerordentlich geringen Anlaß, wenn festgestellt werden muß, daß Preußen mit seiner Säuglingssterblichkeit an neuer Stelle stehe. Belgien, Frankreich, England, Skandinavien haben nur die Hälfte der preussischen Sterblichkeit. In einzelnen Bezirken Preußens ist die Sterblichkeit der unehelichen Kinder doppelt so hoch, wie die der ehelichen. Ueber den Rückgang der Geburtenziffern zu lamentieren, wäre unnütz und gesichtslos. Hier liegt die Ursache vielmehr im schmerzlichen Verzicht auf das Kind, das durch die Notlage nicht ernährt werden kann.

Es ist Pflicht des Staates, alles werdende und vorhandene Leben zu schützen.

In dieser Richtung liegt unser Antrag betreffs Schwangerschafts- und Säuglingsfürsorge auf Bereitstellung von 2 Millionen Mark. Der entsetzliche Mißbrauch der Frauenkraft bedingt einen grauenhaften Massenmord an werdendem Leben. Wohlhabende Frauen haben die Möglichkeit, sich zu schonen, wenn sie ein Kind unter dem Herzen tragen. Die Klassencheidung wird nicht geringer zwischen diesen und den doppelt und dreifach überarbeiteten Frauen, wenn diese sich 6 Wochen vor der Geburt etwas schonen können. (Sehr richtig!) Im Einverständnis mit den Gewerkschaften aller Richtungen fordern wir die Vermehrung der Gewerbeärzte. Die fünf bisher eingestellten sind viel zu gering. Berufskrankheiten sind heute nicht mehr unvermeidbar. Und deshalb ist der richtig geschulte Gewerbearzt unerlässlich.

Die rationalisierten Betriebe bringen die große Gefahr vorzeitigen Verbrauchs der Arbeitskraft.

Dabei sind die unersättlichen Vorbedingungen der Rationalisierung, Herabsetzung der Arbeitszeit und ausreichende Ernährung nicht gegeben. Wir fordern auch Vermehrung der weiblichen Gewerbeärzte. Schließlich handelt es sich hier nicht allein um Fragen der Wirtschaftlichkeit von Betrieben, sondern um richtig angewandte Menschenökonomie. (Sehr richtig! links.) Genossin Kunert wendet sich sodann gegen die deutschnationalen Anträge gegen die Kurpfuscherei, die zum großen Teil dem Standesdünkel und der Vorkammer gewisser Ärzte entspringen. Durch ein Verbot würde es nur im geheimen blühen. Sie schließen mit der Aufforderung, daß der Staat endlich das Laborieren an Symptomen aufgeben möge. Vorwegende Maßnahmen durchzuführen sei die erste Vorbedingung zur Hebung der Volksgesundheit. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Quast-Fastem (DnL) führt Beschwerde, daß der Herr Finanzminister zahlreiche einstimmig gefasste Beschlüsse des Landtages auf Vermehrung der Wohlfahrtsausgaben nicht durchführt habe.

Abg. Dr. Wester (S.) verlangt staatliches Eingreifen gegen betrübliche Mißverhältnisse, insbesondere die „Selbsthilfe“ in Breslau. Die deutschen Ärzte hätten in der Inflationszeit ungeheure Opfer gebracht und den wahren machtvollen Aufbau der Krankentassen ermöglicht. Die Ärzte wollten auch jetzt keine Verschlechterung der Sozialgesetzgebung und Sozialversicherung, aber die Frage in der Sozialversicherung müsse gelöst werden.

Die Fortsetzung der Beratung des Wohlfahrtsentwurfs wird auf Sonnabend, 11 Uhr, vertagt.

Die armen Seelen.

Eine Wirtshauslegie von Otto Fröhmke.

Nun gehe ich schon seit Wochen jeden Abend in das kleine Lokal. Ich setze mich an den Tisch, der in der äußersten Ecke an der Wand steht. Der Wirt, ein schmaler Bierziger mit geröteten Augen, kommt in Filzpantoffeln und bringt mir ein Glas Bier. Rikt einen Gruß und geht dann schlurfend hinter den Schanktisch. — An den Wänden hängen Kellnerschilder von Zigaretten- und Biskuitfabriken. Ich habe sie längst studiert. Noch drei Tische füllen den kleinen Raum. Ueber jedem hängt eine Ampel aus rotem Satinstoff und verbreitet warmes Licht. — Es ist noch ein anderes Zimmer vorhanden, gleich neben dem Schanktisch. Einmal schlug ich einen Blick hinein. Die Beleuchtung war ziemlich gedämpft. Ich erkannte ein großes rotes Sofa und einen Kustautomaten. Aber dieses Zimmer ist nicht für mich geschaffen, ich passe nicht hinein. Spät abends kommen noch ab und zu junge Menschen, die sich lieben und nicht geliebt werden wollen. Sie finden den Weg in das Hinterstübchen. Für sie ist es ja da!

An dem ersten Tisch sitzen stets der Tischlermeister, den sie nur „Reister“ nennen, der Schmied, Karl genannt, der Kanalarbeiter Arno und der Kellner Fritz. An dem zweiten Tisch macht sich der Gemüsehändler breit. Er hat ein gut lebendes Geschäft; man sieht es an den Unmengen Bier und Sauerfleisch, die er Abend für Abend verfrachtet — und auch bezahlt. Er sitzt stets allein. Trotzdem führt er die Unterhaltung. Er redet zu den übrigen Gästen von seinem Platz aus. Was er sagt, das gilt. Denn er ist reicher als wir alle, er ist Kaufmann, er hört vieler Leute Ansichten.

Der dritte Tisch ist für den Wirt bestimmt. Seine Frau und sein Bruder sitzen bei ihm. Dieser, ein junger Mensch von fünfundsamanzig Jahren, ist in die Wirtin verliebt. Gelagt hat er es nie. Aber ich weiß es. Denn alle lieben sie: der Reister, der Schmied, Arno, Kellner Fritz und der Gemüsehändler. Nur ihr Mann ist gleichgültig und beachtet sie kaum. Er mag wohl seine Gründe haben...

Als ich die ersten Male kam, war ich nicht gern gesehen. Wäre ich in das Hinterzimmer gegangen, hätte man mich wohl besser behandelt. Aber dort passe ich nicht hinein. Jetzt geht es auch schon besser. Als ich neulich Geld hatte und betrunken war, tranken alle auf meine Rechnung. Das hat sie ein wenig veröhrt. Nur der Gemüsehändler mag mich nicht leiden. Ich werde aber in seinem Geschäft kaufen, das wird ihn umstimmen.

Die vier am ersten Tisch spielen Stat. Arno, dessen Ansternie auf seiner spitzen Nase Ruhe findet, ist Choleriker. Er ist aufgeregt, nie ganz bei der Sache, dann wieder ganz Spieler. Dabei nergißt er das Trinken nicht. Wenn die Uhr elf schlägt, erhebt er sich, geht und geht leicht schwankend hinaus. Man findet hier nichts dabei, über einen solchen Fortgangenen zu sprechen, was man in „normale“ Kreise verdammt. Ich weiß, daß seine Frau zu Hause ihn schlägt, weil sie kindlos ist. Ja, ja, der arme Arno hat es nicht leicht. An dem Abend, als ich Geld hatte und mit ihnen aßen trank, war es spät geworden. So um zwei Uhr herum kam Arnos Frau und entführte ihn uns. Da sah ich sie. Sie ist groß und stark. Als sie ihm den Mantel anzog, knickten seine Knochen, daß ich es hörte. Der arme Arno hat es nicht leicht.

Um zwölf Uhr geht der Reister. Er ist Witwer, hat vier Kinder zu Hause und ist gewiß ein ordentlicher Mensch. Oft hat er erzählt, daß er Maria, so heißt die Wirtin, vom Fleck weg heiraten würde, wenn sie frei wäre. Er sagt es natürlich lächelnd, im Scherz, aber wir alle wissen, daß ihm ganz ernst bei diesen Worten zumute ist. Denn er liebt Maria. Wer von uns liebt sie nicht! Sie ist schön. Ihr schwarzes Haar trägt sie kurz geschnitten. Die Formen ihres Körpers treten unter einem braunen engen Kleide fest und voll hervor. Wenn sie den Mund öffnet, erscheinen zwei Reihen makelloser weißer Zähne. Und oft bewegt sie mit der Zunge ihre Oberlippe. Sie sieht verführerisch aus. Wer sollte Maria nicht lieben! Nur ihre Hände und Unterarme sind stets etwas gerötet. Es kommt vom Gläserpölen. Jeder weiß es und findet es verständlich.

Karl, der Schmied, ist ein Hühner, Fritz, der Kellner, ein Zwerg. Dieser körperliche Gegenstand bewirkt, daß sie sich stets anken. Im Scherz natürlich. An einem Sonnabend aber, als mehr getrunken wurde als gewöhnlich, beschuldigte Fritz den Reister, er hätte in seine Karten geblickt. Ganz ernsthaft und entrüstet sagte er es. Da schlug ihm der Schmied eine Ohrfeige, daß der Zwerg vom Stuhl fiel. Später meinte Fritz, es sei nur Spaß gewesen, und sie versöhnten sich.

Von Karl weiß ich bestimmt, daß er Maria liebt. Ich sah, daß er sie küßte. Im Hinterzimmer war es, damals, als ich einmal einen Blick hineinwarf und das rote Sofa und die Spieluhr sah. Seine Hände griffen nach ihren Brüsten. Ein leises Stöhnen war in dem Raum.

Fritz, der stets stellunglos ist, ist ein pfiffiger Kerl. Sein Haar ist schwarz und ordentlich zurückgekämmt, seine Wäsche ist stets sauber, er achtet auch immer auf die Bügelstalt in seiner Hofe. Wie schon gesagt, er ist sonst wie ein Zwerg und sinkt wie ein Wiesel. Nur ein genauer Beobachter kann sehen, wie seine Hände einige Sekunden Marias Arme berühren, wenn sie einmal das Bier reicht, oder wie seine Blide in ihren Blusenanschnitt fallen, wenn sie einmal Feuer zu einer Zigarette über dem Tisch anbietet. Ich weiß, daß Fritz ein unehehliches Kind eines Offiziers ist. Seine Jugend soll sehr hart gewesen sein. Ich glaube aber, daß er einmal sein Glück macht. Denn er ist schlau wie ein Wiesel, hübsch und hat ein paar helle Augen im Kopf.

Und dann Marias Schwoger! Welche Tragödien durchlebt der Junge täglich! Er will seinen eigenen Bruder nicht betrügen, das sehe ich ihm an.

Wenn er mit Maria „Gesundsechzig“ spielt und die Partie um einen Wör gewonnen hat, ist er traurig. Maria stößt dann mit ihm an, beneht mit der Zunge leicht die Oberlippe und läßt den Blick langsam durch die Kehle rinnen. Wenn sie den Kopf rückwärts beugt, glaubt man unter ihrer weißen Haut am Hals die Farbe des Bilders schimmern zu sehen. Der Junge wird rot dabei. Und wie schwer leidat er, wenn sich Maria den anderen Gästen widmen möchte, wenn sie dem Kellner Feuer gibt oder besonders, wenn sie von dem Gemüsehändler gebeten wird, an seinem Tische Platz zu nehmen. Oft habe ich es beobachtet, daß der Junge dann forsting. Die Tür warf er stärker ins Schloß, als schicklich ist. Ich fühle dann ganz mit ihm. Denn so recht leiden kann ich den Gemüsehändler nicht. Er wirkt manchmal auch zu prächtig. Wenn er sich die dritte Portion Sauerfleisch bestellt, schaut er den vorhungerten Kanalarbeiter höhnlich an. Dessen Kanalarbeiter fällt aufgeregt von der Nase, und nur mit Mühe konzentriert er sich auf den Stat. Von dem Wirt weiß ich, daß der prächtige Reiche eine sehr häßliche und noch dazu enorme geizige Frau

hat. Sie hält zwar das Geld zusammen, füttert ihren Mann jedoch mit den zurückgesetzten Gemüßen der Saison, die ihres unansehnlichen Zustandes wegen den Kunden nicht mehr offeriert werden können. Steher Gott, wenn er dann abends Sauerfleisch isst, wer kann es ihm verdenken?

Auch ich selbst bin keinem Menschen Rechenschaft schuldig, was ich zu tun und zu lassen habe. Ich gehe nun schon seit Wochen jeden

Hindenburg schreibt an Marx.

(Eine Szene frei nach Goethe.)



a. Coebell-Mephisto (einblasend):
Trauben trägt der Weinstock,
Zinsen der Bürgerblut!
Rechts sitzen die Reichen, links die Proleten,
Die Rechte kann auch mal die Armen vertreten!
Zwar geht es gegen die Natur, —
Hier ist ein Wunder, glaubt es nur!

b. Hindenburg (schreibt):
Mir wird von alledem so dumm,
Als ging mir ein Mähkrad im Kopf herum.

c. Coebell-Mephisto:
Darüber ist noch nichts verloren,
Denn ein vollkommener Widerspruch
Bleibt gleich geheimnisvoll für Auge wie für Toren.
Wahet nur der Unparteilichkeit Versuch!
Mit Worten ist die Menge schnell bedört,
Der Geist des Bürgerbluts ist leicht zu lassen:
Denn wenn der Bürger nationale Phrasen hört,
Meint er, es müsse sich dabei was denken lassen,
(Coebell bläst weiter ein, Hindenburg schreibt.)

Das Volk:
Ich höre doppelt, was er spricht,
Und dennoch überzeugt es nicht.

Abend in das kleine Lokal; ich setze mich an den vierten Tisch, der in der äußersten Ecke an der Wand steht. Ich fühle mich wohl unter den armen Seelen...

Ich wohne weiter entfernt in der Stadt. Niemand kennt meinen Namen. Maria wußte schon, wer ich bin, wenn sie mich erkennen würde. Aber mein Gesicht ist bärtig geworden, das Haupthaar ist schon grau. Sorgen und Not fressen tiefe Furchen, die sich nie mehr glätten. Einmal war sie meine Frau. O, ich kenne sie gut. Wenn ich ihr ein leeres Glas zureiche, zittert meine Hand stets ein wenig...

Der Zola des Nordens.

Zum heutigen Geburtstage August Strindbergs.

Von Dr. Eise Soewede-Röbus.

Niemals wird es gelingen, August Strindberg als geistiges Phänomen, wie als Menschen restlos zu erklären. Zu gewaltig sind die Widersprüche seiner Natur, zu tief die Geheimnisse, die sein innerstes Seelenleben erfüllen. Friedrich Nietzsche sagt einmal, daß man einen großen Menschen, einen bedeutenden Gegenstand am besten darstelle, wenn man die Farben zum Gemälde aus dem Gegenstand selber nehme, so daß die Zeichnung aus den Grenzen und Uebergängen der Farbe erwachse. Will man Strindberg seelisch näher kommen, so muß man seine Werke, die seine beste Selbstbiographie sind, zu erforschen suchen und dann erst zu den mannigfachen Darstellungen und Erklärungen, zu der reichen Literatur über ihn greifen, die so widerspruchsvoll ist, wie der Dichter selbst.

Strindberg mutet an wie einer der großen Staliden des nordischen Mittelalters, wie Bragi oder Egil. Nur die Umwelt ist verändert. Vierzehnhundert liegen zwischen ihnen, aber seelische Einstellung und Charaktereigenschaften sind die gleichen. Ruhelos fährt Egil durch Länder und Meere; unbefriedigt, einsam und unverständlich wirkt er als reifer Mann in der Heimat, unbeeugsam bis zum Eigensinn, oft geizig und feindselig, andererseits großzügig und edel. Strindberg verkörpert das Bifingertum der Seele. Die Länder und Meere, die er ruhelos durchforscht, liegen in seinem eigenen Wesen. Zwei Seelen wohnen in ihm, wiefen und kämpfen gegeneinander, Konflikte erzeugend und lösend, um sofort wieder neue Probleme zu stellen. Richard Borch hat ein Porträt von ihm gemalt, das zugleich eine Seelenstudie Strindbergs darstellt. Der erste Anblick zeigt einen tropfenden, ähneln Abenteuerer, einen scharfen Denker und schonungslosen Kritiker. Aber betrachtet man es länger, so wird in den gleichen Zügen ein zweites Gesicht lebendig: leidvoll und verquält, von Reue und Gütigkeit. Ecco homo, das ist der Mensch, das Doppelwesen Strindbergs.

Er ist Europäer, er gehört der Weltliteratur an, aber er wurzelt in der Kultur des Nordens. Er ist ihrer herben, einsamen Größe, aber auch ihrer Begrenztheit selbsthaftig. Seine Jugend, seinen Werdegang hat er selbst mit schonungsloser Offenheit, die an Zola erinnert, erzählt. Er enthüllt und deutet

Vorgänge im Elternhause an und schildert sich selbst als immer hungrigen, ängstlichen Jungen. Seine beiden Schwestern haben kürzlich in dem Stockholmer Verlag Norstedt und Söner unter dem Titel „Strindbergs Systers barndom“ (Strindbergs Schwestern erzählten), dieser Biographie manche wertvollen Züge beigefügt, anderes abguschwächen versucht oder verneint — im ganzen aber ist das Jugendbild Strindbergs das gleiche geblieben. Die Kräfte, die das Seelenleben des Knaben erfüllten, sind auch im Manne vorherrschend, nur komplizierter, unberechenbarer, widerspruchsvoller. Er hungert nach Wahrheit, nach Erkenntnis. Das tolle, bürgerliche Dasein ist ihm zuwider. Er will nicht einmal begraben sein zwischen den Besten. Tragische Bestimmtheit seiner Natur, daß er selbst nicht frei war von engherzigen, feindseligen Charakterzügen: Er ist wütend, wenn das Frühstück nicht pünktlich auf dem Tisch steht, er legt einen Knopf auf den Schrank, um die Ehrlichkeit seiner Wirtin zu prüfen, er schreit nach Dieben, wenn er etwas verlegt hat. Betritt man heute in Stockholm das Strindberg-Zimmer, so findet man den „blauen Turm“, sein Arbeitszimmer, so, wie er es verlassen hat. Auf dem Schreibtisch herrscht peinliche Ordnung, Bleistifte, sorgfältig gespült, und Federhalter liegen in Reih und Glied. Man fühlt geradezu, daß zu diesem Menschen die sorgsame Schrift gehört, die wir in seinen Manuskripten bewundern können. Die ganze Einrichtung atmet eine große Sparsamkeit, die fast an Geiz grenzt. Und doch ist der Besitzer großmütig, edel, hochherzig und freigebig bis zum Ueberbesen gewesen. Er verpflegte und fleibete eine ganze Reihe von Leuten, die er keine Kunden nannte, er liebte sie und war unglücklich, wenn er ihnen nicht rechtzeitig helfen konnte. Durch alle Gebiete seines Seelenlebens, seines Charakters, seiner Weltanschauung geben diese Widersprüche: Er spottet über die Frau, verhöhrt die Ude, deren unerträgliche Fesseln er selbst dreimal qualvoll empfand. Aber noch den Sechzigjährigen übermann die Sehnsucht nach Liebe und Gemeinschaft und läßt ihn, auch diesmal vergeblich, auf ein eheliches Glück mit seinem „Osterlind“, der zwanzigjährigen Schauspielerin und Malerin Fanny Kallner, hoffen. Er ist Skeptiker auf religiösem Gebiet. Der Knabe, der zum Entsetzen seiner Schwester die Bibel an die Wand wirft, ist auch im Manne nicht ausgelöscht. Der gleiche Mensch aber zieht sich später in ein Pariser Kloster zurück, um sich in mystische Spekulationen zu versenken, um sich mit Mägenie zu beschäftigen. Der Zola des Nordens, der den „Sohn einer Magd“ geschrieben hatte, in dem er den Naturalismus auf die Spitze trieb, schreibt später gegen seine eigene künstlerische Ueberzeugung und versucht, dem Naturalismus den Todesstoß zu versetzen. In keinem großen Meisterum „Ostern“ weht das Geheimnisvolle, das Unschlüssige, das Unbewußte.

Strindberg, der stets mit den Armen kämpfte, hat in zahllosen Aufsätzen an der sozialistischen Presse mitgearbeitet, ohne den modernen Sozialismus erfährt zu haben. Er ist einer der schärfsten Gesellschaftskritiker gewesen. Schonungslos leuchtet er in seinem „Roten Zimmer“ und anderen Werken in die gesellschaftlichen Zustände der neunziger Jahre hinein. Strindberg hat in seinem Leben manche Wendung durchgemacht. Er verbrannte vieles, was er einst angebetet hatte. Sein Leben und seine inneren Kämpfe spiegeln das Wesen seiner Zeit wider, mit der er heißen Gemütes rang, gegen die er wütete, ohne zu einem innerlich befriedigenden Ergebnis zu gelangen.

Berühmte Kaffeetrinker.

Man kennt die Vorliebe der Dichter und Schriftsteller für den edlen braunen Trank, dessen Einführung in Europa wir den Türken verdanken. In der Tat wurde bei den diplomatischen Empfängen, die der erste türkische Botschafter in Europa, Solim Aga Mustafa Paşa, im Jahre 1669 in Paris gab, ein mertwürdiges exotischer Trank, das „kawa“ freibergt, den die hösingige Ludwigs XIV. unter etwelchen Umständen, aber sonst mit Andacht schlürften, da das überaus bittere Getränk, das man bald schätzen lernte, als aparte Gabe des lebenden Gastgebers selbstredend bewundert werden mußte. Nachdem dann das erste richtige Café nach Konstantinopel Russer auf dem damaligen Quai de l'École, heute Quai du Louvre, etabliert worden war, wurde das „kawa“ bald populär, und Kaffee wie Cafés verbreiteten sich von da ab in ganz Europa.

Die Berühmtheiten des Tages und die mit dauerndem Nachruhm aufzuzählen, die sich als Liebhaber des orientalischen Tranks bekannten, würde ein Buch füllen. Nur einiger sei hier gedacht, die den Kaffee als einen „Göttertrank“ bezeichneten, der, wie edler Wein, das Gemüt aufhebe und den Geist mit helleren Gedanken beseligte. In einem berühmten gewordenen Vers nennt der Abbe Deslille den Kaffee „einen Likör, dem Poeten teuer, den leider Virgil noch nicht konnte und den Voltaire verlehrt“. Letzterer war Stammgast bei Tracope, dem damaligen literarischen Café par excellence, das im Jahre 1700 von dem italienischen Edelmann gleichen Namens in der Rue de la Comédie eröffnet worden war. In einem anderen Café „La Régence“, in der Rue St.-Honoré, verkehrten berühmte Männer, wie d'Alambert, Chamfort und Diderot, der aus Amerika nach Paris zurückgekehrte Franklin und Jean-Jacques Rousseau. Im gleichen Café leben wir später Robespierre und den jungen Beunruhigten der Artillerie, Bonaparte, den schwarzen Trank schlürften und ihren weitwuschmelnden ehrsgeizigen Plänen nachgrübeln. Erwähnen wir schließlich Alfred de Musset, den Wächling der Pariser Frauen, Balzac, der „ohne Kaffee nicht arbeiten konnte“, und den großen Victor Hugo, dessen Vorliebe für das „türkische Elir“ die nachfolgende amüante Anekdoten trefflich beleuchtet. Der Dichter trat eines Tages in einen kleinen Spezereiladen auf dem Lande, in welchem man so ziemlich alles kaufen konnte, was man zum Leben brauchte, und der gleichzeitig als bescheidenes Café eingerichtet war. „Ein Pfund Zichorie möchte ich gern“, sagte der Poet in seiner freundlichen Art. „Als das Paket vor ihm auf den Tisch liegt, meint er: „Sie haben gewiß noch mehr von dieser vorzrefflichen Ware?“ Auf die bejahende Antwort läßt er sich nach und nach den ganzen Vorrat an Zichorie, den man im Laden entdecken kann, ausshändigen, im Ganzen an die zwanzig Pakete. „So, das ist wirklich alles, was Sie davon im Hause haben?“ und auf die bejahende Versicherung des maßlos verblüfften Spezereiladners meint der Dichter lächelnd: „Gut, dann können Sie mir jetzt eine Tasse Kaffee kochen!“

Nestrog's Semmelkrieg. Als die Alt-Wiener Bäckermeister beschloffen hatten, die Semmeln kleiner zu machen, erschien der berühmte Komiker Nestrog in einem Frack auf der Bühne, dessen Knöpfe durch Miniatursemmeln ersetzt waren. Darob große Aufregung in der Bädergenossenschaft, die den Komiker gerichtlich belangte. Nestrog wurde tatsächlich zu 48 Stunden Arrest wegen Belädigung eines ehrbaren Standes verurteilt. Als er nach Uebühung seiner Strafe zum erstenmal wieder auftrat, ließ er sich von einem Gegenpieler fragen, wie es ihm denn im Arrest ergangen sei und ob er dort nicht Hunger erlitten hätte. „O nein“, antwortete Nestrog, „die Tochter des Gefängniswärters, die in mich verliebt ist, schob mir immer Semmeln durch das Schließloch zu.“ Die Genossenschaft betrachtete sich als hinlänglich blamiert und unterließ es daher, nach weiteren Debatten mit dem Komiker heraufzubeschwören.

Straßenbahnwagen aus Aluminium. Die Cleveland Railway Co. hat als erste Gesellschaft in den Vereinigten Staaten einen Straßenbahnwagen in Betrieb genommen, der, mit Ausnahme der Räder, ganz aus Aluminium konstruiert ist. Der Wagen wiegt 30 200 englische Pfund, während die gewöhnlichen Wagen aus Stahl 43 200 Pfund wiegen. Die Zugkraft kann daraufhin um 20 Proz. herabgesetzt werden; hierdurch ist es möglich, die um etwa 10 Proz. höheren Herstellungskosten in anderthalb Jahren zu amortisieren.

